Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Nr. 8/Jahrgang 2 | Mai '85 | 3

0012/016/001 001

ANDREAS WISCHNER
WINZREGENTENSTR.46
1000 BERLIN 31

Sind Kinder auch Menschen?

Blöde Frage? Na, dann schaut Euch mal Anspruch und Wirklichkeit an. Der Anspruch drückt sich aus im Gesetz, wo von der „freien Entfaltung der Persönlichkeit" oder „die Würde des Menschen ist unantastbar" und „der Mensch ist frei" gesprochen wird. Tatsache ist auf jeden Fall, daß all die genannten Gesetze auf den größten Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung nicht angewandt werden. Kinder und Jugendliche sind praktisch rechtlos und der Willkür des Staates und seiner Ausführungsorgane ausgeliefert.

Christian, Schwarzwurzeldruck, HD

Wie geht nun die Bewegung, die sich selbst bestimmen und verwalten will, mit ihren Nachkommen und damit ihrer Zukunft um? Welchen Stellenwert haben „Kinder" bei den Weltverbesserern. Gibt es in den Kommunen und selbstverwalteten Betrieben den gleichen „Erziehungskrieg" wie er in allen zivilisierten Ländern der westlichen Welt geführt wird, im Namen einer Kultur, der „wir" schließlich eine Sub- oder Gegenkultur entgegenstellen? Ist Erziehung ein Thema für Akademiker und egozentrische Antipädagogen, die sowieso an der Wirklichkeit vorbeileben? Und schließlich, sind gar ökonomische Zwänge bestimmend für die Altersstrukturen in unseren Lebenszusammenhängen?

Nichts als Fragen! Ob es auch Antworten gibt?

CONTRASTE würde über dieses Thema gerne mal einen Diskussionsschwerpunkt machen. Wer meint, daß er oder sie Antworten oder neue Fragen dazu hat melde sich bei:
Gerhard Kern
Lebensgemeinschaft im Dhrontal
Dörrwiese 4 - Telefon 06533 - 3534
5552 MORBACH-MERSCHEID

Zeitung für Selbstverwaltung

ERSCHEINT MONATLICH

EINE DER GROSSEN ZEITUNGEN DER WELT
ONE OF THE WORLD'S GREAT NEWSPAPERS
L'UN DES GRANDS JOURNAUX DU MONDE
UNO DE LOS GRANDES DIARIOS DE LA PRENSA MUNDIAL
UNO DEI GRANDI GIORNALI DEL MONDO
EEN VAN DE GROTE KRANTEN IN DE WERELD
UM DOS MAIORES JORNAIS DO MUNDO
EN AV VERDENS STORE AVISER
EN AVIS AF VERDENSFORMAT
EN AV VÄRLDENS LEDANDE TIDNINGAR
JEDAN OD NAJVECIH LISTOVA NA SVIJETU
YKSI MAAILMAN SUURISTA LEHDISTÄ
ΜΙΑ ΕΚ ΤΩΝ ΜΕΓΑΛΩΝ ΕΦΗΜΕΡΙΔΩΝ ΤΟΥ ΚΟΣΜΟΥ
世界の大新聞の一つ
واحدة من أكبر جرائد العالم

NA KLAR! IHR BRAUCHT NUR AUSZUFÜLLEN, WEGSCHICKEN UND KOHLE ÜBERWEISEN – UND KÖNNT EUCH SELBST DAVON ÜBERZEUGEN.

Name: .....
Adresse: .....
Gruppe/Betrieb/Beruf: .....

Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)
Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87 - 607 (J. Gelbrich) überweisen!

Uns steht das Wasser bis zum Hals

Auf der Wand im 19. Stock waren zwei Transparente aufgehängt: „DIE GRÜNEN: Wo ist unsere Basis?" und daneben: „Uns steht das Wasser bis zum Hals".

Die Bundestagsfraktion der Grünen hatte ca. 60 Vertreter/innen aus etwa 30 Arbeitsloseninitiativen eingeladen, um von den Arbeitslosen selbst zu **hören, ob die bisherigen Vorschläge der Grünen von diesen eigentlich für** gut befunden werden. Einige „Experten" waren geladen, im wesentlichen waren aber die Stellungnahmen aus den Initiativen gefragt.

Hennefer Ingenieurbau gescheitert... und doch...

Drei hektische Wochen liegen hinter uns. Der CONTRASTE-Bericht hat ÖKO-Bank-Vereinsintern für einigen Wirbel gesorgt; andererseits fand der Unterstützungsaufruf unerwartet viel Resonanz: innerhalb kurzer Zeit lagen Kredit- und Bürgschaftszusagen in Höhe von 96.400 DM vor – trotz des ungünstigen Erscheinungstermins unmittelbar vor Ostern. Auf der Grundlage einer bei der GLS-Bank eingerichteten Leihgemeinschaft formierte sich eine Art „konzertierte Aktion" der autonomen Finanzierungsinstrumente der Szene. Dies machte es dem ÖKO-Bank-Verein möglich, zur entscheidenden Sitzung bei der BFG Bonn eine Darlehenszusage über 220.000,- DM vorzulegen, was sowohl die BFG als auch die Stadt Honnef gehörig ins Schwitzen brachte .....

Über den Verlauf der Ereignisse, persönliche Eindrücke der Beteiligten und ein erstes Fazit berichten wir ausführlich auf den Seiten 7, 8 und 9

In dieser Ausgabe:

BELEGSCHAFTSBETRIEBE UND FINANZIERUNG
Die erste, und da sie in der Regel nicht überwunden wird, auch gleich die letzte Hürde bei allen Versuchen einen Betrieb in die Hände seiner Belegschaft zu bekommen, ist die Finanzierung.
Errichtung eines „Feuerwehrfonds" – eine realistische Möglichkeit in Zukunft solchen Belegschaftsinitiativen aus den Startlöchern zu helfen?
Seite 6

AKTION DRITTER WEG
Anthroposophisches Gedankengut ist in der Selbstverwaltung umstritten. Mancher Fünfeckler riecht auch mehr nach kleinbürgerlichen Mief, als nach einer frischen Brise, die Ideen mit sich trägt. Die „Aktion dritter Weg" sieht sich als Verfechter von Steiners wichtigsten Gedanken, distanziert sich von den Anthroposophen und praktiziert in ihrem Unternehmensverbund Selbstverwaltung. Was hat es auf sich mit diesen Betrieben in Selbstverwaltung, die mit einer ganz anderen Begrifflichkeit ihre Inhalte und Ziele belegen als wir? Was gibt es möglicherweise an Gemeinsamkeiten und wo liegen die Unterschiede?
Diese Fragen finden wir wichtig genug, um bis auf weiteres der „Aktion dritter Weg" eine CONTRASTE-Seite zur Verfügung zu stellen. Zum gegenseitigen Kennenlernen....
Seite 11

STATTBAU STATT STADTBAU
Ein Bericht über Erfahrungen ein Sanierungsbaumodell in Selbstverwaltung der Mieter zu gründen.
Seite 4

Und natürlich noch vieles mehr!

DIE ORDNUNG MUSS ERHALTEN BLEIBEN

Liebe Leserinnen und Leser,
obwohl es die CONTRASTE (vormals Wandelsblatt) nun schon seit dem letzten Herbst gibt, gibt es bislang wenig, was an einen Zeitungsapperat erinnert. Wie so viele Projekte am Stammtisch ausgeklüngelt, im größeren, fast offiziellen Kreis diskutiert und beschlossen und dann einfach losgelegt. Trotz Chaos bei den Redaktionen und bei der Herstellung erscheint, wenn auch nicht immer am Ersten, diese Zeitung jeden Monat. Auch die Halbjahresbilanz mit einer Unterdekkung von „nur" 8000 DM ist erfreulich. Die Abo-Entwicklung läßt eine Kostendeckung des Projektes für Ende des Jahres erwarten. Immerhin gehen 40% der Auflage an Abonennten (Einzelabos und Ökobankabos) weg. Alles in allem, ein Achtungserfolg.

Doch aufgrund der unklaren Struktur des Projektes und den interpretationsfähigen Absprachen zwischen den Redaktionen gab es erstmal Krach auf dem ersten Redaktionstreffen in Bremen am letzten Aprilwochenende. Zu starke Dominanz und Selbstverwaltungsstalinismus wurde den Machern aus Frankfurt vorgeworfen. Zu wenig Engagement und Unzuverlässigkeit lautete die Retourkutsche an die Adresse der Berliner Sponti-Kritiker. Als sich allerdings die Wogen geglättet hatten, die gegenseitige Kritik ernst genommen wurde und der gemeinsame Wille, diese Zeitung zu einem notwendigen Medium der selbstverwalteten Betriebe und Projekte und deren Anhänger zu machen, wieder in den Vordergrund kam, gelang es schließlich, konstruktiv die weiteren Schritte zu diskutieren.

Fazit: Einleitung der Professionalisierung durch Einrichtung einer (halben) Verwaltungsstelle. Entwicklung eines ökonomischen und rechtlichen Projektkonzeptes bis Juli und Festlegung einer klaren Seitenstruktur. Je zwei Seiten liegen nunmehr in der Verantwortung der Redaktionen, zwei Seiten bilden den jeweiligen Schwerpunkt, der rotierend bearbeitet wird. Bleiben nach Abzug der Titel- und Serviceseiten noch je eine Seite für die graphischen Betriebe, Ökobank, Stattwerke, Netzwerke und die Aktion Dritter Weg. Natürlich soll diese Seitenaufteilung flexibel gehandhabt werden. Koordination und Kommunikation sind weiterhin vonnöten. Durch diesen Orientierungsrahmen soll letzlich eine Menge Frust vermieden werden. Und wenn sich jemand benachteiligt fühlt, läßt sich dieser Seitenplan heranziehen, denn: die Ordnung muß erhalten bleiben!

Wir denken, daß es uns auch weiterhin gelingen wird, eine contrast-(e)reiche Zeitung zu machen.

die Redaktion

Anette, Schwarzwurzeldruck, HD

SELBSTHILFE

NETZWERK

Es handelt sich hier um einen Auszug aus einer Broschüre, die vom Bremer Netzwerk herausgegeben wird und den Versuch unternimmt, eine bundesweite Bestandsaufnahme der aktuellen Netzwerkaktivitäten für Interessierte vorzulegen. Die Broschüre hat einen Umfang von ca. 50 Seiten und kostet einschließlich Versandkosten DM 5,-. Bestellt werden kann sie bei den regionalen Netzwerken oder bei uns (Anschrift siehe unten). Den Betrag bitte in Briefmarken oder Scheck der Bestellung beifügen.

Netzwerk-Selbsthilfe

Bremen-Nordniedersachsen e.V.
Fonds für politische und alternative Projekte

Dem Nordwest Netzwerk geht's recht gut. Seit der Gründung 1981 gab es nicht einen Monat, in dem die Mitgliederentwicklung rückläufig war, obwohl die Nicht-Zahler/innen nach freundlichen Anmahnungen auch als Nicht-Mitglieder angesehen werden.

Z.Zt. um die **500 Mitglieder** bringen im Jahr etwa DM 80.000 in die Kasse. Zusammen mit zurückfließenden Darlehen beträgt der zu verteilende Betrag an die DM 100.000. Seit unserem Bestehen wurden ca. 70 Projekte mit insgesamt DM 220.000 gefördert (Darlehen 142.000, Zuschüsse 80.000). Die Mitglieder, von denen ca 60% direkt aus Bremen kommen, bleiben überwiegend passsiv; der Aktivkreis umfaßt einschließlich derjenigen, die nur von Fall zu Fall was machen, etwa 40 Leute. Einmal im Jahr findet eine – meist schlecht besuchte – **Mitgliederversammlung** statt: zu den erforderlichen Vereinsbeschlüssen und zur Entscheidung grundsätzlicher Fragen. Der **Beirat** (15 Menschen) trifft sich alle 2 - 3 Wochen und behandelt ausschließlich Förderungsanträge, deren Beratung durch Arbeitsgruppen vorbereitet wird.

Der **Vorstand** macht die Netzwerk-Politik. An den Sitzungen nehmen außer den 11 „Mandatsträgern" meist noch weitere Aktive teil; aber da wir bisher kaum dickeren politischen Clinch hatten, ist die Mandatssache kein Problem. Bei den Aktiven handelt es sich überwiegend um die typischen „Verwalter" (Sozialarbeiter, Uni-Leute aus Ökonomie, Juristerei und Sozialwissenschaften, die Netzwerk-Berater); zwei Frauen kommen aus Alternativ-Betrieben, womit gleichzeitig ein enger Kontakt zum „BiS', der Arbeitsgemeinschaft der Betriebe in Selbstverwaltung in Bremen hergestellt wird.

Netzwerk hat z.Zt. (noch) **4 ABM-Stellen**: eine für das Bremer Büro, drei für Beratungen, davon eine über das Arbeitsamt Leer für die Außenstelle in Ostfriesland mit viel landwirtschaftlicher Beratung. Eine der Beraterstellen dient speziell der Antragsberatung in Sachen Staatsknete in Bremen. Netzwerk unterhält ein weiteres Büro in Oldenburg und hat demnächst auch eine Kontaktadresse in Wilhelmshaven. Die Büros und damit die regelmäßige Erreichbarkeit (in Bremen 5 - 7 Stunden täglich) waren für die Stärkung des Vereins ganz ganz wichtig. Die ABM-Stellen haben hierzu viel genutzt, denn ehrenamtlich war das vorher kaum zu leisten.

Bremen als Zentrum des Netzwerk-Bereichs (Ems-Weser-Elbe-Region) hat eine sehr vielfältige und bunte Alternativszene mit grob geschätzt 400 Projekten und Initiativen, die im engeren Sinn als alternativ gelten. Im **Stadt- und Landbuch**, das wir 1984 herausgegeben haben und das sich mit mäßigem Erfolg verkauft, sind 1.700 Adressen und Selbstdarstellungen aus der ganzen Region enthalten (darunter x Friedensinitiativen, Umweltschutzgruppen, Elternselbsthilfen etc. – über die Abgrenzungsprobleme des „Alternativen" wollten wir uns nicht streiten).

Da sitzen wir also mittendrin. Die meisten kennen Netzwerk, begreifen es aber nicht als ihren „Überbau-Verein". Ablehnung oder Anti-Positionen gegenüber der Netzwerkpolitik werden hier kaum geäußert.

Arbeitsfelder

Beratungsarbeit:Sie ist in den letzten 3 Jahren aufgebaut worden. Erst haben viele Leute rumdilettiert, dann haben sich einige Netzwerker langsam fit gemacht. Bis letztes Jahr wurde über die staatlichen Beratungszuschüsse, seitdem diese nicht mehr fließen, wird über die ABM-Stellen die materielle Grundlage für die Beratungsarbeit gelegt. Die Beratungen waren neben der schon genannten Büropräsenz ganz wichtig für das Bekanntwerden von Netzwerk – und, wie viele sicher auch bei anderen Netzwerken aus eigener Erfahrung kennen, es bleibt nicht bei der Fachberatung: alle möglichen Leute wollen alles möglichen wissen, das Büro erscheint oft wie eine alternative Auskunftei.

Staatsknete: In langen Verhandlungen zwischen Netzwerk bzw. der von uns initiierten „AG Staatsknete" und bremischen Behörden ist es gelungen, die Einrichtung eines speziellen Förderprogramms für selbstverwaltete Betriebe zu erreichen. Wir sind damit nicht rundherum zufrieden – es müßten mehr sein, als die auf zwei bis drei Jahre angelegten 1,2 Millionen DM, die Förderungsbedingungen könnten freundlicher sein und z.B. auch Zuschüsse für Beratungen, Forschung und Entwicklung bei den Betrieben usw. ermöglichen, statt nur Darlehen. Aber es wurde ein wichtiger Anfang gemacht, und die Gespräche und Verhandlungen mit dem Bremer Senat laufen weiter. Die Staatsknete bietet darüberhinaus immer wieder Anlaß für Öffentlichkeitsarbeit, und darüber wird Netzwerk weiter bekannt.

Seminare finden regelmäßig in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule (in Bremen und Oldenburg) statt – meist zum Allgemein-Thema „Anders arbeiten und leben – aber wie?", aber auch zu spezielleren Themen wie Buchhaltung und Computereinsatz in Alternativbetrieben.

EG-Anhörung: Zusammen mit dem „Zentrum für Europäische Rechtspolitik" und der Angestelltenkammer Bremen hat Netzwerk im Februar 1985 eine Anhörung der EG-Kommission veranstaltet, deren Vorbereitung überwiegend im Rahmen von Netzwerk gelaufen ist. Thema waren „Örtliche Beschäftigungsinitiativen", ihre Existenzbedingungen und Probleme. Abgesehen davon, daß die Anhörung mehr öffentliche und auch behördliche Aufmerksamkeit für Probleme und Behinderungen der alternativen Betriebe und Projekte gebracht hat – über längerfristige Wirkungen kann man spekulieren – war ein wichtiger Erfolg, daß ein vielversprechender Ansatz gemacht wurde, auch die sozialen und kulturellen Projekte an einen Tisch zu bringen. Diese Bereiche hat Netzwerk mit zu starker Orientierung auf die Betriebe vernachlässigt, und das soll sich jetzt ändern.

Die **Vernetzungs**anstrengungen sind ein Schwachpunkt unserer Arbeit, wenn wir über Bremen hinausschauen, und wir sind ja, wie erwähnt, auch für den ganzen Raum Nordwest-Niedersachsen zuständig. In einem Stadtstaat läßt sich einiges leichter bewerkstelligen als in Flächenstaaten. Ansätze sind aber auch hier gemacht – wieder mal über das Vehikel Staatsknete. Mangels freier Arbeitskapazitäten arbeitet unser Netzwerk zwar nur am Rande beim „AK Projektförderung" in Niedersachsen mit, der beim Landtag einen dahinsiechenden Förderungsantrag gestellt hat, aber zumindest für den Nordwesten sind wir in der Pflicht, was zu tun. Auch wenn der Antrag im Landtag nur sehr zögerlich behandelt wird, hat sich der Arbeitskreis über den ursprünglichen Anlaß hinweg stabilisiert; es finden jetzt in größeren Zeitabständen Treffen niedersächsischer Projekte statt.

Zukunftsideen

Erstmal treiben wir das alles weiter, was bisher beschrieben worden ist, und das geht manchmal ganz schön an den Rand der Arbeitskapazitäten. Der einseitige Schwerpunkt der Netzwerk-Arbeit bei den selbstverwalteten Bertieben ist schon erwähnt worden; vor allem, da diese selbst im letzten Jahr ihre eigene Arbeitsgemeinschaft gegründet haben, könnten bei Netzwerk jetzt mehr freie Kapazitäten sein, sich auch um die sozialen, kulturellen und politischen Projekte zu kümmern. Und das heißt auch, das Ansehen, das Netzwerk in Bremen hat, im Sinn von Lobby auch für sie zu nutzen. Die Arbeit des Netzwerk-Vorstandes ist daher vor kurzem umstrukturiert worden. Den nicht betriebsnahen Aktiven war die dauernde Ökonomie-Thematik eh auf den Geist gegangen, einige der Frauen kritisierten die damit auch zusammenhängenden „männlichen Politikformen" und die manchmal zu kühle Geschäftigkeit – und so machen wir jetzt „Routine" mit langweiligen Tagesordnungen nur noch 14-tägig, die anderen Montage sind frei für inhaltliche Diskussionen zu den Problemen der sozialen und kulturellen Projekte.

Der „Betriebsbereich" wird trotzdem nicht ausgehungert, ohne eindeutige Entscheidung für die eine oder andere Variante wird Netzwerk die Öko-Bank und Direktkreditvermittlungsbemühungen solidarisch unterstützen. Bei der Staatsknete wollen wir uns weiter um verbesserte Förderungsbedingungen bemühen. Und die Arbeit an der Projektvernetzung bleibt Dauerthema, auch wenn wir uns da keine Illusionen machen: Die Projekte vernetzen sich nicht wegen der schönen politischen Idee, sondern dann, wenn sie ihnen praktisch sinnvoll erscheint. Wenn der Bezug auf Staatsknete dazu ein Anlaß ist, soll's uns auch recht sein.

Aktivtreffen finden jeden 1. und 3. Montag im Monat statt, um 20.00 Uhr im Netzwerk-Büro, Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1, Telefon 0421/704581.

Eine Buchrezension

Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und behalten

Literaturbestände, Berichte, Stellungnahmen und wissenschaftliche Arbeiten über selbstverwaltete Betriebe und Projekte sind ständig im Zunehmen begriffen. Diese Tendenz auf dem Literaturmarkt gibt Anlaß, sich mit entsprechenden Publikationen zu befassen, um eigene Einschätzungen und Positionen zu markieren.

Unter der o.g. Überschrift erschien jüngst im Biederstein Verlag (München) ein 239 Seiten Buch (Preis: 22 DM) das mit diesem Beitrag kurz rezensiert werden soll.

Die Fragen, denen das vorliegende Buch nachgeht, beschreiben die Autoren Harald Bischoff und Diethelm Damm in der Einleitung: „Wir wollten wissen, was in alternativen Projekten geschieht, wie die Initiatoren damit zurechtkommen, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen. Wie groß der Spielraum ist, den sich die Selbsthilfeinitiativen geschaffen haben, wieviel Platz ist da, was muß man tun, um hineinzukommen und darin zu bleiben?"

Dem Versuch, Antworten auf ihre Fragen zu finden, kommen die Autoren nach, indem sie im I. Kapitel des Buches exemplarisch 10 unterschiedliche Projekte vorstellen und beschreiben. Die Hälfte des Buches ist damit gelesen. Das II. Kapitel befaßt sich ausführlich mit Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzierungsstrategien. Die Palette der dargestellten Finanzierungsformen, pädagogische, soziale und kulturelle Projekte werden dabei gesondert behandelt, reicht von privaten Geldgebern (Freunden, Bekannten, Spenden) über Bankkreditierung (hierbei werden die Vergabebedingungen von drei Genossenschaftsbanken erläutert) und staatlicher Wirtschaftsförderung bishin zum Bezug von Stiftungsgeldern in der Netzwerkselbsthilfe. Nach dem II. Kapitel mit etwas mehr als 100 Seiten ist das Buch dann zu Ende.

Die Projektberichte sind übersichtlich und anschaulich abgefaßt. Der überwiegend verwendete Interviewstil bei den Projektbeschreibungen läßt Projektmitglieder im Rahmen eines solchen Buches ausgiebig zu Wort kommen, so daß die Autoren bei den Berichten eine hohe Authenzität erreichen.

Das Kapitel über Finanzierungs- und Geldbeschaffungsmöglichkeiten ist umfassend und hinterläßt kaum Lücken, wenngleich einige Finanzierungshinweise eher rein theoretischer Natur sein dürften, so etwa im Bereich der EG- und ERP- Gelder.

Wer die Szenenliteratur kennt und das Kapitel II des Buches liest, hat unweigerlich das Gefühl, das alles schon einmal gelesen zu haben. Das Gefühl täuscht nicht. Der Stattbuch Verlag Berlin hat im Oktober '84 einen Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte mit dem Titel „Der Schatz im Silbersee" herausgegeben, der sich von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit den gleichen Finanzierungsfragen auseinandersetzt. Auf dem Sektor staatlicher Förderungsmaßnahmen arbeiten Bischoff/Damm detaillierter. Im direkten Vergleich liest sich das Stattbuch allerdings leichter und witziger, ist um einiges beispielreicher und um 8 Mark billiger.

Die Ausgangsfragen der Autoren werden nicht explizit einer Zusammenfassung oder Verallgemeinerung unterzogen. Dies wird größtenteils in das Urteilsvermögen der Leser/innen gestellt. Ein Verfahren, das angesichts der vielschichtigen und unterschiedlichen Strukturen und Probleme der selbstverwalteten Projekte durchaus sinnvoll ist.

Auf der Rückseite des Paperbacks von Bischoff/Damm befindet sich ein Hinweis auf die Adressatengruppe des Buches: für diejenigen, „die sich ihre Arbeitsplätze selber schaffen wollen".

Titel und Zielgruppenformulierung des Buches versprechen mehr als sie insgesamt einhalten können. Sie erwecken den Eindruck, als gäbe es Patentrezepte, die den Erfolg eines selbstverwalteten Betriebsgründung nahezu garantieren. Daß es solche Patentrezepturen nicht gibt, wissen auch die Autoren und weisen darauf auch mehrfach in ihren Texten hin.

Bleibt zum Schluß zu fragen, was das Buch leisten kann. Für Leser/innen die bisher noch nichts von selbstverwalteten Projekten gehört, gesehen oder gelesen haben, bietet das Buch erste Einblicke und Informationen. Für Leute, die in selbstverwalteten Projekten und den ganzen Debatten darum stecken, bringt das Buch nichts Neues.

Torsten Eichler-Weiskorn

Die freie Kinderschule Bremen

Die freie Kinderschule Bremen besteht im April 1985 seit 5 Jahren, doch den wenigsten Leuten ist sie bekannt.

Ich will versuchen, das Informationsdefizit ein wenig zu verringern. Zum einen treibt mich das Eigeninteresse, zum anderen halte ich es für wichtig darzustellen, daß es im Bereich schulischer Bildung nicht nur die restriktive Senatspolitik gibt, sondern auch reformerische Versuche „von unten".

Die Freie Kinderschule Bremen liegt im Körnerwall 6, also mitten im Ostertor, einem der lebendigsten Bremer Stadtteile. Die Kinder im Alter von 3–10 Jahren, die unsere Schule besuchen, kommen überwiegend aus dem „Viertel". Daß die Kinderschule in einem gewachsenen und lebendigen Stadtteil liegt, fördert die für offenes Lernen notwendige Neugier der Kinder.

Wir meinen, daß die bei allen Kindern vorhandene Lernfreude nur dann erhalten bleibt, wenn ihre Erfahrungen, Interessen und Bedürfnisse in der Schule berücksichtigt und aktiv aufgegriffen werden. Nur so bleibt ihr Interesse an den sozialen Ereignissen und Problemen ihrer Umwelt wach, werden sie Spaß haben am Erwerb von Fachwissen, Erlernen von Kulturtechniken etc..

Die Freie Kinderschule ist eine Ganztagsschule, damit spielen, erforschen und lernen in einer zugleich intensiven und ruhigen Weise möglich ist. In ihr gibt es

- keine vorfabrizierten Lehrpläne, die einseitig auf den Erwerb verwertbaren Wissens ausgerichtet sind;
- keine Trennung von spielen, arbeiten und lernen, weil denken und handeln im Lernprozeß zusammengehören;
- individuelles Lernen ohne Zeitdruck oder die Zwangsjacke des 45-Minuten-Fächerrhytmus;
- individuelle Beurteilung der Lernfortschritte im emotionalen, sozialen und kognitiven Bereich anstelle von Noten, Zeugnissen und Sitzenbleiben;
- keine Aussonderung von Kindern, z.B. auf Sonderschulen;
- flexible, kleine Lerngruppen, die altersgemischt sind und keine starren Jahrgangsklassen;
- Integration von Ausländerkindern;
- Mitarbeit der Eltern beim Lernen und direkte Mitbestimmung von Schülern, Lehrern und Eltern bei der Organisation und Verwaltung der Freien Kinderschule;
- Vertrauen und Freundschaft zwischen Schülern und Lehrern, ein Lernen ohne Angst, Schulstreß und Versagen.

Die Freie Kinderschule Bremen ist bisher nicht genehmigt. Verhandlungen mit dem Ziel der Errichtung einer Modellschule führten nicht zum Erfolg, was uns zwang, einen Antrag auf Genehmigung einer „privaten Ersatzschule" nach den Bestimmungen des Bremer Schulgesetzes zu stellen. Dieser Antrag wurde durch den Bremer Senat 1983 abgelehnt.

Anfang März 1985 trafen sich Vertreter der Freien Kinderschule und der Bremer Bildungsbehörden auf unsere Anregung zu einem ersten Gespräch seit 3 Jahren, an dem von seiten der Bildungsbehörden unter anderem Senatsdirektor Dr. Hoffmann und der Landesschulrat teilnahmen.

Fazit dieses Gespräches: Die Freie Kinderschule Bremen wird sich nicht auf einen Schulversuch (eine Klasse an einer bestehenden Schule) einlassen; die Bremer Bildungsbehörden werden keine Freie Schule als „private Ersatzschule" genehmigen.

Beide Seiten bekundeten in diesem Gespräch deutlich ihre Absicht, ernsthaft über die Errichtung einer Modellschule zu verhandeln, die sich am Konzept der Freien Kinderschule Bremen orientiert.

Ein kurzer Satz zum Schluß. Daß viele Informationen über die Schule fehlen, manches nur schlagwortartig dargestellt ist, liegt an der mir vorgegebenen Kürze des Artikels. Jeder Interessierte ist herzlich eingeladen, sich genauer zu informieren.

Freie Kinderschule Bremen
Körnerwall 6
28 Bremen 1
Tel.: 70 16 36

Volkmar, Bremen

Fortsetzung von Seite 1

Uns steht das Wasser bis zum Hals

Arbeitslosenhearing der Grünen im „Langen Eugen"

Einer kurzen Einleitung mit drastischen Schilderungen ihrer Situation durch einige der Arbeitslosen folgten trockene Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren. Spannender wurde es am späten Nachmittag. Mit viel Statistik unterlegt, stellte Inge aus Köln ihre These dar, daß Frauenerwerbstätigkeit ohne existenzsicherndes Einkommen eine notwendige Bedingung sind, um die geschlechtliche Arbeitsteilung im patriachalen Kapitalismus aufrechtzuerhalten.

Als Kriterien zur Bewertung aller Maßnahmen und Forderungen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit sei zu fragen, ob

- *diese der Abschaffung der uns (die Frauen) benachteiligenden geschlechtlichen Arbeitsteilung dienen;*
- *ob sie der Verringerung der konkreten und systematischen Armut von Frauen dienen;*
- *ob sie die Umbewertung von Arbeit fördern;*
- *ob sie der Reduzierung von ökonomischer und sozialer Abhängigkeit förderlich sind.*

Am Abend fand ein viele verblüffender Erfahrungsaustausch über bisher existierende Formen der Zusammenarbeit statt. Zwar wird oft beklagt, daß die Arbeitsloseninitiativen zu sehr auf sich gestellt blieben. Aber regionale Vernetzung stellte sich dann als viel häufiger heraus. Es wurde schon über die nächste Stufe von Verbänden diskutiert, was aber auch viele skeptisch aufnahmen. Trotzdem: Es scheint, daß nach dem kurzen Feuer des Arbeitslosenkonkresses in Frankfurt 1983 wieder mehr passiert. Die Arbeitslosen werden sich rühren!

Am zweiten Tag standen verschiedene Lösungsstrategien zur Diskussion: Gründung von Alternativbetrieben, Arbeitsumverteilung und Mindesteinkommen. Nachdem als Stolperstein aus dem Weg geräumt war, daß diese Konzepte nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Bei dem von Günther Dey (Netzwerk Bremen-NN) vorgestellten Konzept der Gründung von Alternativbetrieben, war allen klar, daß dies keine generelle Lösungsstrategie für das Arbeitslosigkeitsproblem ist. Positiv ist vermerkt worden, daß die Arbeit in den Betrieben vielen Beteiligten sinnvolle Arbeitsinhalte vermittelt *(wogegen dieses Manuskript mehr als eine Zumutung ist! der Setzer)*, daß eine Signalwirkung davon ausgehen kann. „Wenn wir andere Arbeitsplätze wollen, dann müssen auch Erfahrungen gemacht werden." Beim Zugeständnis, daß sich eine ganze Anzahl von Menschen durch die Eigeninitiative aus der Arbeitslosigkeit befreien können, wurde aber auch von den z.T. miesen Bedingungen in selbstverwalteten Betrieben berichtet. Oft zu geringes Einkommen, eine zu hohe Arbeitsbelastung, die Probleme mit der sozialen Absicherung und eine als zu hoch empfundene persönliche Abhängigkeit von Betrieb und den anderen, die darin arbeiten – das wurde genannt, weshalb manche keinen Bock auf selbstverwaltete Betriebe haben.

Aus Sicht der Arbeitslosenbewegung wurde von der Gefahr berichtet, daß Arbeitsloseninitiativen gegen Alternativbetriebe ausgespielt würden. „Seht mal, die haben's geschafft", von einem Senator als allgemeine Empfehlung an Arbeitslose gegeben, ist politisch recht brisant, wenn sie als Hebel gegen andere Forderung eingesetzt wird; umgekehrt beklagen die Initiativen, daß sich die Alternativbetriebe, wie andere, so wenig um die Arbeitslosen kümmern. In Verbindung mit den anderen Strategien wurde vorgeschlagen, die Bereiche Arbeitslosenarbeit und Alternativbetriebe stärker miteinander zu verschränken.

Peter Grottians Szenario intensiverer Widerstandsformen der Arbeitslosen mit „begrenzten Regelverletzungen" mit dem Ziel auch Angst vor einer erstarkenden Arbeitslosenbewegung zu erzeugen, entstand aus der Feststellung, daß es nicht an Konzepten zu einer Umverteilung der Arbeit mangelt, sondern an Bündnis- und Arbeitsorganisatorischen, die diese Konzepte verfolgen. Dafür bräuchten die Initiativen, die sich einzeln zu schwach fühlten, Unterstützung von außen und eine stärkere politische Vernetzung. Auch die Grünen sollten ihre außerparlamentarische Arbeit endlich wie in der Friedens- oder Anti-Atomkraftbewegung verstärkt auf die Arbeitslosen beziehen. Dies wurde allerdings von vielen ebenso spektisch gesehen (Vereinnahmungsbefürchtung) wie der Vorschlag, einen Koordinationsausschuß aus Arbeitsloseninitiativen, Grünen, (noch) Beschäftigten Sympathisanten, sowie aus „Rändern" von SPD und Gewerkschaften zu bilden, um bis zum Herbst zu koordinierten Aktivitäten zu kommen. Die weit überwiegende politische Enthaltsamkeit der Arbeitslosen wurde als das größte Hindernis bezeichnet, solange die unpolitische Haltung nicht verändert werde, würde auch keine richtige Bewegung entstehen, die Veränderungen bewirken könnte. Über die Konzepte zur Arbeitsumverteilung wurde also, wie man sieht, hier kaum diskutiert; es wurde jedoch erneut davor gewarnt, sie gegeneinander auszuspielen.

Michael Opielkas Beitrag (Grüne) zum garantierten Grundeinkommen kann wegen der Fülle an Überlegungen nicht kurz zusammengefaßt werden. Seine Thesen:

Die aktuelle Diskussion um eine „Umverteilung der (Erwerbs-) Arbeit" bleibt m.E. politisch folgenlos, weil sie innerhalb der Logik des Sozialstaats wie auch innerhalb der kapitalistischen Gleichung, Erwerbsarbeit = Lohn, steckenbleibt. Sie muß – soll sie Realisierungschancen haben – um eine Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums! – verknüpft werden, um eine Entkopplung von Beschäftigung und materieller Reproduktion, um eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen für den Bereich der Existenzsicherung.

Als politische Strategie für die Grünen – und für die fortschrittlichen Bewegungen (z.B. Erwerbslosenbewegung) – schlage ich deshalb vor, die Forderung nach einer 20 - Stunden - Normalerwerbswoche ohne Lohnausgleich mit der Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen von 1000 DM für jede/n zu einem Paket zu schnüren.

Die riesigen Umbauten im gesamten erwerbssozialen Sicherungssystem, die für die Umsetzung dieser Forderung notwendig wären, riefen zwar entsprechende Skepsis hervor. Andererseits erscheint keine der „kleineren" Maßnahmen geeignet, dem Arbeitslosenproblem auf Dauer beizukommen.

Die Ergebnisse des Hearings werden als Dokumentation vorliegen, die allen interessierten Arbeitslosen- und sonstigen Initiativen zugeschickt werden kann. *(Hoffentlich nicht handschriftlich!, der Setzer)*

Günther Dey

IMPRESSUM (Ffm)

CONTRASTE erscheint monatlich

Herausgeber: Peter Hass, Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag

Redaktion.
Harald Deerberg, Iske und Koll., , Wulwestr. 25, 2800 Bremen 1
Tel.: 0421/ 7 20 93

Stattwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. 030/ 6 11 59 04

ASH Krebsmühle
c/o Jutta
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

V.i.S.d.P.:
Karl Bergmann (Ffm), Harald Deerberg (Bremen), Michael Makowski (Berlin), Dieter Poschen (Heidelberg), Windhueter Kollektiv, Schorndorf (Branchenseite Grafische Betriebe)

Herstellung
Zündsatz GdbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221) 1 34 02

Druck:
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 11

Vertrieb:
Jutta Gelbrich c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

Konto:
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr. 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning (Oktoberdruck), Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

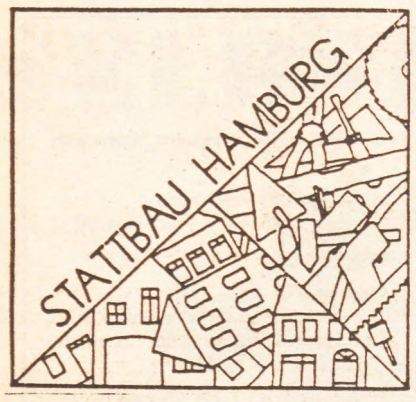
NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden

Rheinland-Pfalz:
Lebensgemeinschaft im Drohntal, Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid

Baden-Württemberg:
Libellus-Verlag, Gerhard, Augustenstr. 82a, 7000 Stuttgart 1

Nordbaden:
Zündsatz, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg1,
Tel.: (06221) 1 34 02

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821



Stattbau statt Stadtbau

EIN ALTERNATIVER SANIERUNGSTRÄGER FÜR HAMBURG

Jeder erinnert sich sicherlich noch wie 1981 die Berliner Hausbesetzerbewegung anwuchs und bundesweit bekannt wurde. Sicherlich waren das nicht die ersten Hausbesetzungen, denn die Ursachen sind schon lange in allen Städten vorhanden. Es gibt zu wenig preiswerten Wohnraum, in den standartisierten Neubauten können keine persönlichen Wohnvorstellungen realisiert werden und die Vorurteile vieler Vermieter erschweren gerade Wohngruppen die Wohnungssuche. Trotzdem wird durch Bauspekulation und Sanierungspolitik billiger, variabler Wohnraum in Altbauten vernichtet. Dabei soll hier nicht verkannt werden, daß diese alten Häuser dringend instandgesetzt werden müssen, da oft jahrelang die notwendigen Renovierungsarbeiten durch die Besitzer vernachlässigt wurden. Genauso sind in begrenztem Umfang auch Modernisierungen, wie z.B. der Einbau von Badezimmern sinnvoll und notwendig. Dies darf aber nicht wie bisher zu erheblichen Mietsteigerungen führen und damit zur Vertreibung der bisherigen Mieter, bzw. zu Mieten, die nur noch für wenige, finanziell Gutstehende, erschwinglich sind.

So stark die Berliner Hausbesetzerbewegung auch war, so konnte sie doch keine generelle Änderung der Wohungspolitik erreichen. Als Erfolg muß die Legalisierung einer Anzahl von Besetzungen und damit die vereinzelte Realisierung der Wohnvorstellungen, gewertet werden. Ähnlich mager waren auch die Erfolge der Besetzungen im Bundesgebiet. Dies gilt auch für Hamburg.

Die wenigen besetzten Häuser wurden normalerweise am nächsten Tag geräumt. Einige Gruppen versuchten mit der Stadt über Nutzungsrechte an leerstehenden Gebäuden zu verhandeln. Sie wurden hingehalten und hatten schließlich Schwierigkeiten, ihre Mitglieder bei der Stange zu halten. Ende 1983 war nicht nur die kleine Hausbesetzerbewegung sondern auch die weniger aggressive Wohngruppenbewegung so gut wie am Ende. Stärkstes Argument der Stadt Hamburg gegen die Wohngruppen war die Befürchtung mangelnder Kontinuität der Mitgliederschaft, die in diesem Stadium, als Folge der Hinhaltetaktik der Stadt auch belegt werden konnte. Als Lösung dieses Problems bot sich eine in Berlin erprobte Methode an. Die Gründung eines neuen Unternehmens zur Durchführung bzw. Betreuung der notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen als Treuhänder für die Stadt, eines sogenannten Sanierungsträgers. Natürlich muß dieser Sanierungsträger das Vertrauen der Wohngruppen haben und darf sich nicht von ihnen entfernen.

Unterstützung erhielt diese Idee aus linken SPD-Kreisen. Sie konnten im Haushalt für 1984 der Stadt Hamburg einen mit 4 Mill DM ausgestatteten Titel einrichten zur „Instandsetzung für Altbauten zur Sanierung preiswerten Wohungsbestandes". Damit standen öffentliche Gelder zur Finanzierung der angestrebten Instandsetzungen zur Verfügung. Wenn auch die Summe nur für den Anfang reichte, so konnte doch mit den Detailüberlegungen begonnen werden.

Der angestrebte Sanierungsträger sollte:
- abrißgefährdeten Wohnraum preiswert erhalten,
- Mieterzusammenschlüsse unterstützen und fördern,
- öffentliche Mittel für Mieter erschließen,
- Selbstbestimmung bei den Wohnstandards und bei der Verwaltung des Wohnraumes durchsetzen.

Deshalb soll und kann dieser Sanierungsträger nicht auf die gleiche Weise wie die vorhandenen Sanierungsträger arbeiten. Er kann nicht ganze Sanierungsgebiete betreuen, sondern nur gezielt einzelne Gebäude und Ensembles. Er kann nicht von oben eingesetzt werden, sondern nur auf Wunsch der Bewohner oder späteren Nutzer. Deshalb gehört auch zu den Aufgaben eines alternativen Sanierungsträgers die Beratung der Bewohner oder zukünftigen Nutzer der Gebäude. Das vorrangige Ziel muß der Erhalt und die Instandsetzung preiswerten Wohnraumes sein. Das kann nur erreicht werden, indem öffentliche Mittel, die bisher in die Taschen der Vermieter flossen und zu kräftigen Mieterhöhungen geführt haben, unmittelbar den Mietern zugänglich gemacht werden. Das ist das eigentlich neue am Konzept „alternativer Sanierungsträger", daß die Mieter bestimmen können, wofür Geld ausgegeben wird und wofür nicht, und daß dadurch überflüssige Kosten und Mieterhöhungen vermieden werden. Eine weitere Möglichkeit zur Kostensenkung stellt die Eigenleistung der Mieter dar. Wer läßt schon gerne Handwerker in seine Wohnung und bezahlt sie für Arbeiten, die er/sie genausogut selbst machen kann. Auch diese Möglichkeit ist bei der traditionellen Sanierung nicht gegeben. Ein objektbezogener, alternativer Sanierungsträger kann und muß diese Möglichkeit berücksichtigen.

Als Rechtsform des Sanierungsträgers wurde auf Grund der Gestaltbarkeit und der einfachen Gründungsmodalitäten von vorneherein die GmbH angestrebt. Die Gesellschafter dieser GmbH sollten um die Kontinuität zu sichern 1. der von Mietergruppen gegründete Mieterverein „Mieter helfen Mieter", 2. „Netzwerk Selbsthilfe Hamburg", 3. die „Autonomen Jugendwerkstätten Hamburg", ein Verein zur beruflichen Ausbildung sonst arbeitsloser Jungendlicher, werden. Zur Realisierung der Idee und zur intensiven Beratung und Betreuung der Wohngruppen wurde von „Mieter helfen Mieter" vier ABM-Stellen eingerichtet. Ein Architekt, ein Ökonom, ein Jurist und ein Sozialwissenschaftler sollten Konzepte und Methoden entwickeln, wie Mieterselbsthilfe und Selbstverwaltung in Hamburg realisiert werden kann. Sie sollten zusammen mit den Wohngruppen und den Gesellschaftern die inhaltlichen, formellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Gründung des alternativen Sanierungsträgers Stattbau Hamburg schaffen. Bei der Suche nach geeigneten Personen zeigte sich wie wenige Kaufleute über die gewünschte und benötigte Qualifikation und die erforderliche politische Position verfügen. Trotzdem konnte auch diese Funktion nach einem viertel Jahr Suche besetzt werden.

Schon bei den ursprünglichen Vorstellungen über die innere Struktur von Stattbau Hamburg mußten Abstriche gemacht werden. War ursprünglich beabsichtigt, die Wohngruppen an der Führung und Kontrolle der GmbH unmittelbar zu beteiligen, so zeigte sich schnell, daß die dabei anstehenden kaufmännischen und juristischen Probleme für die Wohngruppen von untergeordnetem Interesse waren. Immer weniger Wohngruppen waren auf den regelmäßigen Besprechungen der Gründergruppe anwesend bis schließlich nur noch Vertreter der Gesellschafter erschienen. Diese Erfahrung führte zu der Überlegung, daß eine GmbH mit wenigen, übersichtlichen, offenen Gremien besser geeignet ist, als die bis dahin diskutierten komplizierten Strukturen. Im Ergebnis entstand eine GmbH mit einer häufig (in der Regel 14-tägig) tagenden offenen Gesellschafterversammlung, die alle wesentlichen Entscheidungen trifft. Daneben gibt es unabhängig von der GmbH aber mit ihr informell verbunden ein Treffen der Wohngruppen, in dem ihre Probleme diskutiert und das weitere Vorgehen abgesprochen wird. Wie weit sich diese Struktur bewährt, muß sich noch zeigen.

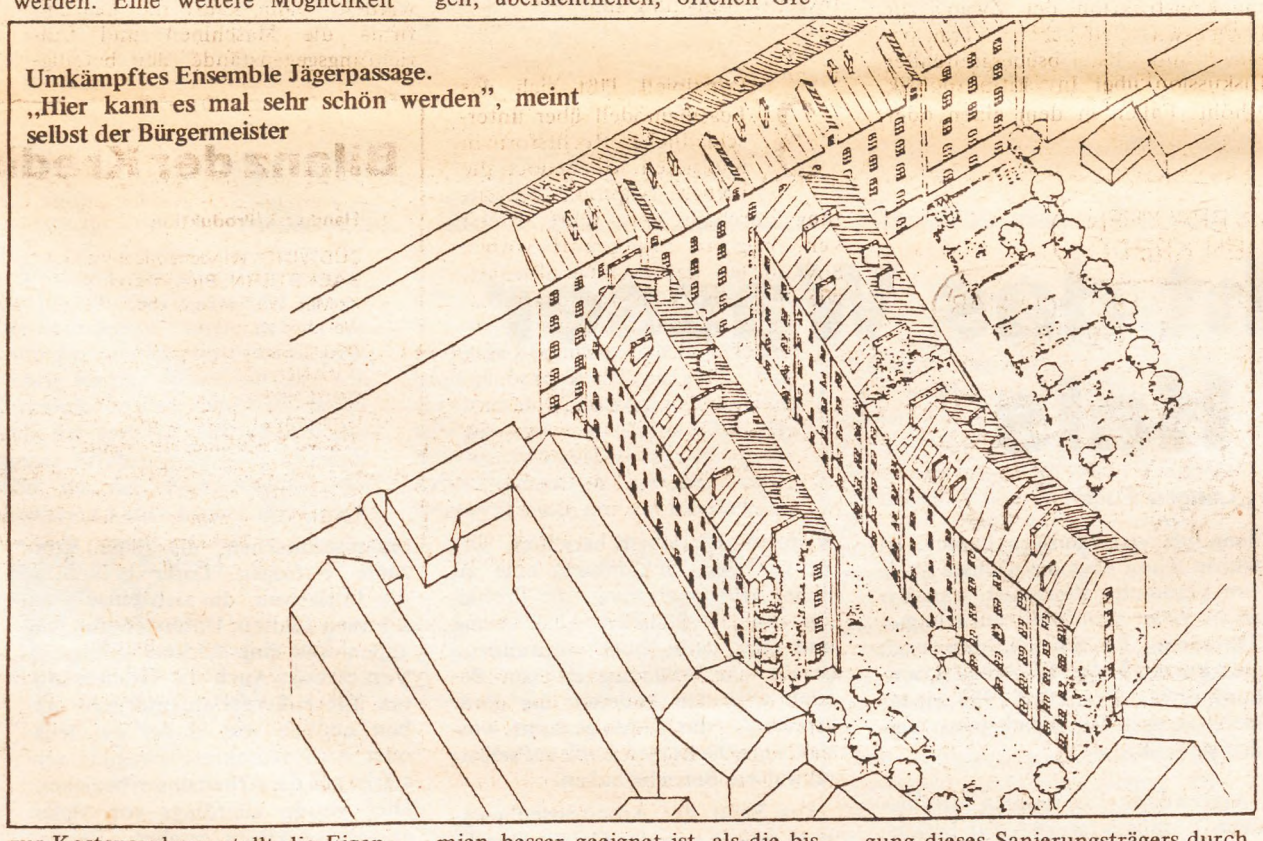
Gleichzeitig mit der Ausarbeitung der inneren Struktur der GmbH begannen die Verhandlungen mit den Behörden der Stadt Hamburg. Von der Baubehörde wurde die hinreichend bekannte Verschleppungsstrategie mit immer neuen Forderungen und Versprechungen beibehalten. Anders verhielt sich die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales, da die Einbeziehung der Autonomen Jugendwerkstätten eine Möglichkeit bot, arbeitslose Jugendliche bei den Instandsetzungsarbeiten zu beschäftigen. Eine unerwartete Unterstützung erhielten die Befürworter einer anderen Sanierungspolitik durch den Hamburger Bürgermeister Klaus von Donahny. Die aktivste der Wohngruppen, der Verein Mieterselbstverwaltung Jägerpassage, hatte ihm das Versprechen einer Besichtigung des von ihm angestrebten Ensemble abnehmen können. Dieses Ensemble sind ursprünglich 3, durch Abbruch mittlerweile nur noch 2, etwa 100 Jahre alte Hinterhäuser, die seit Jahren leerstehen und bisher als nicht erhaltenswert angesehen wurden. Dies obwohl ein Gegengutachten die Sanierungsfähigkeit nachgewiesen hatte. Die Besichtigung scheint den Bürgermeister überzeugt zu haben, so daß er am Ende des Rundganges den hier schon fast historischen Satz sagte: „Hier kann es mal sehr schön werden". Auf die Betreiber der Gründung eines alternativen Sanierungsträgers kam damit allerdings erstmal neuer Ärger zu. Ein großbürgerlicher, Hamburger Verein, die Patriotische Gesellschaft, hatte schon an dem Bau des Gebäudes mitgewirkt und entwickelte plötzlich ein Verantwortungsgefühl für die bisher vernachlässigten Häuser. Aus diesem Überlegungen gründeten sie einen eigenen Sanierungsträger, der ohne das Vertrauen der Wohngruppe die Sanierung der Gebäude durchführen wollte. Nur die gemeinsame Ablehnung dieses Sanierungsträgers durch die Wohngruppen verhinderte die Beauftragung dieses Sanierungsträgers durch die Stadt. Überraschend war nur die Geschwindigkeit, mit der der bürokratische Weg begangen werden konnte, der den anderen Gruppen bisher im Weg gewesen war.

Das Bekenntnis der Wohngruppen zu dem alternativen Sanierungsträger Stattbau Hamburg, das sich auch in SPD-Kreisen verstärkende Interesse an einer alternativen Sanierung und vielleicht auch haushaltstechnische Überlegungen, führten Anfang Dezember 1984 zu einem plötzlichen Einlenken des Bausenators. Jetzt forderte er, innerhalb von 14 Tagen sollte die Anmeldung der GmbH zur Eintragung einem Notar vorliegen, damit er noch 1984 die Zuweisung von Mitteln vornehmen könne. Diese plötzliche Eile war sofort wieder abgeklungen, nachdem die Gesellschafter die gewünschte Bestätigung des Notars in der Behörde vorlegen konnten. Jetzt müsse erst einmal die endgültige Eintragung ins Handelsregister abgewartet werden hieß es. Nun ist dies auch ein Verwaltungsvorgang der seine Zeit benötigt, doch am 8. März war auch diese Hürde geschafft. Die Anerkennung erfolgte Mitte April, allerdings nicht, wie gewünscht, als Sanierungsträger, sondern nur als alternativer Baubetreuer. Dadurch wird es praktisch erforderlich, für jedes neue Gebäude eine neue Anerkennung zu erhalten. Außerdem können keine Bundesmittel in Anspruch genommen werden. Totzdem ist dies ein wichtiger Schritt zum Erhalt preiswerten Wohnraumes und gegen Abriß- und Modernisierungspolitik der bisherigen Sanierungen. Angestrebt werden muß aber weiterhin die langfristige politische wie auch finanzielle Existenz von Stattbau Hamburg, um eine grundsätzliche Änderung der Sanierungs- und Wohnraumpolitik zu erreichen. Gleichzeitig zeichnen sich erneut Probleme mit Behörden ab, diesmal mit der Finanzbehörde. Sie lehnt die mit der Baubehörde vereinbarten Regelungen zur Mieterselbstverwaltung aus haushaltsrechtlichen Gründen ab. Ohne die Selbstverwaltung ist das Konzept weder akzeptabel noch durchführbar. Es liefe auf eine billige Instandsetzung der von städtischen Gesellschaften vernachlässigten Gebäude hinaus, ohne sie aus deren Einflußbereich herauszubekommen. Wieder muß die Zielsetzung in einer Behörde durchgesetzt werden. Dieser Prozeß hat erst begonnen.

Bei dem vereinbarten Förderungskonzept wird von einem benötigten Höchstbetrag von 985 DM pro saniertem Quadratmeter Wohnraum ausgegangen. Davon muß von den Bewohnern ein Eigenleistungsanteil von 15 % erbracht werden, der Restbetrag wird von der Stadt Hamburg aus dem bereits erwähnten Haushaltstitel als Zuschuß gewährt. Dabei zeigen sich bereits zwei Probleme: erstens reichen die 985 DM bei keinem der Gebäude für eine ausreichende Instandsetzung, so daß der Eigenleistungsanteil über die 15 % steigt, zweitens können gerade Gruppen aus sozial benachteiligten Schichten diese Eigenleistung nur schwer erbringen, da sie ihre Freizeit zur Erholung von der Arbeit benötigen und auch nicht über genügend Geld verfügen, um die Eigenleistungen aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Insgesamt ist es also noch erforderlich, weitere günstige Finanzierungsquellen zu erschließen bzw. die öffentliche Förderung der alternativen Sanierung zu verbessern.

Sicherlich sind die hier dargestellten Erfahrungen nicht ohne weiteres übertragbar, da für Hamburg sicher eine Reihe von Sonderbedingungen gelten. Zu nennen ist die Situation als Stadtstaat mit seiner Identität von Stadt- und Landesbehörden, die lange Tradition einer SPD-Regierung, die im Moment mit absoluter Mehrheit regiert oder die starke und politische Ausrichtung der GAL. Die Sanierungspolitik sieht aber in allen Städten gleich aus und die Widerstände der Behörden gegen eine andere Wohungspolitik sind sicherlich überall vorhanden. Die Strategien zur Verschleppung oder Abwiegelung von Initiativen für eine alternative Stadtsanierung sind deshalb auch überall ähnlich. Aufbauend auf einer ausreichend großen Bewegung, aber nicht ganz ohne einflußreiche Unterstützung lassen sich auch in anderen Orten Modelle für eine andere, bewohnerorientierte Instandsetzung von preiswertem Wohnraum und Mieterselbstverwaltung entwickeln und installieren.

Erich Jungnickel



**Umkämpftes Ensemble Jägerpassage.
„Hier kann es mal sehr schön werden", meint selbst der Bürgermeister**

Das besondere Leasingsystem für selbstverwaltete Betriebe:

Kollektiv-Leasing

1 Unterkapitalisierung und schlechte Maschinenausstattung sind Ursache und Wirkung eines allbekannten Dilemmas von Kollektivbetrieben. den schlechten Finanzierungsbedingungen. Als Resultat der Unflexibilität konventioneller Financiers wurden hie und da auch schon Alternativen entwickelt, die sich allerdings erst ganz allmählich durchsetzen. Ein Finanzierungsinstrument, das eine solche Finanzierungsalternative darstellt, ist das Kollektiv-Leasing. Kollektiv-Leasing geistert als Begriff schon einige Jahre durch die Szene, jedoch ist das, was sich dahinter verbirgt, nur in Ansätzen umgesetzt worden. Über das Potential dieses Finanzierungsmodells läßt sich bisher jedoch genauso wenig aussagen, wie zu den tatsächlich möglichen Finanzierungseffekten.

Leasing an sich ist nicht neu. Viele Firmen kaufen sich einen Teil ihrer Investitionsgüter nicht, sondern mieten, d.h. leasen diese. Das ist zwar im Endeffekt teuerer, aber es gibt keine Finanzierungs- und Liquiditätsprobleme bei der Anschaffung und eigene Mittel werden auch nicht langfristig gebunden.

2 Das Prinzip ist, wie immer, ganz einfach. Mehrere Kollektive schließen sich zu einer gemeinsamen Gesellschaft zusammen und bringen in diese Gesellschaft ihre gesamten Maschinen und Einrichtungsgegenstände ein, also ihr gesamtes Anlagevermögen. Diese nunmehr im Besitz der Leasingfirma befindlichen Maschinen werden dann wieder an die beteiligten Betriebe verpachtet. Das bedeutet, das die Leasinggesellschaft eine Dachgesellschaft ist und die Betriebe als solche weiterexistieren.

Doch was soll nun dieses umständliche Hin und Her? Leasinggesellschaften werden grundsätzlich als kreditwürdiger eingestuft, d.h. die Finanzierungsmöglichkeiten werden dadurch erheblich verbessert. Wenn z.B. einer der beteiligten Betriebe zahlungsunfähig wird, zählt das Anlagevermögen nicht zur Konkursmasse, sondern bleibt im Eigentum des Leasingbetriebes, der sie an einen anderen Betrieb verpachten oder auch verkaufen kann. Der Zugriff auf den Geschäftsanteil, den jeder Betrieb hält, wird ausgeschlossen, indem in der Leasinggesellschaft Kapitalneutralisierung vereinbart wird. Kapitalneutralisierung bedeutet, daß eine Reprivatisierung des Gesellschaftsvermögens ausgeschlossen wird – der eigentlich politische Hintergrund des Kollektiv-Leasing. Zwar können alle selbstverwalteten Betriebe in der Rechtsform der GmbH dies für sich festlegen, jedoch ist eine Aufhebung per Gesellschaftsbeschluß – bei Einigkeit aller Kollektivmitglieder nicht auszuschließen und die Wahrscheinlichkeit dafür ist auch nicht gerade niedrig. Daß sich im Rahmen des Kollektiv-Leasing alle Kollektivmitglieder aller beteiligten Betriebe auf solch einen Aufhebungsbeschluß einigen können, kann dagegen als sehr unwahrscheinlich eingestuft werden.

Letztlich wird durch diese Leasing-Konstruktion der Zwang zur betriebswirtschaftlichen Transparenz und betriebsübergreifender Diskussion über Investitionspolitik erhöht. Fallen in dem einen oder anderen Betrieb auch schon mal die Abschreibungen in der Kalkulation unter den Tisch, weil die Abnutzung der Maschinen sich nicht unmittelbar in Kosten niederschlägt, so sind die Leasinggebühren als Kosten immer gegenwärtig. Leasinggebühren sind somit der Ausgleich der Kosten der Maschinenabnutzung. Auch kann so mancher Betrieb bei bestimmten Investitions - Wahn - Vorstellungen erstmal gebremst werden, indem Investitionsvorhaben überbetrieblich diskutiert werden. Natürlich regt dieses System auch erstmal zu einer mittel- und langfristigen Investitionsplanung an.

3 Prinzipiell läßt sich das Leasingmodell über unterschiedliche Rechtsformen realisieren. Um jedoch die völlige Kapitalneutralisierung durchzusetzen, führt vorerst kein Weg an der GmbH vorbei. Sowohl bei der BGB-Gesellschaft, wie bei der Genossenschaft, ist ein entsprechender Passus unzulässig. Das höchstrichterliche Urteil über die Gültigkeit der Kapitalneutralisierung steht zwar noch aus, aber Rechtsgutachter sind bislang der Auffassung, daß die Vertragsfreiheit (die Freiheit vertraglich zu vereinbaren, daß auf alle Eigentumsrechte verzichtet wird) höher zu bewerten ist, als das Eigentumsrecht.

Gesellschafter einer solchen Leasing-Firma sind Betriebe als juristische Personen bzw. Personengruppen. Jeder Betrieb hat eine Stimme, unabhängig von der Höhe der Einlage. Die Geschäftsführung sollte idealerweise rotierend von Vertretern einzelner Betriebe – als Nebenjob – betrieben werden. Der Umfang des Geschäftsbetriebes ist ja auch entsprechend klein. Dies kann vielleicht auch bald ein Maßstab für die Anzahl der beteiligten Betriebe sein. Wenn der Umfang des Leasinggeschäfts einen voll eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, ist zu diskutieren, ob ein Aufnahmestopp für neue Betriebe verhängt wird bzw. eine Zellteilung vorgenommen wird.

Hinsichtlich der Entscheidungsmodalitäten gilt bisher das Prinzip, daß Betriebe über Investitionen in Höhe der bereits gezahlten Leasinggebühren autonom entscheiden können (das gilt i.d.R. für Re-Investitionen, d.h. den Ersatz alter Maschinen durch neue der gleichen Art und Größe). Bei Erweiterungsinvestitionen sind dann alle Gesellschafter-Betriebe gefragt. Schließlich geht es um eine Neuverschuldung, die alle Betriebe angeht. Wer dabei Böses ahnt, von ellenlangen Diskussionen über Investitionen, neben den üblichen kollektiv-internen Diskussionen, dem sei vor Augen gehalten, daß solche Investitionsentscheidungen nicht jede Woche zu fällen sind.

4 Sind sich nun vier oder fünf Betriebe einer Stadt einig, eine solche Leasinggesellschaft zu gründen, dann ist zuerst die GmbH zu errichten, d.h. es müssen die 50 000 DM Stammkapital aufgebracht werden (zu 50 % über Sacheinlagen möglich), eine Satzung verabschiedet und die Entscheidungsmodalitäten festgelegt werden. Dann kauft die Leasingfirma die Maschinen und Einrichtungsgegenstände der beteiligten Betriebe auf. Dies ist gleichzeitig eine günstige Gelegenheit zur Umfinanzierung. Es folgt die Berechnung der Leasinggebühren auf der Grundlage der Abschreibungen und das Ganze kann anrollen. Will nun ein Betrieb eine neue Maschine kaufen, muß geklärt werden, ob er dies aus eigener Kraft kann oder nur mit Zustimmung der anderen. Letzteres wird wohl gerade in der Anfangsphase der Fall sein, wenn gebrauchtgekaufte Maschinen durch neue ersetzt werden. Dafür muß dann eine Finanzierung gefunden werden, was die ökonomische Solidität des Betriebes voraussetzt (er muß die höheren Leasingraten erwirtschaften).

Die Kooperation braucht natürlich nicht auf das Leasing begrenzt bleiben. Bei Betrieben aus gleichen Branchen lassen sich Maschinenhandel und gemeinsame Maschinennutzung ebenfalls damit verbinden.

Nachtrag.

Es wird wohl kaum gelingen, eine Leasing-GmbH nach dieser Beschreibung zu gründen und zu betreiben. Daher wollen wir allen Interessierten ein Wochenendseminar zum Thema „Kollektiv-Leasing" anbieten, wo alle Fragen zu diesem Komplex ausführlich diskutiert werden können. Termin und Tagungsort wird festgelegt, wenn sich genug Interessierte gemeldet haben.

STATTwerke
Paul-Linke-Ufer 449
1000 Berlin 36

Wie funktioniert die Kreditvermittlung?

Jeder an der Kreditvermittlung Interessierte kann uns dies per Postkarte kundtun. Dabei besteht die Wahl zwischen der vorübergehenden Geldanlage auf dem Treuhandkonto und der direkten Kreditvergabe an ein von uns vorgeschlagenes Projekt.

Das Treuhandkonto funktioniert wie ein Sparbuch. Es wird ein bestimmter Betrag eingezahlt, der mit (z.Zt.) 3% verzinst wird und mit einer Frist von 30 Tagen gekündigt werden kann. Als Treugeber kommt man dann in den Verteiler der Kreditvermittlung, d.h. in mehr oder weniger regelmäßigen Abschnitten erhält man Informationen zu kreditsuchenden Projekten. Taucht eines Tages dann ein Projekt im Rundbrief auf, was den Traumvorstellungen von Finanzierung entspricht, wird der Treuhandbetrag gekündigt und das Geld an das ausgewählte Projekt vermittelt. Bevor übrigens ein Projekt in unseren Rundbrief kommt, wurde es ausführlich beraten, sind Fragen der Sicherheiten und der Rückzahlung geklärt. Wer das mit dem Treuhandkonto zu kompliziert findet, kann auch formlos seine Bereitschaft erklären, einen bestimmten Betrag anlegen zu wollen und erhält dann ebenfalls die notwendigen Informationen.

Also: nichts wie hin zur Kreditvermittlung.

PS.: Es gibt inzwischen auch in anderen Regionen Kreditvermittlungen. Anfragen aus diesen Regionen leiten wir dann weiter.

Bilanz der Kreditvermittlung

1. Handwerk/Produktion — **DM 443.050,-**

SÜDWIND, Windenergieanlagen, Berlin
BACKSTERN, Biobäckerei, Berlin
KoMet, Werkzeugmacherkollektiv, Berlin
Werkhof Kreuzberg, Tischlerei, Berlin
AKUT-Siebdruck, Berlin
AMANO, Bau- und Elektrokollektiv, Berlin
GEGENSATZ, Satzkollektiv, Berlin
Gitarrenwerkstatt, Berlin
Elektro-Electronic, Hochheim
Werkhof Darmstadt, Elektro- und Metallausbildung
KOLONKO, Baukollektiv, Berlin
LAGUNE, Keramik, Ingenieur-, Elektrokollektiv, Bioladen, Kneipe, Waldbröl

2. Verlagswesen — **DM 190.400,-**

Verlagsgesellschaft Gesundheit, Berlin
STATTBUCH-Verlag, Berlin
KOPF HOCH-Kalendergruppe, Berlin
Galerie 70, Galerie und Buchladen, Berlin
ElefantenPress Verlag, Galerie und Verlag, Berlin
KOMMEDIA, Medienbuchladen und -versand, Berlin

3. Handel — **DM 152.500,-**

KRAUT und RÜBEN, Bioladen, Berlin
CLASSIC BIKE, Motoradhandel, Berlin
NARRENFREIHEIT, Artisten- und Theateraccessoires, Berlin
ÖKOTOPIA, Direktimport von Nicaragua-Kaffee, Berlin
Baustoffhandel, Münster
STRUWELLOTTE, Kinderspielzeug, Kinder- und Frauenbücher, Berlin

4. Landwirtschaft — **DM 30.700,-**

Bauernhof Dangenstorf (Umstellung auf biologischen Anbau), Landkreis Lüchow-Dannenberg

5. Dienstleistungen — **DM 165.600,-**

DIE ETAGE, Tanz- und Artistenschule, Berlin
KUCKUCKSEI, Stadtteilcafé, Berlin
Schülerladen Pallasstraße, Berlin
MehringHof-Kneipe, Berlin
Pro Familia, Bielefeld
Berliner Kollektive für Nicaragua

6. Hausprojekte — **DM 422.000,-**

Projekt Streistraße, Berlin-Spandau
Frauenhaus Bielefeld
Kratzbürste im Schwarzwald, Tagungs- und Werkstätteninitiative Münstertal
Tagungshaus Läufertmühle
Regenbogenfabrik, Berlin

GESAMTSUMME DER VERMITTELTEN PRIVATKREDITE: DM 1.424.250,-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Vorschlag für einen Beteiligungsfond für Belegschaftsbetriebe

Belegschaftsinitiativen und Finanzierung

Die Bad Hennefer Ingenieurbau ist das aktuellste Beispiel einer gescheiterten Belegschaftsinitiative. Das war leider kein Einzelfall, sondern das vorerst letzte Glied einer ganzen Kette von hoffnungsträchtigen Versuchen, den drohenden Konkurs eines Betriebes durch die Übernahme der Belegschaft noch abzuwenden.

In Zusammenhang mit derartigen Rettungsversuchen solcher – meist recht maroden – Firmen stellen sich eine Vielzahl von Problemen, für die wir nur vage Ansätze von Lösungen haben und noch weit davon entfernt sind, die erforderlichen Resourcen von Finanzierungsmöglichkeiten und Know-How bereitzustellen.

Wie schon bei der Tagung bei der Belegschaftsfirma AN in Bremen klar wurde und jetzt eben auf diese bittere Weise erneut untermauert wurde, ist das Fehlen eines funktionierenden Finanzierungsinstrumentes ein entscheidendes Manko, um zumindest die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, solchen Belegschaftsinitiativen eine Chance zum Start zu geben. Aus dieser Erfahrung heraus ist die Idee entstanden, eine Leih- und Tilgungsgemeinschaft für Beteiligungskapital für solche Firmen zu gründen. (vgl. Artikel von Karl Bergmann)

Diese Leih- und Tilgungsgemeinschaft ist – soll sie zu einem wirkungsvollen Instrument entwickelt werden – ein erster Baustein in einem speziell für Belegschaftsbetriebe ausgerichteten Finanzierungsfond.

Was sind die Aufgaben des Fonds?

Die wohl wichtigste Aufgabe des Fonds ist seine Feuerwehrfunktion. Das bedeutet, dieser Fond muß ohne bürokratischen Aufwand innerhalb kürzester Zeit Geldmittel zur Verfügung stellen können, um Finanzierungslücken in der Startphase zu decken. Das bedeutet also auch, daß die Gelder nicht langfristig angelegt werden sollen. Die Vergabe der Fondgelder erfolgt vielmehr mit der Auflage innerhalb eines überschaubaren Zeitraums eine langfristige Finanzierung sicherzustellen.

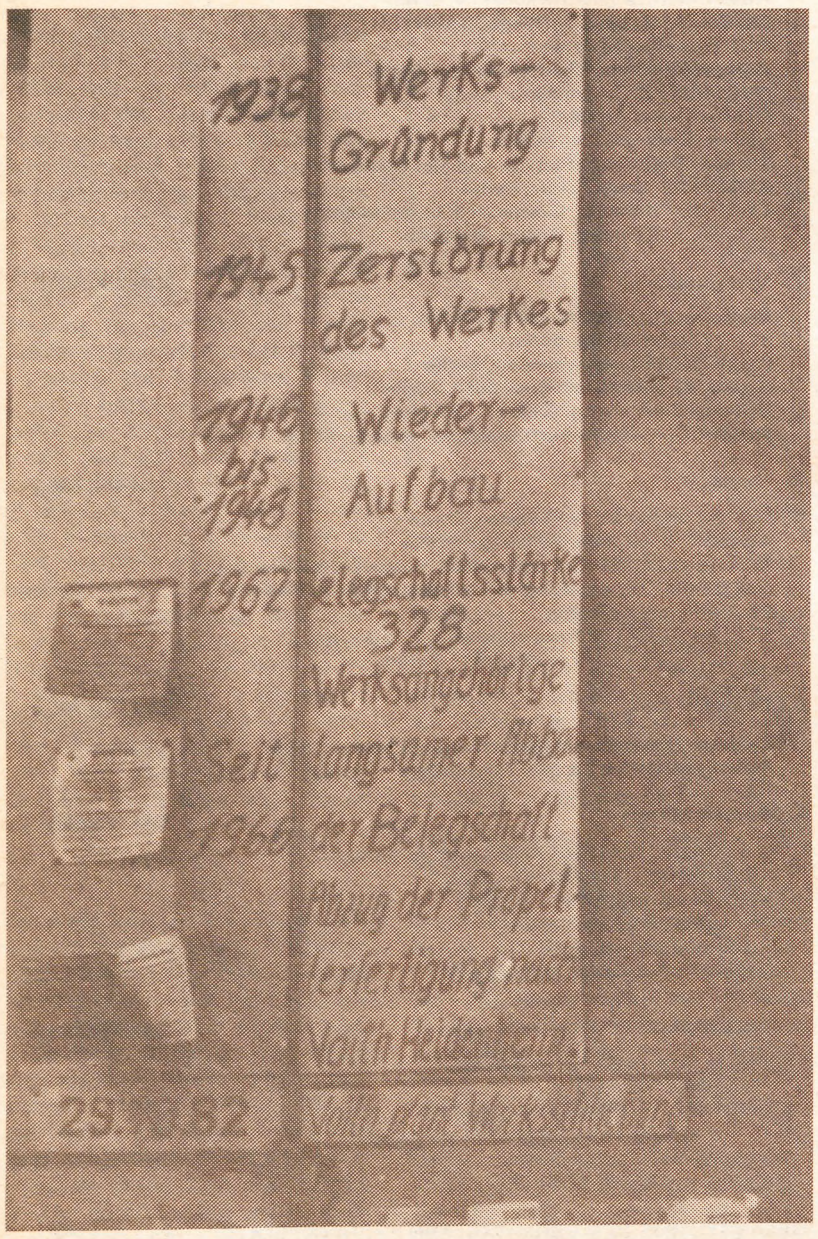
Darüber hinaus sollte der Fond auch Koordinations- und Mittlerfunktion übernehmen. Dies umfaßt die Zusammenarbeit mit qualifizierten Beratern und die Unterstützung solcher Belegschaftsinitiativen bei der Öffentlichkeitsarbeit. Bei den Verhandlungen mit staatlichen Stellen, Banken und Konkursverwaltern müssen die (i.d.R. managementunerfahrenen) Belegschaften auch auf Hilfe hoffen können.

Letztlich gehört – als Perspektive für die ferne Zukunft – wohl auch die Finanzierung von Produktentwicklung und -umstellung zum Programm.

Anforderungen an die Belegschaften

Mit der Einrichtung eines solchen Fonds verbinden wir natürlich ganz bestimmte politische Vorstellungen. Dieser Fond hat sicherlich nicht den Zweck, dynamischen Jungunternehmern bei der Unternehmensfortführung die nötigen Starthilfen zu verschaffen. Vielmehr geht es darum, das Prinzip „Selbstverwaltung" über den engen Rahmen der Szene hinaus als verallgemeinerbares Organisationsprinzip voranzubringen. Konkret heißt das, daß die Belegschaftsinitiativen, die sich um finanzielle Unterstützung beim Fond bemühen, selbstverwaltet sein müssen und das Kapital der Firma neutralisiert ist – individuelle Bereicherung muß somit ausgeschlossen sein. Die Unternehmenspolitik muß statt auf Gewinnmaximierung auf Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und entsprechend menschlichen Arbeitsbedingungen ausgerichtet sein. Die Produkte sollen in ihrer Bewertung auch der ökologischen Verträglichkeit und der gesellschaftlichen Nützlichkeit unterworfen werden.

Insgesamt soll durch den Fond ein Unternehmenstypus gefördert werden, dessen Unternehmensziele Selbstbestimmung der Arbeitenden, Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Herstellung bzw. der Verkauf umweltfreundlicher Produkte sind.



AN Maschinenbau- und Umweltschutzanlagen GmbH

... woher das Geld nehmen

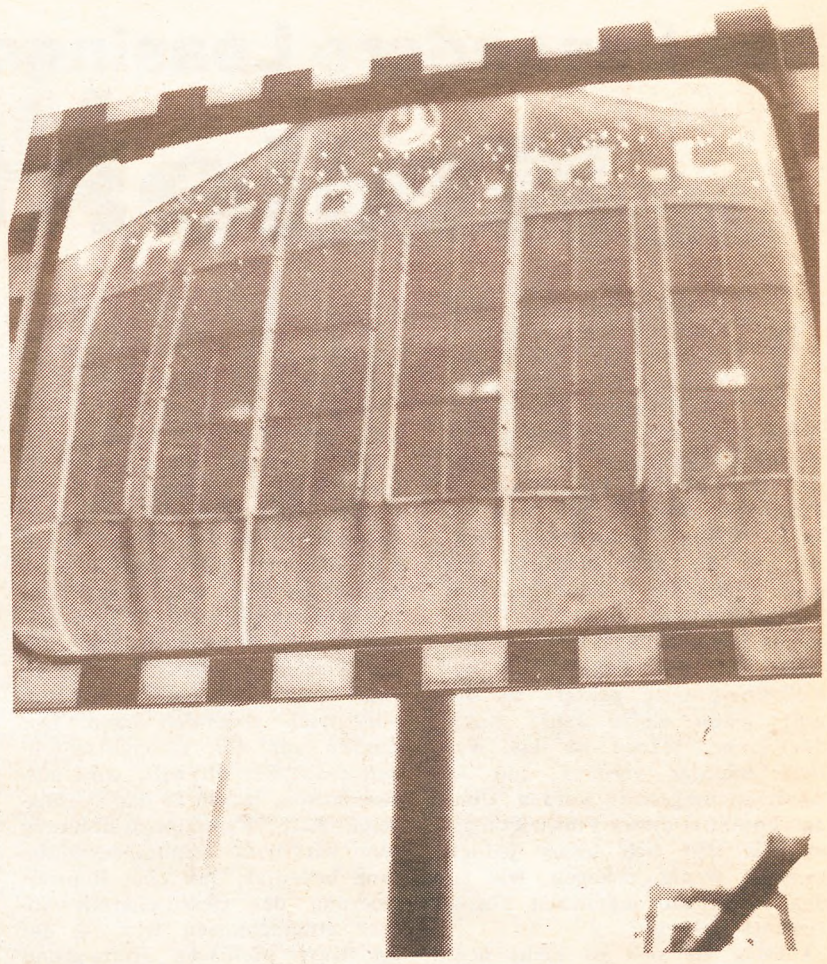
Natürlich wird man weder Banken noch andere potente Financiers dazu bringen können, sich an solch einem Fond zu beteiligen. Auch kapitalorientierte Anleger werden sich nur ein müdes Lächeln abringen können. Renditeerwartung: negativ! Was not tut, ist wieder mal ein Appell an die grün-alternative Sympathisantenszene. Nichts anderes als ein Spendenaufruf also. Diesmal unter anderen Namen und all jene, die für El Salvador gespendet haben, bei der TAZ Kommanditeinlagen gezeichnet haben, sich an Ökobank oder Öko-Test beteiligt haben, Netzwerkmitglieder und Unterstützer der STATTwerke-Kreditvermittlung sind.

Doch es wäre etwas kurz gedacht, wenn die vielbemühten Bewegungssympathisanten das einzige Potential für diesen Fond darstellen sollten. Nach der Erfahrung bereits durchgeführter Geldsammlungen dieser Art, dürfte mit einem Aufkommen von ungefähr 1 Mio. DM zu rechnen sein. Ein Volumen, mit dem durchschnittlich 2–3 Belegschaftsbetriebe gleichzeitig unterstützt werden könnten. Für den Anfang wohl genug, aber wenig ausbaufähig. Das führt zu der Notwendigkeit, etwa die gleiche Summe nochmal über andere Quellen zu besorgen. Da sind dann potente (mehr oder weniger) Organisationen mit Sympathien für solche Betriebe gefragt. Spontan fallen einem da Grüne/Ökofonds, Netzwerke, Öko-Bank-Initiative, STATTwerke/Haftungsassoziation, aber auch kirchliche und gewerkschaftliche Organisationen, die Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft und anthroposophische Einrichtungen ein.

Schließlich gibt es noch eine dritte Gruppe, die zunächst wohl keinen bedeutungsvollen Beitrag leisten kann, aber im Lauf der Entwicklung sich hoffentlich zur starken Säule entwickeln wird: die erfolgreichen Belegschaftsbetriebe, die als Betroffene selbstverständlich Teilhaber des Fonds werden sollen.

Überlegungen zur Rechtsform

Die Einrichtung einer Leih- und Tilgungsgemeinschaft (als Vorform des Fonds) ist ohne großen formalen Aufwand möglich. Sie ist ein nicht-rechtsfähiger, nicht eingetragener Verein. Nach einer gewissen Zeit, wenn die hier dargestellten Überlegungen stärker diskutiert und konkretisiert worden sind, steht die Umwandlung in einen rechtmäßig eingetragenen Verein an, der auch als Rechtsperson selbst tätig werden kann. Im Zuge der weiteren Entwicklung – wenn ein regelrechter Geschäftsbetrieb notwendig wird – ist wohl eine gewerbliche Rechtsform vonnöten. Ohne eine Diskussion über die richtige Rechtsform von vorneherein abwürgen zu wollen, sprechen einige gewichtige Gründe – schon jetzt – für die eingetragene Genossenschaft. Dabei spielt der Nimbus von Demokratie und Solidarität, der die Genossenschaft umgibt, weniger eine Rolle, als pragmatische Überlegungen. Zum einen ist die Neuaufnahme von Fond-Gesellschaftern unproblematisch und verursacht keine Kosten (wie bei der GmbH). Dies ist ein



durchaus wichtiger Aspekt, wenn sich der Anspruch durchsetzt, alle finanzierten Belegschaftsbetriebe auch in den Fond aufzunehmen. Andererseits ist die Rücklagenbildung bei Genossenschaften großzügiger zu handhaben, was ein wirksames Instrument ist, um nicht zu schnell in die Gewinnzone zu geraten. Wenn in einigen Jahren alle Beteiligungen wieder zurückfließen (eine anzustrebende, aber nicht kalkulierbare Situation), sind beim Fond nicht gerade unerhebliche Gewinne zu erwarten (aus den Zinserlösen), deren volle Versteuerung möglichst vermieden werden sollte. Lassen sich Gewinne partout nicht vermeiden, dann schmerzt die reduzierte Körperschaftssteuer für Genossenschaften, die Geschäfte ausschließlich mit Genossen betreiben, weniger als der volle Satz, den GmbHs abdrücken müssen.

Zur internen Struktur

Zunächst kommen da die unguten Erfahrungen hoch, mit den fruchtlosen Strukturdebatten bei den Grünen, den Netzwerken, dem Ökobank-Verein und anderen Groß-Organisationen. Bei dem Belegschaftsfond gibt es zudem noch einen Grundkonflikt: Die demokratische Kontrolle über die Verwendung der Gelder und die schnelle Reaktionsfähigkeit beim Einsatz der Gelder. Hinzu kommt die Heterogenität der Mitgliederstruktur: Finanziell, personell und politisch gewichtige Großorganisationen, deren Vertreter nicht nur wirkungsvoll ihr Kontrollrecht wahrnehmen werden, sondern unter Umständen auch versuchen werden, ihren Einfluß bei der Fondpolitik geltend zu machen. Die Masse der privaten Spender, die wahrscheinlich mehr schlecht als recht durch einige engagierte Aktivisten repräsentiert werden. Bleiben schließlich die Betroffenen: die Belegschaften selbst. Auf diese sollten – vom Anspruch her, den Fond als Selbsthilfeeinrichtung zu konzipieren – die wesentlichen Entscheidungs- und Kontrollrechte schließlich übergehen.

Eine weniger materielle als ideelle Säule des Fonds sind Experten, Berater, Wissenschaftler. Ihnen sollte zumindest eine Beratungsfunktion zugestanden werden, ggf. mit Vetorecht ausgestattet.

Als vorläufiges Konzept – unverbindlich und undiskutiert – erscheint folgende Konstruktion sinnvoll: Es werden 5–10 Großorganisationen „animiert", Beträge zwischen 50 000 und 200 000 DM in den Fond (= Genossenschaft) einzuzahlen, die in erster Linie als Starthilfe zu verstehen sind und deren Beteiligung weitgehend frei ist von inhaltlichen Auflagen. Hinzu kommt der Verein der Sympathisanten bzw. privaten Spender, der als juristische Person dem Fond beitritt. Das bedeutet zwar ein Ungleichgewicht zwischen Organisationen und Privatleuten, vereinfacht aber den Organisierungsaufwand innerhalb des Fonds und dieses Mißverhältnis ließe sich durch eine drittelparitätische Besetzung des Aufsichtsrates tendenziell aufgeben: je ein Drittel Organisationsvertreter, private Geldgeber und Belegschaftsvertreter. Die Geschäftsführung wird von 2–3 Leuten erledigt, die nur z.T. hauptamtlich tätig sein müssen. Der Einsatz der Gelder sollte dann durch den Aufsichtsrat kontrolliert und von einem Expertenbeirat beratend unterstützt werden. Klar ist, daß die Geschäftsführung des Fonds nicht nur reines Finanzmanagement macht, sondern die ganze Pallette von Unterstützungsmaßnahmen für Belegschaftsinitiativen abdecken muß – wenn auch nicht selbst, so durch Vermittlung an Experten. Dies setzt voraus, daß die Qualifikationsanforderungen an die Geschäftsführung nicht nur im finanz-technischen Bereich liegen. Erfahrungen mit Selbstverwaltung, entsprechende Kontakte zu staatlichen Stellen und relevanten Organisationen sind zumindest genauso wichtig.

Schluß

Was bleibt ist, daß nun aufgefordert wird, massenhaft der Leih- und Tilgungsgemeinschaft beizutreten, das Konzept zu diskutieren und zu konkretisieren, um dann irgendwann im Herbst einen entsprechenden Verein zu gründen. Dann müssen Kontakte aufgebaut werden zu Experten und Organisationen, staatlichen Stellen und Banken, um – vielleicht Mitte nächsten Jahres – die Fond-Genossenschaft gründen zu können.

Michael Makowski

Kontaktadresse ist:
STATTwerke Paul-Linke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: 030/611 59 04

Betrieb in Belegschaftshand
Gegen Arbeitsplatzvernichtung

Hennefer Ingenieurbau gescheitert...

Eine Bürgschaft in Höhe von 12.000 DM zeichneten 23 Belegschaftsmitglieder der ehemaligen Firma Häuser. Foto: Walter Zöller

Der Verlauf der Ereignisse

(Interview mit Otfried Weber, eh. Betriebsrat, und Volker Ring, Ingenieur)

O.W.: Nachdem die Idee gefaßt worden ist, einen Betrieb in Arbeiterselbstverwaltung aufzubauen, haben sich schnell die politischen Gruppen gemeldet. Zunächst war das der Fraktionsführer der SPD hier in Hennef, Herr Herschenbach, der das aus den Medien mitbekommen hat und uns angeboten hat, den Kontakt herzustellen zu Leuten, die das schon mal durchgeführt haben. Wir haben das bei uns im Betriebsrat durchgesprochen und waren einhellig der Meinung: da machen wir mit, das hören wir uns mal an. Zufällig war zwei Tage später der Bolle da von AN in Bremen. Da wurde dann ein Treffen arrangiert in der alten Schule hier in Hennef, wo Mitarbeiter und Betriebsrat von uns und SPD-Politiker dabei waren.

CONTRASTE: *Man kann also sagen, daß in Eurem Fall die lokale SPD sich von sich aus initiativ verhalten hat?*

O.W.: Man hat uns allerdings – das muß man sagen – einen unheimlichen Mut gemacht. Schon am Telefon war über den vermutlichen Finanzbedarf geredet worden. Da haben wir gesagt: ungefähr eine Million. Darauf die Frage: was schätzen Sie denn an Eigenkapital aufbringen zu können? Und wir sind ausgegangen von 5.000,- pro Kollege, also rund 250.000,-. Daraufhin ist dann in der Schule gesagt worden: „Macht das! Die städtische Bürgschaft über 250.000,- geht klar und die Landesbürgschaft über die restlichen 500.000,- ist auch klar." Wir sind aus dieser Sitzung mit ganz guten Gefühlen nach Hause gegangen.

CONTRASTE: *Zu der Zeit war die Firma noch nicht im Konkurs?*

O.W.: Nicht im Konkurs, sondern im Vergleich. Uns war aber klar, daß die Firma über Vergleich nicht zu halten sein würde. Nur durften wir das nach außen nicht erzählen, weil das dann automatisch als „geschäftsschädigendes Verhalten" gegolten hätte.

CONTRASTE: *Wie ging das dann weiter?*

O.W.: Bolle hat uns die Verträge zugeschickt, die die bei AN in Bremen gemacht haben. Das war für uns eine große Hilfe, weil wir uns daran orientieren konnten. Volker Ring hat sich hingesetzt und ein betriebswirtschaftliches Konzept erarbeitet. Und parallel dazu haben wir Gespräche geführt mit den Auftraggebern. Das war zunächst die Stadt Eitorf, für die wir eine Kläranlage bauen sollten. Wir sind an die rangetreten und haben erklärt, was wir vorhaben, daß die Grundvoraussetzung dafür die Auftragssicherung sei und wie das bei ihnen damit stünde. Die hatten drei Tage später eine Ratssitzung und haben das Thema da behandelt. Der Bescheid für uns war positiv: wir könnten die Aufträge zu gleichen Bedingungen übernehmen. Dasselbe Ergebnis gabs bei Gesprächen mit dem Landschaftsverband Rheinland. Dort hatten wir für diverse Bauvorhaben Sondervorschläge unterbreitet, die dem Landschaftsverband einige hunderttausend Mark sparen würden, aber als unser „geistiges Eigentum" nur von uns ausgeführt werden dürfen. Und selbst unsere privaten Auftraggeber haben uns die Erteilung der Aufträge zugesichert, wenn wir mit der Firmengründung termingerecht zu Potte kommen würden.

CONTRASTE: *Die Belegschaft ist erst nach Konkurseröffnung zum ersten Mal zusammen gekommen?*

O.W.: Am 1. März war die Konkurseröffnung. Wir haben dann sofort eine Belegschaftsversammlung einberufen und unseren Verein gegründet. Dann wolten wir die Zusagen der Stadt Hennef sicherstellen. Und jetzt stellte sich plötzlich heraus, daß keiner irgendwas von irgendwelchen Zusagen in Bezug auf städtische Bürgschaft und Überlassen von Aufträgen der Stadt Hennef wissen wollte. Lediglich die Zusage auf eine Wiese im Industriegelände blieb aufrechterhalten. Bevor man über Bürschaftszusagen überhaupt befinden könnte, müsse zunächst mal ein Wirtschaftsprüfer eingeschaltet werden. Von dessen positivem Testat sei die Bürgschaftssumme abhängig.

V.R.: Der Wirtschaftsprüfer wurde unmittelbar danach eingeschaltet und hat von mir die kompletten Unterlagen inclusive einer Übersicht über die vorhandenen Aufträge schon in der ersten Märzwoche bekommen. Heute erklärt er in seinem abschließenden – für uns negativen – Gutachten, der Auftragsbestand sei ihm nicht nachgewiesen worden, und macht das zum wesentlichen Grund seiner ablehnenden Einschätzung.

CONTRASTE: *Der Wirtschaftsprüfer hätte also schon damals rumtelefonieren können und sich selbst die Sicherheit der Aufträge bestätigen lassen?*

V.R.: Klar. Aber er steht auf dem Standpunkt, daß dies nicht seine Aufgabe ist. Er muß nur prüfen. Wir müssen vorlegen, bringen .... er prüft. Das ist so die Auffassung dieser Leute. Und zu mehr war er wohl nicht beauftragt.

O.W.: Er hat sich sehr viel Zeit gelassen. Wir haben länger als 14 Tage gewartet. Da kam keine Stellungnahme von ihm und also sind wir zu ihm hingefahren. Und da stellte sich dann raus, daß er in der Zwischenzeit in unser Papier noch gar nicht reingeguckt hatte. Der nahm sich ein Stück Papier, fing an zu rechnen und hatte dann plötzlich eine Zahl von über 2 Mio Kapitalbedarf. Und dann haben wir gesagt: so geht das nicht, in 10 Minuten 2 Mio Mark hinwerfen, da müßte er schon mal in unsere Zahlen reinsteigen, denn unsere Zahlen sind ja ermittelt aus unseren Kalkulationen, aus unserem Personal und den anderen Kosten, die wir ja kennen...

V.R.. Wir hatten in der Zwischenzeit Kontakt zum RKW gehabt und sind von dort aus beraten worden, wie eine Finanzplanung aufgebaut sein muß. Auf der Grundlage dieser Beratung haben wir das Finanzkonzept neu entwickelt und wiederum dem Wirtschaftsprüfer vorgelegt. Und auf der Grundlage dieses Plans hat er dann tatsächlich angefangen zu arbeiten. Er hat ein paarmal bei mir angerufen um nachzufragen, und daran habe ich gemerkt, daß er jetzt wirklich etwas daran tut. Und dann sind wir noch mal hingefahren und haben die Sache mit ihm durchdiskutiert, und zum Schluß lagen dann die Zahlen auf dem Tisch: 600.000,- Fehlbetrag, die müßt ihr auftreiben.

O.W.: Und jetzt müssen wir ein Stück zurückspringen. 14 Tage vorher war es auf Initiative des örtlichen Gewerkschaftssekretärs zu einem Kontakt mit der BFG gekommen. Das war der Bonner Geschäftsführer der BFG, Herr Tappert. Und dem haben wir das gleiche Konzept vorgelegt wie dem Wirtschaftsprüfer .....

V.R.. ..... und wie sich später herausgestellt hat, hat der nie da rein geguckt .....

O.W.: Der Tappert hat in diesem Gespräch gemeint, daß bei 250.000,- Eigenkapital insgesamt 750.000,- zu kreditieren doch ein zu großes Risiko sei. Wenn wir es aber schaffen würden, das Eigenkapital auf 500.000,- zu erhöhen, wäre es sehr viel einfacher, da positiv drüber zu entscheiden. Und dann haben wir noch gefragt, was denn nun wäre, wenn eine städtische Bürgschaft über 250.000,- vorläge, was ja auch sicheres Geld sei, und daraufhin hat er gemeint, das käme dem Eigenkapital gleich. Und so sind wir dann aus der Besprechung rausgegangen, mit dem Gefühl: jetzt haben wir endlich eine Bank, die mitzieht. Das war der Grund, warum wir uns um andere Banken nicht mehr gekümmert haben. Bei diesem zweiten Termin beim Wirtschatsprüfer hat der dann bei der BFG angerufen, so daß wir mithören konnten, und der Tappert fing dann an, sich unheimlich zu drehen und zu winden, ist ganz auf den Rücken gefallen: nein, nein, das ginge natürlich nicht ..... und als der dann sagte: „ Ja, ich habe jetzt den Lautsprecher eingeschaltet, die Herren hören mit.", fing er wieder an: „Na ja, wir wollen aber gerne im Gespräch bleiben, wie ich schon immer gesagt habe, die Herren sollen ruhig wieder bei mir vorbeikommen", also fing der praktisch wieder an, sich herauszuwinden in Richtung 'so ganz nein nun auch wieder nicht'.

CONTRASTE: *Welche Frage hatte der Wirtschaftsprüfer dem Herrn Tappert gestellt?*

O.W.: Daß wir 600.000,- bräuchten, die nicht abgesichert wären. Die erste Frage an uns war gewesen: „ Haben Sie ein Haus, 300.000,-? Haben Sie ein Haus, 300.000,-? Auch nicht? Aber es fehlen 600.000,-, wie wollen sie die absichern?" Und daraufhin haben wir von unseren Gesprächen bei der BFG erzählt.

CONTRASTE: *Und dann dieser Anruf. Und spätestens jetzt war Euch klar, daß ihr verschaukelt worden seid.*

O.W.: Wir haben uns dann in ein Cafe gesetzt und überlegt. Volker Ring hatte die Idee, durch zusätzliche Bürgschaften der Belegschaft mehr Kapital aufzubringen. Ich habe da nicht viel von gehalten, weil ich gedacht habe, die Belegschaft spielt da nicht mehr mit, ist damit überfordert. Und dann rief der Gregor an und hat gemeint, er hätte Kontakte zu den GRÜNEN und da wäre sicherlich noch was zu machen und auch beim ÖKOBankverein wäre das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es gab dann ein Gespräch mit Gregor und der Anne Schulz von den GRÜNEN. In diesem Gespräch kamen wir auf die Idee mit der Leihgemeinschaft bei der GLS-Bank. Ich bin mit Anne Schulz in Bochum gewesen. Die GLS-Bank war bereit, eine solche Leihgemeinschaft für uns zu akzeptieren.

Zwei Tage später war Mitgliederversammlung unseres Belegschaftsvereins. Da ist dann praktisch beides auf dem Tisch gelegen. Ihr wart da und habt uns von Seiten des ÖKOBankvereins und über die ersten Rückmeldungen von CONTRASTE bereits 100.000,- zusichern können. Und auf dieser Basis waren dann die Belegschaftsmitglieder tatsächlich bereit, nochmals für 12.000,- sich persönlich zu verbürgen.

Das war so ungefähr der Zeitpunkt, wo es dann wieder lebendig wurde. Mit einemmal wurde die SPD wieder munter, rief bei uns an „Um Gottes Willen, was ist denn los, wir haben gedacht, ihr seid schon feste in der Gründung, hat das denn immer noch nicht geklappt, habt ihr immer noch keine Landesbürgschaft" usw. Ihr habt dann die Darlehenszusage über 220.000,- nachgeschoben, die GRÜNEN haben 30.000,- für die Leihgemeinschaft zugesagt, die SPD hat eine Bürgschaft über 20.000,- rübergeschoben, Netzwerk Berlin wollte 50.000,- als kurzfristiges Darlehen über ein halbes Jahr zusagen usw. usw. Bei mir ist das Telefon nicht mehr stillgestanden, rund um die Uhr war dauernd etwas los.

CONTRASTE: *Dann gab es diesen entscheidenden Termin bei der BFG.*

V.R.: Vorher ist noch was wesentliches passiert. Donnerstag abend wurde klar, daß die ersten Aufträge geplatzt sind. D.h. von dem Gesamtauftragsvolumen, auf dessen Grundlage die gesamten Berechnungen durchgeführt worden sind, fehlte jetzt ein Teil.

Für mich hieß das, mich über's Wochenende wiederum hinzusetzen und die gesamten Berechnungen bis Montag morgen so zu verändern, daß sie auf diese veränderten Größenordnungen bezogen wieder stimmten. Und montags früh bei

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

der BFG wars dann auch so, da hieß es zunächst: „Euer Konzept geht ja gar nicht auf, wo sind die neuen Zahlen." Da hab ich die dann aus der Tasche gezogen, womit natürlich keiner gerechnet hatte. Gut – war das vom Tisch. Dann kamen mit Terminschwierigkeiten. Angeblich ist denen zu diesem Zeitpunkt zum erstenmal klar geworden, daß schon zwei Tage später, am Mittwoch vormittag, die Versteigerung des Maschinenparks durchgeführt würde. Und dann gings dann los: der Wirtschaftsprüfer war zunächst bereit, zum nächsten Tag 12 Uhr das abschließende Gutachten zu erstellen. Später hat er das zurückgenommen und das Gutachten für 16 Uhr versprochen. Der Herr Westhofen wiederum – in Vertretung des Stadtdirektors für die Stadt Hennef am Gespräch beteiligt – hat gesagt: „Ich pauke für morgen abend eine Sitzung des Stadtrates durch, auf der folgendes beschlossen wird: für den Fall, daß das Gutachten des Wirtschaftsprüfers positiv ausgeht gibt die Stadt Hennef der Ingenieurbau GmbH i Gr eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 250.000,-." Der Beschluß ist nicht zustandegekommen, weil die ganze Sitzung nicht zustande gekommen ist. Erstens seien – so hieß es heute morgen am Telefon – nicht alle Ratsmitglieder mehr erreichbar gewesen, und zweitens habe man keine „dem Zufall überlassenen Ergebnisse" produzieren wollen.

O.W.: Im Klartext: die haben die Mitglieder ihrer eigenen Fraktion, der CDU und der FDP, nicht zusammengekriegt und hatten einfach Angst, daß das Ergebnis anders laufen könnte als sie wollten. Denn die Mitglieder von SPD und GRÜNEN wären alle da gewesen, die Beschlußfähigkeit wäre also gesichert gewesen.

CONTRASTE: *Nun hat heute morgen die Versteigerung des Maschinenparks begonnen. Ist damit Eure Initiative gescheitert?*

V.R.: Es ist noch längst nicht alles versteigert. Allerdings wird die Wiederbeschaffung dessen, was schon unter den Hammer gekommen ist, sicher 100.000,- mehr kosten als bisher geplant.

Schlimmer ist das Gutachten des Wirtschaftsprüfers, in dem nachweislich gravierende Fehler stecken. Wir werden dem Wirtschaftsprüfer diese Fehler in der morgigen ordentlichen Ratssitzung, in der die Bürgschaft auf der Tagesordnung steht, nachweisen und gehen davon aus, daß die Stadt dann ihr Bürgschaftsversprechen einlöst.

O.W.: Ohne die städtische Bürgschaft können wir nicht starten. Wir haben schon länger den Verdacht, daß die Stadt einen Arbeitnehmerbetrieb aus politischen Gründen verhindern will. Die Frage Bürgschaft oder nicht Bürgschaft entscheidet da gleichzeitig darüber, ob die Stadt Hennef unsere Firma in Zukunft bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigen wird oder nicht. Wenn die Stadt sich eindeutig gegen diesen Betrieb stellt, können wir den Kollegen das Risiko das sie mit der Betriebsgründung persönlich eingehen,nicht zumuten.

CONTRASTE führte dieses Gespräch unmittelbar vor einer von GRÜNEN und Belegschaftsverein initiierten Versammlung, zu der auch Stadtdirektor Kreuzberg erschien. In dessen Ausführungen wurde sehr deutlich, daß er nicht unbedingt etwas gegen eine Hochbaufirma hätte, wenn sie vom Kanalbau die Finger ließe. Es scheint da Leute zu geben, die recht froh darüber sind, einen lästigen Mitbewerber losgeworden zu sein, und diese Leute sind offensichtlich nicht ganz ohne Einfluß auf den Hennefer Stadtdirektor. Auch die hier verlorengehenden Arbeitsplätze beeinflussen die Entscheidung des Stadtdirektors kaum: „Die Aufträge, die dieser neuen Firma verlorengehen, indem sie nicht gegründet wird, kommen den anderen Baufirmen und den dort exisitierenden Arbeitsplätzen zugute." Eine städtische Bürgschaft könne es nur geben, „wenn die Sache auch bei kritischer Betrachtung als sicher erscheint." Maßgebend sei für ihn der Wirtschaftsprüfer, ein solider Mann, den er kenne und der sein Geschäft verstehe. Von dessen Urteil und von der rechtsverbindlichen Zusicherung der Aufträge seitens der Auftraggeber werde die Vergabe einer städtischen Bürgschaft abhängen. Dies sei schon immer seine Linie gewesen und in der Veranstaltung hier wie auch in der Öffentlichkeit könne gesagt werden, was immer: er jedenfalls werde sich von seiner Linie nicht abbringen lassen.

Und so kam es denn am Donnerstag, dem 18.4. im Rat der Stadt Hennef nach gescheiterten Anträgen der GRÜNEN und SPD zur Annahme der FDP-Beschlußvorlage, nach der der Betrieb eine Bürgschaft in Höhe von 250.000,- von der Stadt Hennef erhalten kann, wenn a) die finanziellen Anforderungen des Wirtschaftsprüfers in voller Höhe erfüllt sind, b) die Aufträge in Höhe von insgesamt 2,6 Mio Mark rechtsverbindlich zugesichert sind und die Belegschaftsstärke sich nicht weiter vermindert.

Das Rätsel, wie eine am 18.4. noch nicht gegründete Firma es schaffen soll, vom Rat der Gemeinde Eitorf, der am 22.4. zu dieser Frage abschließend zusammentritt, eine rechtsverbindliche Zusage auf Vergabe des Auftrags zu erhalten und innerhalb dieser Frist zusätzliche 400.000,- aufzubringen (auf diese Summe belaufen sich die zusätzlichen Anforderungen des Wirtschaftsprüfers) – dieses Rätsel blieb in der Ratssitzung offen.

Die Belegschaft jedenfalls hat auf die Gründung der Firma danach verzichtet.

Karl Bergmann

Dokumentations- und Informationsstelle für Belegschaftsinitiativen

Belegschaftsinitiativen gehen aus Betrieben hervor, die stillgelegt werden sollen oder konkursgefährdet sind. Sie sind der gemeinsame Versuch der Belegschaftsmitglieder, ihren Betrieb selbst – in Selbstverwaltung – weiterzuführen. Damit ergeben sich erhebliche betriebswirtschaftliche, rechtliche und sozialpsychologische Probleme, die nicht aus der Belegschaft heraus gelöst werden können. Um Ansätze von Hilfestellungen für solche Initiativen zu entwickeln ist die Einrichtung einer Dokumentations- und Informationsstelle für Belegschaftsinitiativen gedacht.

Ziel dieser Stelle soll es sein, die notwendige Vernetzung in dem noch recht undeutlichen Feld von Belegschaftsinitiativen zu schaffen. Dort sollten Materialien zu laufenden und gescheiterten Belegschaftsbetrieben zusammengestellt werden, Kontakte geknüpft und das Know-how zugriffsbereit aufbereitet werden.

Der erste Schritt ist die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, zu dem Zweck, das bisher existierende Material zu dem Thema zu sichten und zu strukturieren, sowie ein Handbuch zum Thema „Belegschaftsübernahmen" zu erarbeiten.

Es soll ein überregionaler Zusammenhang von Wissenschaftlern, Beratern, Gewerkschaftern, Mitarbeitern aus Kollektivbetrieben und Interessierten aufgebaut werden, der sich zu bestimmten Themen mehr oder weniger-regelmäßig trifft. Parallel dazu sollen bestimmte Teilprojekte (z.B. Durchführung von Tagungen oder Aufbau einer Produktbörse) in anderen Regionen in dortigen Arbeitskreisen bearbeitet werden.

Wichtigstes Element wird der Aufbau einer Experten- und Beraterkartei sein, die den Belegschaftsinitiativen den Zugang zu dem erforderlichen Know-how schafft.

Wer Interesse an der Arbeit der Dokumentations- und Informationsstelle für Belegschaftsinitiativen (kurz: DIB) hat, sollte sich bei uns melden.

Kontaktadresse ist der Wissenschaftsladen, Fichtestraße 26, Berlin, Telefon 030/6926353. Für die Anfangszeit – bis der Bürodienst eingespielt ist – können auch Eckhard Hildebrandt, 030/3134081 (Wissenschaftszentrum) und Michael Makowski 030/6115904 (STATTwerke) kontaktiert werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BELEGSCHAFTSINITIATIVEN

SPD-Thesen

Der Versuch der Hennefer Belegschaft, ihren in Konkurs gesteuerten Betrieb zu übernehmen und in Selbstverwaltung weiter zu führen, hat bei der SPD einige Köpfe heiß werden lassen.

Im „Sozialdemokratischen Pressedienst" berichten Hans-Ulrich Klose, MdB, und Michael Müller, MdB, (Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Genossenschaftswesen" beim SPD-Parteivorstand) über diesen Versuch und entwickeln beachtenswerte Thesen zur zukünftigen Behandlung solcher Belegschaftsinitiativen und selbstverwalteten Betriebe. Diese Thesen wollen wir den CONTRASTE-Lesern/innen nicht vorenthalten.

Nachdem mit der Hennefer Belegschaftsinitiative innerhalb kurzer Zeit in NRW das dritte derartige Unterfangen zusammengebrochen ist, gilt es, daraus Konsequenzen für die Zukunft abzuleiten:

1. Beratungs- und Finanzierungshilfen müssen von der kommunalen Ebene zum Land hin verlagert werden. Wir brauchen ein öffentlich gefördertes und beim jeweiligen Land anzusiedelndes „Krisenmanagement" für solche Fälle der Betriebsfortführung.
2. Wir brauchen Wirtschaftsprüfer, die so unabhängig arbeiten können, daß ihre Testate zur Wirtschaftlichkeit fortzuführender und selbstzuverwaltender Betriebe von Interessengegensätzen vor Ort unbeeinflußt bleiben.
3. Speziell für selbstverwaltete Betriebe und Belegschaftsinitiativen sind Kriterien für die Unternehmensberatung sowie für die Starthilfe zu entwickeln, die über den Faktor „Wirtschaftlichkeit" hinaus gleichrangig andere Bewertungsmaßstäbe vorsehen: Vorrang der Arbeit vor dem Kapital wirtschaftsdemokratische Unternehmensverfassung, gleiches Stimmrecht unabhängig von der Gesellschaftereinlage, umwelt- und sozialverträgliche Produkte mit den damit verbundenen innovativen Technologien. Das Bundesland Hessen hat hierzu ein bemerkenswertes Förderprogramm aufgelegt.
4. Angesichts der sehr kurzen Zeitspannen, die Belegschaftsinitiativen zur Verfügung stehen, ist ein adäquates Instrumentarium für die Kapitalbeschaffung zu entwickeln. Finanzierungswege und Bürgschaftsbearbeitungen müssen entbürokratisiert und verkürzt werden. Landesbürgschaften bedürfen in diesen Fällen eines besonderen Zuschnitts. Die Sicherung des Auftragsbestandes eines in Arbeitnehmerhand zu überführenden Betriebes kann nur durch eine schnelle Lösung der Finanzierungsfrage gewährleistet werden.
5. Den „Hausbanken" fällt bei den Belegschaftsübernahmen und Existenzgründungen eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen die ökonomischen Chancen und Risiken abwägen, um über Kreditanträge entscheiden zu können. Dabei fehlt es häufig an einer vertretbaren Risikobereitschaft, die jedoch gesteigert werden könnte, wenn die Haftungsbereitschaft des Landes über die derzeit bestehenden 80 Prozent hinaus deutlich nach oben angehoben würde.
6. Eine besondere Verantwortung fällt in Zukunft den öffentlichrechtlichen und gemeinwirtschaftlich verfaßten Geldinstituten zu. Wir werden uns dafür einsetzen, daß neue Wege in der Zusammenarbeit etablierter Banken dieser Kategorie mit unkonventionellen Formen der Kapital- und Bürgschaftsbereitstellung beschritten werden. Die hier und da entstandenen Leihgemeinschaften, Kreditgarantiegemeinschaften und ähnliches außerhalb des bestehenden Systems bedürfen der kreditpolitischen Aufwertung. Auch die in Gründung befindliche „Ökobank" ist hier zu erwähnen.
7. Nach dem Scheitern der Hennefer Belegschaftsinitiative wird sich die „Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen" beim SPD-Parteivorstand erneut systematisch mit der Frage beschäftigen, wie selbstverwalteten Betrieben und Belegschaftsinititativen zu angemessenen Start- und Überlebensbedingungen verholfen werden kann. In allen Punkten ist eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften unabdingbar.

H.-U. Klose
M. Müller

»In die Ecke gedrängt...«

Gregor Lawatsch, Mitglied des „Mobilen Rhein-Main-Theaters", war drei Wochen lang in anderen Rollen unterwegs: als Betriebsberater, politischer Berater und PR-Berater für die Kollegen der Hennefer Ingenieurbau, als Verbindungsmann zu den Grünen und als Banker. In dieser letzten Rolle nahm er teil an einer großen Verhandlungsrunde bei der BFG Bonn, wo über das Schicksal der Hennefer Ingenieurbau entschieden werden sollte. Seine Eindrücke aus dieser Sitzung wollen wir im Folgenden auszugsweise dokumentieren.

„Bei der BFG in Bonn hatten sich pünktlich um 10 getroffen: 1 Vertreter der Stadt Hennef, der Wirtschaftsprüfer, der Direktor der BFG Bonn, Tappert, Volker Ring und Ottfried Weber von der Hennefer Ingenieurbau und noch ein zweiter Mensch von der BFG, der aber die ganze Sitzung über nur die graue Maus gespielt, d.h. nichts gesagt hat. Volker Ring hatte schon zu Beginn der Sitzung gesagt, daß eine Zusage des Ökobank-Vereins vorläge über ein Darlehen von 220.000,- Mark. Daraufhin ist er ausgelacht worden: „Sie glauben doch nicht im Ernst, daß Ihnen irgendwer auf Ihre blauen Augen hin so viel Geld zur Verfügung stellt, das ist ja lächerlich."

Ich kam – wie es sich für den Vertreter der Ökobank ja auch geziemt – etwa eine halbe Stunde zu spät und wurde vorgestellt. Sichtliche Irritation. Fragende Blicke zwischen Stadtvertreter, BFG und Wirtschaftsprüfer.

Dann Volker Ring zu mir: „Kann ich jetzt mal das Schreiben sehen vom Ökobank-Verein?" Ich: „Klar", griff in die Tasche, überreichte dem Volker Ring das Schreiben und verteilte an alle anderen Kopien. Nun – diesen Schrieb in der Hand – wurden die ganz ernsthaft nervös. Die hatten gedacht – so mein ganz deutlicher Eindruck –, die könnten die Sache sauber abschiffen lassen, weil im Gesamtfinanzplan ja diese 220.000,- Mark gefehlt hatten, also ein Loch da war, ein echtes riesengroßes Finanzierungsloch ....

Der von der BFG hat immer wieder den Schrieb genommen, gelesen, auf die Seite gelegt – da hat's permanent gearbeitet in dessen Kopf. Immer wieder zwischendurch hat er gefragt: „Also wie ist denn nun das Geldaufkommen?" Und dann wurde ihm erklärt: 190.000,- Mark Eigenkapital der Belegschaft, 250.000,- Mark Bürgschaft der Stadt, 300.000,- Mark Bürgschaften der Belegschaft .... und da hat er gemeint: „Und da greifen jetzt die 220.000,- Mark von der Ökobank?" Also der dachte, wir wollten unser Darlehen durch die Bürgschaften der Belegschaft absichern. „Nein," hab ich ihm geantwortet, „das kommt dazu." – „Ja aber .... ohne Sicherheiten?" Und dann hab ich ihm versucht zu erklären, daß unsere Sicherheit in den Leuten selbst liegt, in ihrem Engagement, in ihrem Know-how; und daß diese Sicherheit um so größer ist, je eher die Leute anfangen können zu arbeiten, von wegen der Aufträge, die sonst flöten gehen.

„Ja aber tun sie doch nicht so," hat er dann gemeint, „in Ihrem Schreiben steht doch, daß Sie nur dann eintreten, wenn die Stadt die Bürgschaft gibt und wenn wir finanzieren; also wenn alle einsteigen, dann steigen Sie auch ein. Sie stehen also hinten in der Schlange."

Sag ich: „Wir sind ja auch noch keine Bank, wir sind ja derzeit noch nur ein Verein. Ausserdem werden wir Sie nicht aus der Verantwortung entlassen."

„Ja, aber .... was ist das überhaupt für eine Bank, ist das eine GRÜNE Bank, sind das die GRÜNEN, die diese Bank gründen?"

Sag ich: „ Nein, das ist eine Bank, die sich aus den Erfahrungen gründet, die in der Selbstverwaltung mit anderen Banken gelaufen sind, wo es immer so abläuft, wie es hier scheinbar auch läuft, und deswegen haben wir uns gesagt, müssen wir jetzt eine eigene Bank gründen."

.....

Als das dann endlich klar war, daß diese 220.000,- Mark tatsächlich kommen, war folgende Situation zu merken: daß die eigentlich nicht wollten. Die BFG wollte nicht, die Stadt wollte nicht, der Wirtschaftsprüfer wollte nicht – keiner wollte. Und nun konnten die aber nicht sagen, daß sie nicht wollten, weil die Knete ja da war. Dann ging die Suche los: wer kriegt den schwarzen Peter?

BFG an die Stadt Hennef: sie müsse ja mit der Bürgschaft ins Geschäft und ob es denn gesichert sei, daß die Stadt diese Bürgschaft gibt. Und Retourkutsche der Stadt: wenn wir die Bürgschaft rüberreichen – wird die BFG dann kreditieren? Und an dieser Stelle hatte der Herr Tappert einen Geistesblitz: „Ja, wenn diese 220.000,- Mark von der Ökobank nicht als Darlehen, sondern als stille Beteiligung eingesetzt werden könnten, also praktisch dem Eigenkapital zugerechnet werden könnten, dann könnte die BFG die Bürgschaften der Belegschaft als Sicherheit einsetzen und auf dieser Grundlage die Gewährleistungsbürgschaften für die neue Firma absichern."

Ich gebe zu, daß mich dieser Trick ein bißchen aus der Fassung gebracht hat, weil wir darüber nicht gesprochen hatten. Ich hab mir aber nichts anmerken lassen, sondern so getan, als sei auch das möglich.

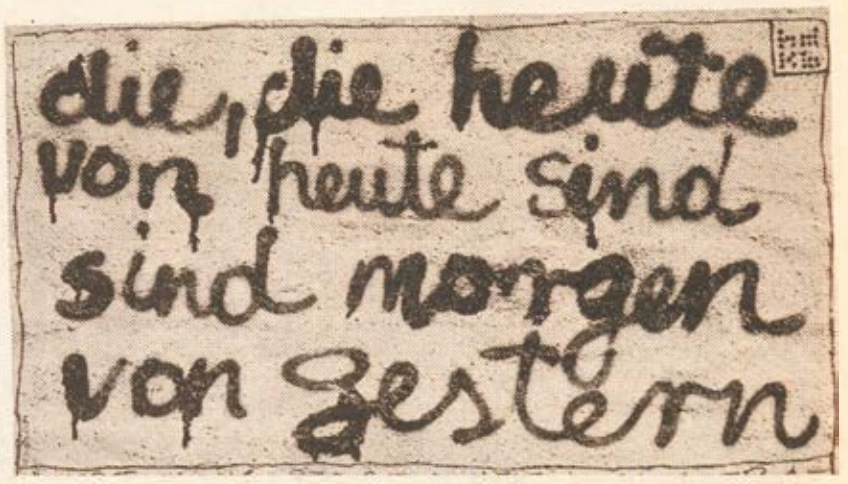
Und damit waren sie dann endgültig genagelt. Jetzt war die Stadt dran. Deren Vertreter fiel „plötzlich" auf, daß der Versteigerungstermin für den Maschinenpark schon in zwei Tagen sei und die Sitzung des Stadtrats, in der über den Antrag auf Bürgschaft befunden werden könne, erst am Tag darauf. Außerdem sei ja das positive Testat des Wirtschaftsprüfers entscheidende Voraussetzung und der werde ja nun wohl auf keinen Fall ....

Aber der Wirtschaftsprüfer wollte sich die Karte so auch nicht zuspielen lassen und meinte, von ihm aus könnte ein abschließender Bericht schon morgen Mittag vorliegen. Darauf Stadt Hennef, mehrmals und drängend: „Meinen Sie wirklich, daß Sie das in dieser kurzen Zeit schaffen?" Die Art Frage, die dem Gegenüber signalisiert, daß auf eine positive Antwort eigentlich kein Wert gelegt wird. Und prompt fiel dem Wirtschaftsprüfer ein, daß er ja einen Terminkalender hat und nach Einsicht in denselben mußte er feststellen, daß er am nächsten Tag vor 16 Uhr nun wirklich keine Zeit hätte.

Aber es war zu spät. Der Wirtschaftsprüfer mußte sich verpflichten, bis spätestens 19 Uhr am nächsten Tag den Bericht bei der Stadt abzuliefern (was er dann doch nicht gemacht hat) und die Stadt mußte daraufhin ebenfalls ein Zugeständnis machen: am nächsten Abend werde ein Dringlichkeitstermin des Stadtrates angesetzt. Bei diesem Termin werde die Frage der Bürgschaft entschieden in der Form: Die Stadt Hennef gibt die Bürgschaft, falls das Testat des Wirtschaftsprüfers positiv ausfällt.

Nach dieser Sitzung schien eigentlich alles geregelt. Daß die dann so unverschämt sein würden, alle ihre Versprechen zu brechen ist eine neue Erfahrung, die wir beim nächstenmal mit einbeziehen müssen."

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.



Konsequenzen

Der Aufruf in CONTRASTE Nr. 7 hat überraschend große Resonanz gefunden. Insgesamt sind fast 100.000,- Mark Darlehens- und Bürgschaftszusagen eingegangen.

Parallel dazu wurde bei der GLS-Bank eine Leihgemeinschaft eingerichtet. An dieser Leihgemeinschaft wollten sich die Oberurseler Betriebe und das Mobile Rhein-Main-Theater mit etwa 35.000,- Mark beteiligen. Der Verein Freunde und Förderer der Ökobank hatte 50.000,- Mark zugesagt. Der Bundesvorstand der GRÜNEN wollte 30.000,- Mark einbringen. Im Hamburger Netzwerk wurde überlegt, allen Netzwerkern vorzuschlagen, sich mit je 3.000,- Mark an dieser Leihgemeinschaft zu beteiligen. Netzwerk Berlin hatte 50.000,- Mark als Kredit für ein halbes Jahr zugesagt und die Stattwerke in Berlin wollten ihren Treugeberkreis im kommenden Rundschreiben auf die Hennefer Ingenieurbau aufmerksam machen.

Alles in allem eine Entwicklung, die es dem Frankfurter Ökobank-Vereinsvorstand möglich machte, eine feste Darlehenszusage über 220.000,- Mark zu machen, auszahlbar am 15. Mai, bei 7% Verzinsung und einer Laufzeit von 18 Monaten.

Dieses Papier brachte die große Verhandlungsrunde bei der BFG Bonn gehörig ins Schwitzen (siehe nebenstehenden Bericht von Gregor Lawatsch) und das Karussell der Verweigerung für einen Moment aus dem Gleichlauf.

Das war sozusagen die Premiere des Zusammenspiels der autonomen Finanzierungsinstrumente der Szene, der unter argem Zeitdruck durchgeführte (und nur deshalb nicht genügend wirkungsvolle) Probelauf des oft herbeigewünschten **integrierten Finanzkonzepts.**

Das da ganz schön was mit in Bewegung zu setzen ist – das ist die Erfahrung von Hennef. Wir werden wohl auch zukünftig gerade bei Übernahmebetrieben nicht die komplette Finanzierung gewährleisten können (auch wohl dann nicht, wenn die Ökobank endlich steht). Aber wir können die Kollegen bei der BFG, in den betroffenen Stadtverwaltungen und in den Landesregierungen ganz nett unter Druck setzen.

Hätten wir nur zwei Wochen mehr Zeit gehabt, bzw. hätten wir noch ein bißchen schneller reagieren können, dann wäre die Hennefer Ingenieurbau heute der erste Übernahmebetrieb, der durch die Solidarität der selbstverwalteten Szene ins Laufen gekommen wäre.

Na gut.

Um das nun aber im nächsten Fall nicht wieder sagen zu müssen („beinahe hätte es geklappt"), wollen wir über CONTRASTE in Zusammenarbeit mit der GLS-Bank einen Feuerwehrfonds einrichten.

Dies nach dem Leihgemeinschaftsprinzip: wir suchen 1000 bis 2000 Menschen (oder auch mehr), die bereit sind, monatlich zwischen 50,- und 100,- Mark für die Dauer von drei Jahren auf das bei der GLS-Gemeinschaftsbank speziell für den Zweck der Hilfestellung im Betriebsübernahmefall eingerichtete Konto einzuzahlen. Die GLS kann – sobald sie die Leihgemeinschaftsverträge hat – im gegebenen Fall die Gesamtsumme zur Verfügung stellen. Also nicht nur das, was zu diesem Zeitpunkt angespart ist, sondern alles, was auf Grundlage der Verträge in den drei Jahren zusammen kommen wird.

Wenn sich tatsächlich über 1000 Menschen entschließen, an dieser Aktion teilzunehmen, ergibt dies eine sehr schnell verfügbare Summe von 3 Millionen Mark. Und das ist nun wirklich keine Kleinigkeit, sprich: damit kann schon allerhand erreicht werden.

Wir werden diese Aktion in der nächsten CONTRASTE starten, im Rahmen des Schwerpunkts dieser Ausgabe: **Übernahmebetriebe.**

Und wir können schon jetzt darauf hinweisen, daß Unterstützung nicht nur in Form von Geld gefragt ist, sondern daß das Bereitstellen von Know-how und/oder Arbeitszeit mindestens so wichtig ist.

Den vielen, die auf den CONTRASTE-Aufruf für die Hennefer Ingenieurbau reagiert haben, möchte ich hier öffentlich danken. Die Bürgschafts- und Kredit**zusagen** sind mit dem AUS für die Hennefer hinfällig geworden. Die auf das CONTRASTE-Konto eingegangenen Direkt-Kredite werden umgehend auf Eure Konten zurücktransferiert.

Karl Bergmann

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Leserbriefe

zu »Die erste Chance verpaßt«

Karl Bergmann's Artikel „Die erste Chance verpaßt" hat CONTRASTE eine Unmenge Leserbriefe eingebracht. Es ist einfach unmöglich, alle abzudrucken, deshalb haben wir eine Auswahl treffen müssen. Die Summe der Kredit- und Bürgschaftszusagen für die Hennefer Ingenieurbau erschien uns als Beleg der positiven Resonanz ausreichend, weshalb wir hier den negativen Stimmen dazu Platz zur Verfügung stellen wollen. Trotzdem mußten wir, um die Vielfalt nicht zu beschränken, die einzelnen Briefe noch kürzen. Dafür bitten wir um Verständnis.

Die Redaktion

Unsolidarisch

Lieber Karl,

so sehr ich in dem einen Jahr unserer gemeinsamen Arbeit am Aufbau der Ökobank Dein Engagement für die Durchsetzung des Selbstverwaltungsprinzips schätzen gelernt habe und viele Deiner Auffassungen, wie sie sich in – z.T. von mir mitverfaßten – Veröffentlichungen des Vereins wiederfinden, unterstütze, so sehr zwingst Du mich mit Deinem unsolidarischen Beitrag in Contraste vom April '85 zu einer harten Kritik. Du stellst Hintergründe, Sachverhalte und Argumente teils unvollständig, teils unrichtig dar und umgibst das Ganze durch die journalistische Aufmachung mit einer Aura scheinbar unbezweifelbarer Objektivität, wo doch von Beginn an deutlich wird, daß Du einseitig Deine persönliche Sichtweise zum besten gibst. Dies wiegt umso schwerer als Du, wovon ich erst nach der Vorstandssitzung erfahren habe, ohne vorherige Absprache einen Tonbandmitschnitt angefertigt hast. Du müßtest daher ganz genau wissen, was tatsächlich gesagt und worüber abgestimmt wurde. Schlimm ist, daß das Ganze auch noch auf unserer aller Kosten an 7000 Leute gegangen ist.

.... Wir hätten mithin mit einer positiven Entscheidung einen Blankoscheck ausgestellt, gestützt auf die unverbindliche Zusage, „die Firma werde sich nicht an Bauvorhaben beteiligen, gegen die es Bürgerproteste und Widerstand gibt". Da aber sind wir schon mitten in Deinem Artikel....

Du unterschlägst den Lesern, obgleich ausführlich darüber geredet wurde, daß ein Unternehmen (auch ein selbstverwaltetes) eine solche Zusage nur unter dem Vorbehalt machen kann, daß es v o r der Übernahme des Auftrages von dem Widerstand Kenntnis erhält. Das hat der anwesende Betriebsratsvorsitzende ganz offen zugegeben. Bekanntlich kann sich der Bürgerprotest dank der hervorragenden Informationspolitik der öffentlichen Auftraggeber in vielen Fällen aber erst dann formieren, wenn die Ausschreibungen längst gelaufen sind und die Aufträge vergeben wurden. Dann aber kommt ein Unternnehmen nur noch mit betriebswirtschaftlichen Verlusten aus dem Geschäft wieder 'raus – gerade ein selbstverwalteter Betrieb, der nur auf Kostendeckung aus ist (bzw. sein sollte), kann sich das nicht leisten. Fazit: der Auftrag wird ausgeführt. Also Arbeitsplatzerhaltung um jeden Preis? Wie bei der SPD und den Gewerkschaften, jetzt nur unter dem Zeichen der Selbstverwaltung bzw. Demokratisierung? Es soll dann wohl keine Rolle mehr spielen dürfen, was ein Betrieb produziert und wie?...

Um die Sache noch deutlicher zu machen: was hätten wir denn gemacht, lieber Karl, wenn vor ein paar Monaten die Arbeiter von Boehringer zu uns gekommen wären? Hätten wir die selbstverwaltet weiter Dioxin produzieren lassen oder was?

Nun zu Deinem Artikel von Anfang an.

Obwohl mir keine Tonbandaufzeichnung zur Verfügung steht, bin ich mir ziemlich sicher, daß über den Antrag, so wie Du ihn wiedergibst, nie abgestimmt worden ist. Im einzelnen: 1. Von Zinsen war meines Wissens gar nicht die Rede. Und wenn, dann ausschließlich während der Diskussion, und zwar dahingehend, daß Betriebe, die von der Ökobank später in Ausnahmefällen auch dann Kredite bekommen, wenn sie wesentlichen ökologischen oder sozialen Anforderungen zunächst nicht entsprechen, daß die diese Kredite nur zu normalen oder geringfügig niedrigeren Zinsen bekommen können. 2. „Ausfallbürgschaft" wurde, soweit ich weiß, zuletzt durch „selbstschuldnerische Bürgschaft" ersetzt, wei eine Ausfallbürgschaft erst im Fall der völligen Zahlungsunfähigkeit eingelöst wird und wir nicht gezwungen sein wollten, einen Betrieb in den Konkurs zu treiben, damit das Land seine Bürgschaft einlöst. Von kompetenter Seite wurde nun aber erläutert, daß Landesbürgschaften i m m e r Ausfallbürgschaften sind. Wie Du selbst während oder nach der Abstimmung eingeräumt hast, sei eine „selbstschuldnerische Bürgschaft" also de facto sowieso nicht zu bekommen gewesen (mithin wäre eine Zustimmung zu dem Antrag risikolos gewesen). Dir sei es in erster Linie um die politische Aussage gegangen, woraufhin ein Vorstandskollege denn auch von „Politzirkus" o.ä. sprach, für den er sich nicht hergeben wolle. Diese „Chance" wurde nun allerdings in der Tat zunächst einmal nicht genutzt, aber für politische Aussagen des Vereins, die sich an sorgfältiger vorbereitete Diskussionen anschließen, haben wir ja wohl noch Zeit genug. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Nun vergleiche dies aber bitte mal mit Deiner Darstellung: „Die erste Chance verpaßt" liest sich bei Dir wie „unterlassene Hilfeleistung". Dies ist unredlich, wo doch d i e überhaupt nicht möglich war und ist und Du dies auch ganz genau weißt. Und was unsere politischen Einflußmöglichkeiten auf die Landesregierung angeht, so wissen wir aus NRW vielleicht besser als Du, wie begrenzt die sind. Hier von einem möglichen „Druckmittel" zu sprechen, ist eine hochgradige Selbstüberschätzung. Was mich nun aber wirklich auf die Palme bringt, ist die Dreistigkeit, mit der Du unsere Treugeber nun doch noch entgegen der Beschlußlage des Vorstandes auf Deine Seite zu ziehen versuchst, indem Du das Monopol ausnutzt, das Dir Deine redaktionelle Beteiligung an „Contraste" im Augenblick bietet. Was denkst Du Dir eigentlich dabei? Es ist vereinbart worden, daß wir bei „Contraste" ein Sonderkonto einrichten. Mit dem Punkt 4 jedoch ignorierst Du das Abstimmungsergebnis und tust so, als sei alles in Deinem Sinne gelaufen. Das ist undemokratisch. Aber schlimmer noch: wenn nun wirklich zahlreiche Treugeber in der Zwischenzeit ihr Geld gemäß Punkt 4 dem Betrieb zur Verfügung gestellt haben (was ich mir einfach nicht vorstellen kann), so haben sie damit u.U., weil sie es anhand Deiner Darstellung auch gar nicht besser wissen konnten, das Gelingen des Ökobank-Projekts in entscheidender Weise in Gefahr gebracht. Denn von einer Landesbürgschaft als Vorbedingung ist ja nun überhaupt nicht mehr die Rede. Das heißt, wenn etliche Treugeber ihr Geld für x Monate zur Verfügung gestellt haben, gibt es für sie nicht einmal die Spur einer Garantie, daß das Geld auch rechtzeitig wieder an den Treuhänder zurückfließt und für die Gründung der Ökobank zur Verfügung steht. Abgesehen davon, daß der Treuhänder unter diesen Bedingungen das Geld gar nicht ausleihen darf, selbst wenn ihn der Treugeber dazu beauftragt (auch der Treugeber muß seinem Teil des Vertrages nachkommen und kann sein Geld nicht plötzlich für andere Zwecke zurückfordern) – auch dies unterschlägst Du, obwohl Du es besser weißt –, halte ich allein schon das Ansinnen für ausgesprochen fahrlässig.

Am allerschlimmsten aber finde ich, in welch unsolidarischer und verletzender Weise Du mit einigen Deiner Vorstandskollegen umspringst, nur weil sie nicht Deiner „Fraktion" angehören..... Was haben denn die von Dir gescholtenen Vorstandskollegen so Schlimmes verbrochen? Nun, so meine Antwort, wir haben vor allem unserer Verunsicherung Luft gemacht, denn so einfach, wie Du es Dir gemacht hast, wollten wir es uns mit unserer Urteilsfindung eben nicht machen. Also mußten zunächst einmal Fragen gestellt werden, denn den meisten von uns lag ja schriftlich nicht eine einzige Zeile vor. Und daß die meisten Fragen berechtigt waren, zeigte die Diskussion ja nur allzu deutlich. Die von Dir zitierten Einwände sind allesamt nicht von der Hand zu weisen und behalten trotz Deiner Häme ihr Gewicht.....

Ich werde jedenfalls nach außen hin kein Konzept vertreten, daß ich für unvernünftig halte. Also bleibt mir dann ja wohl nichts anderes übrig, als den Vorstand und den Verein zu verlassen. Es sei denn, ich wollte das Projekt gefährden oder gar zu Fall bringen. Ich denke, es gibt eine ganze Menge zu klären. Wir sollten dies möglichst bald tun.

Karl-Heinz Brendgen, Vorstandsmitglied

Für ein selbstverwaltetes AKW

..... Doch gab es in der Diskussion einige Argumente von der Seite der Düsseldorfer und von Rolf, die von Dir nicht überzeugend widerlegt werden konnten und das von Dir vorgetragene machtpolitische Kalkül, wie Benutzung des Wahlkampfs in Nordrhein-Westfalen, ist eine Vorgehensweise, wie sie in allen Parteien gängig ist. Ein Spiel mit der Macht, was auch ganz gefährlich nach hinten losgehen kann. Überhaupt konnte Deine Euphorie zumindest mich nicht in Deinem Sinne beeinflussen, sie machte mich nur vorsichtiger. Propagierung von politischem Heldentum scheint mir derzeit (vielleicht auch immer) unangebracht.

Ich muß sagen, so wie Du argumentierst, so ist es einfach nicht ganz redlich. Das Ganze hat für mich zu sehr den Geschmack des Demagogischen.

Es ist Beeinflussung, wenn Du schreibst „Traurig, aber wahr: Der Verein ist ein Verein". Das ist nicht traurig, sondern es ist ganz einfach so. Der Verein ist auch nicht überfordert, er hat schließlich entschieden und hat sich seine Entscheidung nicht leicht gemacht.....

..... Dein Stoßseufzer zu dem, den Du wahrscheinlich sowieso als nicht existent betrachtest, daß Du den Satz mit der „Hausbank, den eventuellen Erfolgschancen" so oft gehört hast, hättest Du Dir sparen können. Schließlich wurde in allen öffentlichen Informationen, die Du schließlich mitgeprägt hast, ausgesagt, bei der Ökobank handele es sich um eine ganz normale Bank, die mit den gleichen Sicherheitsvorkehrungen arbeitet wie alle anderen Banken auch. Das scheint plötzlich schlecht zu sein, wenn die Frage nach den Sicherheiten in einem Dir unpassenden Moment kommt.

Und dann kommen die „Nordrhein-Westfalen" dran: „ideologische Bedenken" ..... Na und? Wird nun die Ökobank zu einer Bank der Bewegung und wenn ja, welcher? Gehts hier nur um Selbstverwaltung egal in welchem Zusammenhang? Etwa so: Ein selbstverwaltetes Atomkraftwerk ist besser als ein hierarchisch strukturiertes. Förderungskriterienvaterunser kontra machtpolitisches Vaterunser?

Im Verlauf des „ernsten Teils" Deines Artikels kommst Du zum Schluß, daß „an einem praktischen Punkt" die Fraktionierung deutlich wurde. Ja war es Dir bisher denn nicht klar, daß je mehr Grüne potentielle Ökobanker werden, auch die Ökologieideologie stärker wird und z.B. die Belange der Selbstverwaltung minderbewertet? Die „Bank der Bewegung" hat viele Strömungen und die Selbstverwaltungsbewegung ist zumindest augenblicklich nur eine schwache. Und wenn sie zu heftig kreiert wird sie sehr bald verwässert und selbst „Steiners Erben" nehmen sie für sich in Anspruch. Sollte sie dennoch den kapitalistischen Machthabern gefährlich werden, dann wird nämlich auch die BRD „Selbstverwaltungsbetriebe" einrichten und das revolutionäre Potential ist hin.....

.....Das wars für heute und ich grüße Dich in der Hoffnung, daß den Mitarbeitern der ehemaligen Fa. Jacob Häuser die Firmengründung bis zum 15. April gelingt.

Dennoch, meine „ökologischen Bauchschmerzen" sind dabei nicht verschwunden.

Gerhard Kern, Vorstandsmitglied

Unterbelichtet

.... in der Anlage erhalten Sie eine Bürgschaftserklärung über 1.000,– DM für die Ingenieurbau GmbH.

Zwar bin ich Treugeber der Ökobank mit 1.000,– DM, bin aber auch der Ansicht, daß der Verein nicht so einfach sich für dieses oder jenes Projekt engagieren soll, wenn die Gründung nicht gesichert ist, was schwer genug sein wird. Vor allem dann nicht, wenn die Satzung solch ein Engagement nicht vorsieht. Sonst ist das Vorhaben beendet bevor es begonnen hat. Der Vorstand kann zur Zeit nicht anders entscheiden ohne das Auseinanderbrechen des Fördervereins zu riskieren.....

Trotz allem bedaure ich doch sehr, wie man bei jeder Gelegenheit über die Gründungsbemühungen des Fördervereins der Ökobank e.V. herfällt. Es ist ungemein wichtig, daß es bald solch eine Bank geben wird, auch wenn diese keine Wunder bewirken kann oder sich radikal von allem bisher dagewesenen absetzt, wie es die STATTwerk-Gruppe verlangt. Ich selbst bin aus verschiedenen Gründen in dieser Sache engagiert. Mit Unbehagen sehe ich deshalb, wie sich verschiedene alternative Gruppen gegenseitig das Leben schwer machen und sich gegenseitig in Frage stellen. Das gilt besonders den Leuten von der STATTwerk-Gruppe, die mir irgendwie unterbelichtet erscheinen – die müssen nur selbst das tun, was sie der Ökobank empfehlen, dann werden sie am schnellsten feststellen, daß es nicht funktioniert.

Peter Deville

Blauäugig

Der Ton macht die Musik: in diesem Fall das Greinen des beleidigten Idealisten Karl Bergmann und der Dilettantismus, mit dem einige „Finanz-Experten" glauben, ohne große Vorbereitung ca. ein Drittel des bisher eingezahlten Treugeldes verstreuen zu können. Wer ohne große Firmenanalyse und Möglichkeit für die Öko-Bank-Vorstandsmitglieder, sich mit der Situation der Firma „Hennefer Ingenieurbau GmbH iG" intensiv zu befassen, mal eben so eine halbe Million DM Gelder von fremden Leuten ausgerechnet an eine Brückenbaufirma ausschütten will, handelt schlicht verantwortungslos. Verräterisch blauäugig ist ja die Passage, „die Firma werde sich nicht an Bauvorhaben beteiligen, gegen die es Bürgerproteste und Widerstand gibt". Erstens ist das oft vorher in dieser Branche gar nicht absehbar und zeigt zweitens Unkenntnis über die realen Abläufe der wirtschaftlichen Entscheidungen eines Unternehmens unter Auslastungsdruck.

Die Art und Weise, wie hier entschieden werden sollte, erinnert mich fatal an meine AStA-Zeiten und zeigt, wie oft im alternativen Bereich noch Idealismus mit Dilettantismus verwechselt wird.

U.M. Drescher

Der erleuchtete Lauger

Schön, wenn es polemisch zugeht, Reibflächen sich bieten; doch am langen Hebel sitzen und mit einer ganzen Contraste Seite, die bestimmt nicht aus dem Hohlen kommenden Gegenargumente zu dem „Ingenieurbaumodell" plattzuschlagen entspricht welcher Tradition? Nein, nicht der, wo man mit Kanonen auf Spatzen schießt, ja, richtig, so gebraucht man Macht. Die 6 blind-taub-stummen Vorstandsaffenkollegen bekommen ihren Brandstempel, so kleidet sich private Wut im Dienst der gemeinsamen Sache. Ich hoffe zumindest, Karl Bergmann, dem Artikel besser. mit der Problematik des Antrags habt ihr Euch lange tik des Antrags habt Ihr Euch lange genug beschäftigt, ein paar generelle Fragen zur Ökobankpolitik sollten dennoch gestellt werden dürfen:

- von ein paar Leuten wird etwas ausgekocht, nach dem Motto: friß oder stirb, kurzfristigst präsentiert, soll das zukünftige Vorstandspolitk werden?
- Oberaffengeil reibt man sich die Hände bei der Vorstellung der möglichen Publizitätswirkung einer Schlagzeile: Ökobank rettet 50 Arbeitslose. 50 Werktätige mit denen nur Verbindung ob ihres Schicksals möglich ist, die sonst uninteressant wären.....
- Spielregeln: a) Im Treuhandvertrag lese ich nur (verkürzt): Treuhänder ist beauftragt, ein Bankkonto einzurichten, Geldbeträge unter optimalen Zinsbedingungen festzulegen & diese Tätigkeit obliegt der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns. Er hat nur die Pflicht auszuzahlen, wenn 6 Mio. Eigenkapital eingezahlt wurden.... Schlüpft Karl Bergmann in die Rolle von Robin Hood und glaubt an freies Jagdrecht in Sherwood Forest?

Für mich enthält Dein Artikel 3 sehr unterschiedliche, aber nichts desto trotz, gezielte Ve(o)rstöße gegen Spielregeln, an deren Einhaltung mir nicht unbedingt ob der äußeren Glaubwürdigkeit liegt, sondern die entscheidend sind für ein solidarisch, kooperatives Verhalten untereinander. Wenn hier im Sinne einer Perforierung Weichen gestellt werden sollen, um nicht mehr nachprüfbare Sonderinteressen Einzelner leichter durchsetzbar zu machen, dann braucht ihr den Laden Ökobank erst gar nicht zu eröffnen. Ich bitte dann auch den Treuhänder, gleich 9 meiner Anteile auf das Treuhandkonto Spechtpassage, Sparkasse Freiburg, Kto. 2063557, BLZ 68050001 zu überweisen.

Mit einem verzweifelt solidarischen Grüßchen

Bernd Steyer, Treugeldgeber

Liebe Leserinnen und Leser

Ab dieser Ausgabe werden wir monatlich in CONTRASTE über die Aktion Dritter Weg berichten. Uns geht es vor allem um die Darstellung der *Grundlagen* einer „postkapitalistischen Ökonomie", eines „Sozialismus mit dem Antlitz des Menschen", einer „Dreigliederung des sozialen Organismus", eines „ökologischen Humanismus" .... eben des *Dritten Weges*.

Die Aktion Dritter Weg besteht aus einem Unternehmensverband, einer Mitgliederorganisation und einem Stiftungsverein. Alle Betriebe des Unternehmensverbandes gründen ihre jeweilige Unternehmensverfassung auf drei Grundmerkmale (siehe auch CONTRASTE April 1985): Trennung von Arbeit und Einkommen, Neutralisierung des Produktionskapitals und Mitarbeiterselbstverwaltung.

Seit fast zehn Jahren arbeiten die Betriebe nach diesen Kriterien. Sollte es denn da nicht genug aus der *Praxis* zu berichten geben? Muß eine alternative Ökonomie überhaupt eine wissenschaftliche Grundlage haben? Ist das nicht nutzloser Überbau?

Nein, denn der Kapitalismus hat bewiesen, daß sein *empirischer* Umgang mit Marktmechanismen stets zu umwelt- und lebensfeindlichen Selbstläufern führte, zu den leidigen Sachzwängen. Gerade im gesamten Bereich des Wirtschaftens muß unter ökologischen Ansätzen – da geht es nicht nur um „Umweltschutz" – die volle Konsequenz des Handelns aus allgemeiner Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze *vorher* bedacht werden. Die Alternative braucht *Ideen*.

Denn auch die bisherigen Praxiserfahrungen aus vielen Kollektiven haben gezeigt: Im Vertrauen auf abstrakte gemeinsame Ziele wird Wirtschaften unbefangen begonnen, später kommt es dann oft zu existentiellen – unlösbaren – Strukturproblemen. Die hätten vermieden werden können, wenn man *vorher* die unveräußerlichen *essentials* eines alternativen Wirtschaftens klar vor Augen gehabt hätte.

Immer wieder aber muß es darum gehen – und da gibt es mit CONTRASTE endlich das geeignete Forum – aus bisher gemachten Fehlern anderer zu lernen. Es wäre *hochmütig*, die Erkenntnisse, die andere Freunde schon gemacht haben, nicht in ideelle Vorgaben für eigenes Handeln einzubeziehen. Und es wäre *schwachsinnig*, weil es Zeitvergeudung bedeutet, wir haben aber keine Zeit mehr, jeden Fehler zu wiederholen.

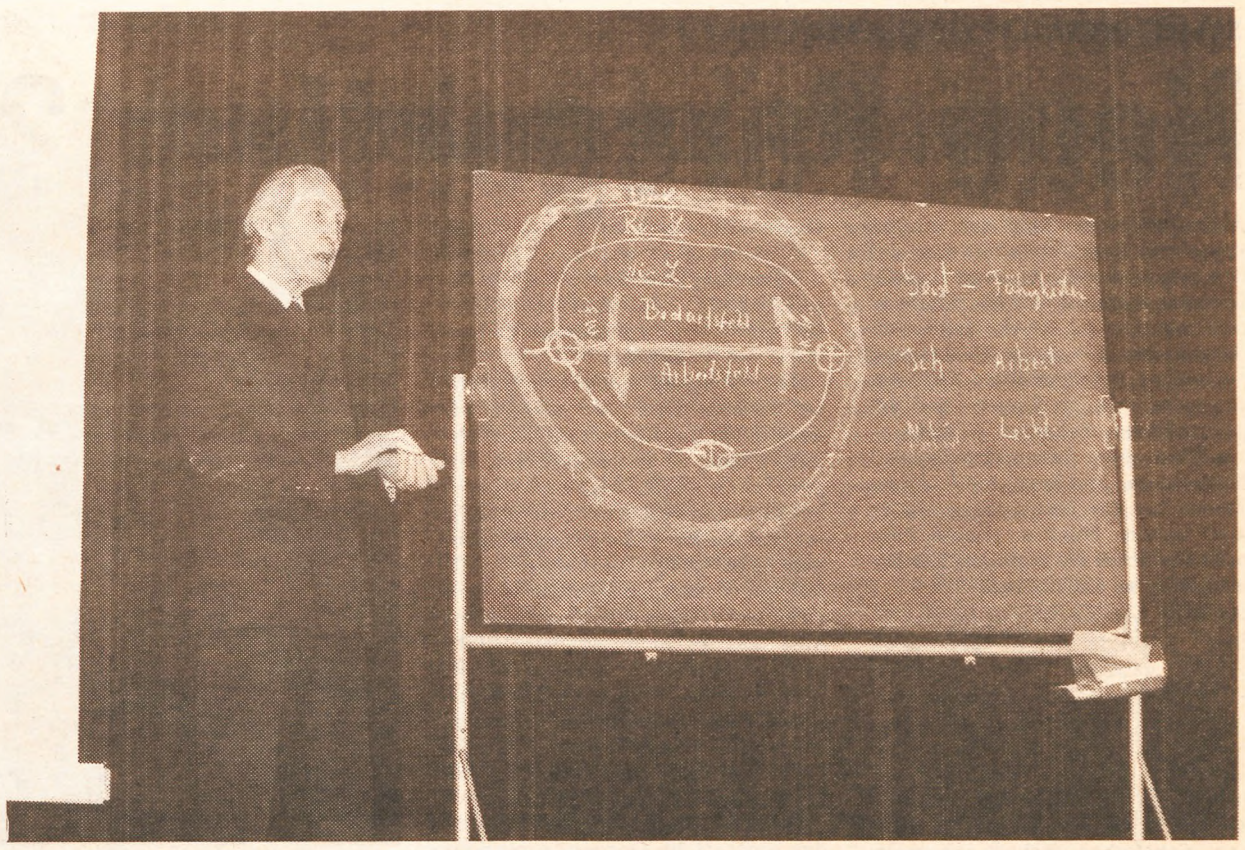
Natürlich soll aber auch der Bericht über den konkreten Aufbau des Unternehmensverbandes nicht zu kurz kommen: Was geht in den assoziierten Betrieben vor, wie entwickelt sich eine Vernetzung mit nicht-assoziierten Projekten, wie können aktuelle Probleme der Selbstverwaltungsbewegung gelöst werden ....

Allein schon die Frage der Neutralisierung des Produktionskapitals bietet ein weites Feld, um Vorschläge für ein sinnvolles Vorgehen zu erarbeiten. Es kann ja nicht bei rechtlich so fragwürdigen Empfehlungen bleiben, zwei GmbHs mögen gegenseitig ihre Geschäftsanteile halten.

Darüber hinaus muß überlegt werden, wie das *Prinzip* der Selbstverwaltung auf politischer Ebene verwirklicht werden kann. Das ist die Frage nach der Möglichkeit für das Individuum, in die rechtlichen gesellschaftlichen Gestaltungen direkt einzugreifen – unabhängig von Parteioligarchien.

Wir freuen uns auf einen fruchtbaren Gedankenaustausch in CONTRASTE!

Jochen Abeling



Wilhelm Schmundt bei einem Vortrag auf den „Aktionstagen '84" in der Rudolf - Steiner - Schule Hamburg - Wandsbek. Die sozialwissenschaftlichen Forschungen Schmundts bilden die Grundlage der Aktion Dritter Weg. Foto: Jochen Abeling

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir diese Zeitung nicht regelmäßig jeden Monat an alle unsere Interessenten kostenlos versenden können. Das würde unsere finanziellen Möglichkeiten sprengen. Trotzdem werden wir Ihnen aber zwei- bis dreimal jährlich CONTRASTE mit aktuellen Berichten über den Fortgang des Projektes schicken.

Als Mitglied der Aktion Dritter Weg erhalten Sie CONTRASTE jedoch regelmäßig jeden Monat, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

JAb

Termine

Folgende Veranstaltungen werden von der Aktion Dritter Weg ausgerichtet, bzw. die Aktion Dritter Weg nimmt aktiv teil.

11.05.–12.05.85 Wochendseminar in Wien (1)
Über die Gründung zeitgemäßer Unternehmen (Michael Bader, Rolf Saacke)

24.05.85, 20 Uhr Vortrag im Forum Teestube, Göppingen (2)
Für eine ökologische Wirtschaft der Zukunft (Michael Bader)

04.06.85, 20 Uhr Vortrag im Forum Teestube, Göppingen (2)
Zur Praxis selbstverwalteter Betriebe. Es stellt sich vor: Der Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg (Michael Bader, Christian Vierl)

27.06.85, 20 Uhr Vortrag im Forum Teestube, Göppingen (2)
Demokratie und Grundrechte (Michael Bader, Matthias Grimm)

28.06.–30.06.85 Wochenendtagung im Humboldt-Haus, Achberg bei Lindau (3)
Praxismodelle alternativer Ökonomie

20.09.–22.09.85 **Aktionstage '85 in der Krebsmühle, Oberursel bei Franfurt (1)**

Infos: (1) Aktion Dritter Weg, Schwanenwik 32, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040–2509999. (2) Forum Teestube e.V., Christophstraße 17, 7320 Göppingen, Tel.: 07161–73674. (3) Gesellschaft für politische Ökologie Baden-Württemberg e.V., Gutbrodstraße 33, 7000 Stuttgart W, Tel.: 0711–636144.

Aktion Dritter Weg e.V.

(Mitgliederorganisation)

– Satzung –

I. Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen AKTION DRITTER WEG E.V. Er hat seinen Sitz in Achberg und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Wangen im Allgäu eingetragen.

II. Zweck des Vereins

1. Die AKTION DRITTER WEG ist die Aufbauinitiative für eine internationale Vereinigung von Menschen und Organisationen, die sich – unabhängig von ihrer heutigen Stellung im sozialen Leben und ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu heutigen Staaten, Nationen, Volksgruppen, Parteien, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Weltanschauungen, wissenschaftlichen Disziplinen und Denkrichtungen – für eine Neugestaltung der Gesellschaft in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht einsetzen. Die Gewaltlosigkeit dieser Bestrebungen ist dabei unbedingter Grundsatz.

2. Unter dem Begriff des Dritten Weges versteht die AKTION ein menschliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten, in welchem durch entsprechende Sozialstrukturen, Verhaltensweisen und Gesinnungen versucht werden kann, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu verwirklichen. Angestrebt wird die notwendige Alternative zu allen Spielarten kapitalistischer Gesellschaftsordnung einerseits und allen Formen staatsbürokratischer Diktatur andererseits. Die Gesellschaftsordnung des Dritten Weges will die ökonomischen, rechtlichen und kulturellen Bedingungen schaffen, durch die alle Erdenbürger – unter strenger Berücksichtigung der ökologischen Gesetze – ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Menschenwürdig heißt: Zusammenarbeitend in gegenseitiger solidarischer Hilfe, an Rechten gleich und frei seine Fähigkeiten einsetzend zum Wohle des Ganzen.

3. Eine vorrangige Aufgabe sieht der Verein darin, solche Arbeiten zu fördern, die hinsichtlich der wissenschaftlichen Durchdringung und öffentlichen Aufklärung Vorstellungen und Vorschläge entwickeln, wie im Ganzen und im Einzelnen die heutige Krisis der Menschheit auf wissenschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet überwunden werden könnte. Diese Förderung bezieht sich insbesondere auf die Arbeitszusammenhänge der IG DRITTER WEG mit ihren Einrichtungen und Aufgaben.

4. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung ist zu gegebener Zeit eine Beteiligung an einem parteipolitischen Engagement der AKTION auf nationaler oder internationaler Ebene möglich.

5. Die AKTION DRITTER WEG richtet sich in ihren Bestrebungen nach menschlichen Interessen. Sie ist zur Zusammenarbeit mit all jenen Institutionen, Organisationen und Vereinigungen bereit, welche die Menschenrechte anerkennen und für deren weltweite Realisierung und Respektierung eintreten.

6. Die Tätigkeit des Vereins steht damit ausschließlich im Dienst gemeinnütziger Ziele. Etwaige Überschüsse dürfen nur für die ideellen Zwecke verwendet werden. Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Zweckfremde Verwaltungsausgaben und über die normalen Spesen hinausgehende Vergütungen sind ausgeschlossen.

III. Mitgliedschaft

1. Mitglied der AKTION DRITTER WEG kann – ungeachtet seiner sonstigen Zugehörigkeit zu einer Weltanschauungsgemeinschaft, religiösen Vereinigung, politischen Partei oder anderen gesellschaftlichen Verbänden – jedermann werden, der die Ziele des Vereins bejaht, sie unterstützen und/oder an konkreten Aufgabenstellungen mitarbeiten will. Im selben Sinn können auch juristische Personen (Organisationen etc.) Mitglied werden.

2. Der Beitritt zum Verein erfolgt durch schriftliche Erklärung. Die Beitrittserklärung wird vom Vorstand bestätigt. Der Austritt ist nur zum Jahresende möglich.

3. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1% des Jahresbruttoeinkommens bzw. des Jahresumsatzes eines Mitgliedes. Auf Antrag an den Vorstand kann der Beitrag ermäßigt werden.

IV. Organisation und Organe des Vereins

1. Zur Verfolgung der Ziele der AKTION können sich die Mitglieder auf jedem sachlichen und örtlichen Felde zu kleineren und größeren Gruppen zusammenschließen.

2. Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und das Büro.

Zur Mitgliederversammlung treffen sich die Mitglieder und beraten die laufende Arbeit.

Es muß mindestens eine ordentliche Mitgliederversammlung im Jahr stattfinden. Zu den Mitgliederversammlungen lädt der Vorstand schriftlich mindestens drei Wochen vor dem Versammlungstermin ein. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können einberufen werden a) durch den Vorstand, b) wenn ein Viertel der Mitglieder dies wünscht.

Die Mitgliederversammlung bestimmt durch einfache Mehrheit den Vorstand des Vereins und entscheidet über die Verwendung der Mitgliedsbeiträge. Vorrangig ist die Bereitstellung der finanziellen Mittel für das Büro.

Anträge, die bis vier Wochen vor dem Versammlungstermin an den Vorstand eingereicht sind, werden mit der Einladung zur Mitgliederversammlung unter Angabe der Tagesordnung drei Wochen vor dem Versammlungstermin verschickt. Jedes Mitglied kann an der Mitgliederversammlung stimmberechtigt teilnehmen. Am Beginn jeder Mitgliederversammlung wird ein Protokollführer benannt, der die Beschlüsse protokolliert.

Der Vorstand der AKTION besteht aus mindestens fünf Mitgliedern. Er wird für jeweils drei Jahre gewählt. Wiederwahl ist möglich. Er vertritt den Verein nach außen und ist zu Stellungnahmen im Namen der AKTION berechtigt. Je zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam zeichnungsberechtigt. Der Vorstand kann für die Führung der laufenden Geschäfte einen hauptamtlichen Geschäftsführer berufen. Die Berufung bedarf der Zustimmung der MV.

Das Büro ist die zentrale Informations- und Koordinationsstelle der AKTION. Die Mitarbeiter des Büros sind ein Arbeitskollektiv im Sinne des Paragraphen II, 1. der Statuten der IG DRITTER WEG. Das erste Arbeitskollektiv des Büros wird durch den Vorstand berufen und bevollmächtigt. Alle weiteren Berufungen erfolgen durch das Arbeitskollektiv und bedürfen jeweils der Bestätigung durch den Vorstand.

V. Statutenänderungen und Auflösung des Vereins

Der Verein kann mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder seine Statuten ändern bzw. seine Auflösung beschließen. Im Falle der Auflösung fällt das Vereinsvermögen an die STIFTUNG DER IG DRITTER WEG E.V. oder auf Beschluß der Mitgliederversammlung an eine andere gemeinnützige Organisation.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Vorname, Name: . . . . . .

Straße, Nr.: . . . . . .

PLZ, Ort: . . . . . .

Telefon: . . . . . .

Ich bejahe die Ziele der Aktion Dritter Weg und beantrage hiermit die Mitgliedschaft in der **„Aktion Dritter Weg e.V. (Mitgliederorganisation)"**.

Meinen **Jahresbeitrag** in Höhe von . . . . . DM überweise ich
monatlich vierteljährlich jährlich.

Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Bitte einsenden an: Aktion Dritter Weg, Schwanenwik 32, D-2000 Hamburg 76, Tel.: 040/250999

SELBSTVERWALTETE JUGENDZENTREN

Neue Perspektiven?

Anfang März machten sich Interessierte aus den Jugendzentren auf den Weg in das Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde. Gemeinsam mit der AG SPAK hatten wir bundesweit zu einer Fachtagung eingeladen: „Gegenseitige Hilfe der Jugendzentren im Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde – zur Idee eines Regionalzentrums." Besonderen Anklang fand dieses Thema bei den Saarländern, die in den hohen Norden reisten, um neue Ideen für die regionale Zusammenarbeit zu diskutieren.

Für viele war der Kampf um das eigene Jugendzentrum der erste Schritt gewesen, den tradierten Vorstellungen eigene entgegenzusetzen – sich Freiräume zu schaffen. Anhand der Frage nach der aktuellen und politischen Bedeutung der Jugendzentrumsinitiativen wollten wir überlegen, wie es mit der eigenen politischen Arbeit innerhalb und außerhalb des Jugendzentrums weitergehen kann.

ZWISCHEN DISCO UND Dis - Dur
Musik im Jugendzentrum
Selbsthilfematerialien für JZ, DM 3.50, Bestellungen über: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Die Antworten hierauf sind ebenso vielfältig wie die Jugendzentrumsbewegung selber (– die es im Sinne einer einheitlichen Bewegung ohnehin nur auf dem Papier gegeben hat):

Aufgrund von sehr unterschiedlichen lokalen, politischen und persönlichen Gegebenheiten entstanden zahlreiche verschiedenartige Projekte in den Bereichen der alternativen Ökonomie, des kulturellen und sozialen Lebens, der außerschulischen Bildung usw., in denen das in der Jugendzentrumsbewegung verwirklichte Moment der Selbstorganisation außerhalb der Jugendzentren weiterlebt.

Obelix (Albert Herrenknecht) greift in seinem Aufsatz: „Formen alternativer Jugendarbeit – über das Verhältnis von Jugendzentrumsbewegung und Alternativbewegung" im Mai-Heft der „deutschen Jugend" 1981 die Möglichkeiten der Fortentwicklung dieses Verhältnisses in der Idee des „Regionalzentrums" auf. Er definiert das „Regionalzentrum" als „ein politisches Zentrum der Jugendzentren und zahlreicher anderer Gruppen und Initiativen (z.B. Arbeitslosengruppen, Bürgerinitiativen, Mediengruppen, Frauengruppen usw.). Es ist Treffpunkt, Tagungshaus, Bildungs- und Begegnungsstätte, Veranstaltungsort, Anlaufpunkt, allgemeine Informationsstelle und Regionalarchiv in einem." Diese Darstellung nun beschreibt wesentliche Momente der gewachsenen Lebens- und Arbeitszusammenhänge unserer selbstorganisierten außerschulischen Bildungsstätte Bahnhof Göhrde. Fraglich bleibt, wieweit der Begriff „Regionalzentrum" die Praxis der Auseinandersetzungen im Bahnhof zutreffend faßt. Diesem Problem wollen wir uns auf der Fachtagung widmen.

DM 8,50 Bestellung über AG SPAK (Anschrift s. nebenstehend)

Regionalberater

Zunächst aber war die Tätigkeit des Beraters für selbstverwaltete Jugendzentren aus dem Landkreis Merzig-Wadern (Saarland) Gegenstand der Diskussion:

Hasi (Joachim Selzer) soll nicht als Sozialarbeiter im, sondern als Berater für die Jugendzentren arbeiten, indem er die engagierten Jugendlichen berät, Fortbildungsveranstaltungen organisiert, Beratungsmöglichkeiten anderer Organisationen (z.B. Drogenberatung) vermittelt, die Zusammenarbeit unter den einzelnen Jugendzentren fördern hilft und letztlich auch die Erfahrungen schriftlich zusammenfaßt. Hasi ist beim Verband „Saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V." (VSJS) angestellt. So haben die Jugendzentren selber die Dienst- und Fachaufsicht.

Die Behauptung, daß die Tätigkeit des Beraters im Gegensatz zur professionellen Sozialarbeit im Jugendzentrum die selbstorganisierten Zusammenhänge weder unterdrückt noch zerstört sondern fördert, fand längst keine allgemeine Zustimmung und gab Anlaß für eine sehr kontroverse Diskussion. Dazu findet im Dezember, genau vom 6. – 8. 12. in Haus Buchwald – Paritätische Bildungsstätte, 6697 Nohfellen 5, Saarland eine Tagung statt: „Regionale Zusammenarbeit von Jugendzentren" und auch die Septembertagung, ebenfalls im Haus Buchwald vom 20. - 22. 9. „Betreut werden und sich selbst verwalten?" hat dieses Thema zum Gegenstand (Anmeldung bis 1. September 85 beim Paritätischen Bildungswerk, Heinrich Hoffmann Str. 3, 6000 Frankfurt 71 – für die Dezembertagung ist der 1. November letzter Termin für die Anmeldung!).

Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde

Um nachvollziehbar zu machen, wie die Entwicklung bei uns gelaufen ist, beginnen wir mit einer ausführlichen Beschreibung unserer eigenen Geschichte und der damit verbundenen Geschichte des Projektes Bahnhof Göhrde:

1979 schlossen wir uns zu einem gemeinnützigen Verein zusammen und kauften als Verein den heute 110 Jahre alten Bahnhof Göhrde an der immer noch befahrenen Bahnstrecke Lüneburg - Dannenberg im Landkreis Lüneburg. Wir haben in handwerklichen, kaufmännischen oder Verwaltungsberufen gearbeitet, bevor wir Pädagogik studiert haben. Alle haben Erfahrungen aus der Studenten-, Lehrlings-, Jugendzentrums-, Frauen- oder Anti-AKW-Bewegung gemacht und arbeiteten vor der Gründung des Vereins in unterschiedlichen Bereichen der Jugend- und Erwachsenenbildung. Derzeit leben und arbeiten fünf Personen im Bahnhof Göhrde.

Wir haben uns von Anbeginn nicht als abgetrenntes Bildungshaus für einzelne Gruppen verstanden, sondern als von Initiativen, Gruppen und Projekten getragenes selbstorganisiertes Zentrum. Es kommen Kinder aus: Kinderinitiativen, Schulklassen, Stadtteilgruppen, Jugendverbänden, Jugendzentren und -initiativen, Kirchenkreisen, Initiativen für Ausländer/innen, Arbeitslosenprojekten und -initiativen, Berufsschulklassen, BVJ- und BGJ-Klassen, aus Lehrlingsgruppen und der nahen dörflichen Umgebung.

Der Bahnhof wird seinem Selbstverständnis als selbstorganisiertes Zentrum entsprechend nicht im Sinne einer Herberge oder eines Tagungshauses Gruppen zur Benutzung überlassen, sondern alle Gruppen und Einzelpersonen sind in die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des Bahnhofes einbezogen. Alle sind gemeinsam für den Tagesablauf und die Atmosphäre verantwortlich, ebenso für die Art und Weise der inhaltlichen Auseinandersetzung, das gemeinsame Essenkochen, Saubermachen und die Instandhaltung des Geländes und Gebäudes.

Damit wollen wir in unserem Zusammenhang erreichen, daß Arbeit, Lernen und Freizeit als für sich getrennte Bereiche aufhören zu bestehen und in eine neue Einheit zusammenfließen. Die Gruppen und Einzelpersonen, die den Bahnhof als Zentrum gemeinsam nutzen, haben ihn voneinander isoliert kennengelernt und erst allmählich dort gemeinsame Zusammenhänge entwickelt. Dieser Prozeß begann mit jenen Gruppen, deren Interessen unseren Bedingungen im Hause entgegenkamen. Augenfällig ist dies im Jugendzentrumszusammenhang realisiert:

Auf den alljährlichen Treffen der niedersächsischen Jugendzentren im Bahnhof Göhrde formulierte sich dies gemeinsame Interesse: „Träumen, hoffen, kämpfen – für Selbstorganisation!"

In den vier Tagen des Treffens verwandeln sich Haus und Wiese in ein einziges „großes buntes Jugendzentrum". Die Situation der einzelnen Jugendzentren und -initiativen spiegelt sich in all ihren Schattierungen wieder. Erfahrungen werden ausgetauscht, Geschichten aus dem Jugendzentrumsalltag zum Besten gegeben. In Interessengruppen werden Themen diskutiert, die allen am Herzen liegen. Man lernt viele neue Leute kennen, wird neugierig aufeinander ..... In der Auseinandersetzung mit anderen werden die Widersprüche des Alltags deutlich und aus der Distanz werden neue Möglichkeiten (aber auch Grenzen) sichtbar, die man im eigenen Saft schmorend schon gar nicht mehr wahrgenommen hat. Doch die Erfahrung zeigt, daß nicht alle Impulse, die man voller Elan mit nach Hause nimmt, dort umsetzbar sind – die gegebenen Bedingungen zeigen ihre Grenzen. Viele haben daraus Konsequenzen gezogen. Sie sind weggegangen von zuhause, um an anderen Orten neue Lebenszusammenhänge zu entwickeln.

Der beschriebene Erfahrungsprozeß bezieht sich nicht auf ein einmaliges „großes Ereignis", sondern er ist permanent und wechselseitig: Die Leute aus den Jugendzentren besuchen sich untereinander und in ihren Zentren. Wir wiederum besuchen die Jugendlichen in ihren Jugendzentren, in ihrem Treffpunkt, in ihren Clubs, ihrer Schulklasse, ihrer Arbeitsstätte oder auch in ihrem Projekt. Darüber hinaus kommen wir alle im Bahnhof Göhrde zusammen: zu landesweiten oder auch Regionaltreffen, zu Seminaren, zu Veranstaltungen, zur Mitarbeit bei Um- und Ausbauten, zu Freizeiten usw. Auf diesem Weg lernen sich viele Leute aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen kennen, die vorerst unabhängig voneinander in ihrem Jugendzentrum, ihrer Frauengruppe, ihrem Arbeitslosentreff oder anderswo das Interesse formulieren, sich selbstbestimmt zu organisieren.

Im gemeinsamen Leben, Lernen und Arbeiten am Bahnhof Göhrde haben sich im Laufe der Jahre persönliche und politische Beziehungen und Freundschaften entwickelt, denen es um selbstorganisierte Lebens- und Arbeitsbedingungen geht. Nehmen wir die Idee der Selbstorganisation ernst, kommen wir nicht umhin, die Widersprüchlichkeiten unseres Alltags aufzulösen. Das geht schon bei der Frage los, wer denn nun eigentlich den Dreck wegmacht, den wir alle verursachen oder wie's eigentlich im eigenen Jugendzentrum mit den Frauen aussieht?! – Selbstorganisation beginnt im Alltag! Hier spiegeln sich auch die Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung der einzelnen Initiativen, Gruppen und Personen wieder.

Aber das gemeinsame Interesse in dieser Vielfalt persönlicher, lokaler, politischer Bedingungen vermittelt sich als Qualität in der Auseinandersetzung und gewinnt so an regionaler Bedeutung – als Entwicklung selbstorganisierter Strukturen in einer Region.

Nun wäre es absurd, aus dem Wissen um gemeinsame Interessen den Anspruch zu formulieren, daß alle dieses Interesse auf dieselbe Art und Weise zu verfolgen haben, etwa indem wir das Treffen der niedersächsischen Jugendzentren und -initiativen für arbeitslose Jugendliche einfach zusammenlegen würden.

Dazu ein anderes Beispiel: Wir hatten die Idee, unterstützt von der „Ländlichen Erwachsenenbildung" einen Arbeitskreis „Leben in der Provinz" zu initiieren, um uns mit anderen Projekten auszutauschen. Einmal im Monat luden wir zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch ein, um daraus konkrete Themen und Aktivitäten zu entwickeln, was sich aber als sehr schwierig herausstellte. Die Gespräche blieben oberflächlich.

Erst als wir uns genauer kennenlernten, hat sich dieser formale Charakter aufgelöst: wir besuchen uns gegenseitig, um problematische Situationen in den Projekten miteinander zu besprechen, sei es bei der Produktion eines monatlich erscheinenden regionalen Videomagazins – den „Störbildern", bei der Diskussion um Arbeitsteilung und persönliche Erwartungen und Enttäuschungen bei der Oragnisation des Cafés „Grenzbereiche" – einem Treffpunkt der hiesigen Szene oder über die Schwierigkeiten beim Aufbau eines Kultur- und Kommunikationszentrums–„Der Brennerei." Diese solidarische Auseinandersetzung mußte erst wachsen. Der Arbeitskreis „Leben in der Provinz" war da ein Hilfsmittel, mit dem wir einen Anfang gemacht haben, das aber überflüssig wurde, nachdem wir unsere eigene Verkehrsform gefunden haben.

Hier lassen sich Parallelen zur Diskussion um den Begriff „Regionalzentrum" ziehen, die als roter Faden in der Diskussion immer dann wieder auftauchen, wenn wir versuchten, die Schwierigkeiten mit diesem Begriff genauer zu benennen.

Der Wunsch, den Entwicklungsprozeß neuer Perspektiven in einem einzigen Begriff festzuhalten, birgt die Gefahr, daß die Dialektik der Bewegung und Veränderung gegen die Vielfalt ihrer Formen verkürzt und verallgemeinert wird. Diesen Nachteil trägt – ähnlich wie der Begriff „Jugendzentrumsbewegung" – auch der Begriff „Regionalzentrum".

Die Lebensumstände, die wir am Beispiel des Bahnhofs Göhrde nachzeichneten, sind folglich besonderer Ausdruck einer spezifischen Entwicklung – ebenso wie der Berater für selbstverwaltete Jugendzentren für die Weiterentwicklung der gegenseitigen Hilfe von Jugendzentren eine Möglichkeit, ein besonderer Ausdruck spezifischer Erfahrungen im Regionalzusammenschluß ist.

Beide Formen aber haben keinen Modellcharakter: auf andere Regionen übertragen, verlieren sie – ihrer lebendigen Konkretionen beraubt – die politische Sprengkraft. Dennoch wird die Idee vom „Regionalzentrum" eine Krücke sein, derer wir uns so lange bedienen müssen, bis wir ohne sie zu laufen beginnen und sich das gemeinsam formulierte Interesse auf seine besondere Art und Weise vergegenständlicht hat.

Karin Berger

DM 3,50 + 1.– Porto **DM 7,00**
Bestellung über: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Kreditvermittlung durch die Regionalvereine

Kein Platz für schwarze Löcher

Ein halbes Jahr haben wir damit verbracht, den Förderverein zu regionalisieren. Ein wichtiger Schritt, doch wie sich nun zeigt, nur ein Teilschritt. Denn unsere Beschlüsse gelten eben nur für den Förderverein, nicht aber für den zukünftigen Bank-Betrieb: statt Struktur gibt es in dieser Frage bislang nur ein schwarzes Loch. Was passiert mit dem Förderverein nach der Bankgründung? Daß hier sehr unterschiedliche Meinungen existieren, hat die letzte Vorstandssitzung in Frankfurt Anfang Februar offenbart. Einig sind sich wohl alle nur darin, eine Genossenschaftsbank aufbauen zu wollen. Doch das Sagen haben in einer solchen Bank die kapitaleinlegenden Genossen. Also: Haucht der Förderverein sein Leben aus, wenn die Bank gegründet ist, wie es einige Vorständler vertreten, – oder hat er über den Tag hinaus eine Funktion?

Die Frage gilt es zu entscheiden, schnell. Denn unser Spielraum zur Ausgestaltung der künftigen Struktur wird immer enger. Dafür sorgt die Zeit. Die Bank direkt von den Landesverbänden als „Genossen" zu gründen und damit nahtlos die geschaffenen Vereinsstrukturen zu übernehmen, wie vielen vorschwebte, scheint nicht mehr möglich. Dafür nämlich hätten wir die Kapitalsammlung anders organisieren müssen, denn die Treuhandgeber haben alle einen individuellen Anteil erworben: nur mit deren Einverständnis könnte dieser Anteil den Regionalverbänden überschrieben werden. Daß dies zwar im Sinne einer Kapitalneutralisierung wünschenswert ist, braucht nicht betont zu werden. Nur leider ist es unrealistisch. Jede eingehende Mark schafft mehr Fakten, da hilft auch die Klage nicht, die Geldsammlung habe zu früh begonnen.

Um aber zu verhindern, daß die Verunsicherung – auch unter den Vereinsaktivisten – die Arbeit lähmt, müssen wir das schwarze Loch schnell stopfen. Der Verein sollte dabei auf jeden Fall erhalten bleiben und weiterhin eine Funktion haben. Wenn die Genossenschaftsbank immanent zusätzliche Dezentralgremien oder neben dem Bankbetrieb angelagerte Vergabebeiräte – ohne rechtliche Verankerung – schafft, ist ein Scheitern dieser Einrichtugen abzusehen. Der alltäglichen, selbstverständlichen Gewalt eines Geschäftsbetriebs haben solche Gremien nichts entgegenzusetzen.Binnen eines Jahres werden sie überspielt sein, überlebt sein, aus der Logik des Betriebsflusses heraus, der solche Einrichtungen nur als störend empfinden kann.

Wesentlich sinnvoller scheint dagegen ein Aufbau zu sein, bei dem Bank und Verein miteinander verschränkt sind, voneinander abhängig sind. Die Bank, so die Position des Berliner Landesverbands, sollte ihren Geschäftssitz allein in Frankfurt haben. In den Regionen, z.B. in Berlin, wird nur der Verein eine Geschäftsstelle als Kreditvermittler einrichten. Die im Büro beschäftigten Bankfachleute sind vom Verein angestellt; die Kosten für Büro und Personal trägt allerdings die Bank über entsprechende Verträge mit dem Verein.

Bei einer solchen Konstruktion gäbe es etliche Vorzüge.

– Der Verein kann mit der vorhandenen Struktur als Kreditvergabegremium arbeiten. Die Vereinsangestellten übernehmen die ökonomische Prüfung des Projekts, der Verein die politische. Nach einer Empfehlung veranlasst der Frankfurter Betrieb die Zahlung direkt an das Projekt oder den Betrieb.

– Damit ergibt sich für die Bank eine Abhängigkeit vom Verein, zugleich lösen sich mehrere Probleme. Ein Kreditvermittler-Büro gilt nach dem Kommentar zum Kreditwesengesetz (KWG) nicht als Filiale, brauchte zwar – in unserem eigenen Interesse – Bankfachleute, aber keine formal-geforderten Filialleiter. Daneben signalisiert ein vorliegender Brief der Bankenaufsicht, daß man sich dort bei der Gründung eines Bankbetriebes plus mehrerer Filialen nicht mit dem im KWG angeführten Mindestkapital von 6 Millionen Mark zufriedengeben wird. Begründung: höheres Verlustrisiko.

– Die Bank wird immer Einschränkungen durch das KWG und den eigenen Geschäftsbetrieb unterliegen und ist als strukturpolitische Einrichtung ungeeignet. Genau dies aber kann der Verein leisten, kann Überlegungen zur Entwicklung der Selbstverwaltungswirtschaft voranbringen und auf regionaler Ebene eine Wirtschaftspolitik betreiben. Ohne dieses Strukturinstrument wäre meines Erachtens aber auch die Bank selbst sinnlos und überflüssig.

– Sollte der Verein mit der Bankgründung überflüssig werden, verlöre die Öko-Bank-Idee bereits jetzt ihre politische Legitimation und Vision. Eine weitere „normale" Genossenschaftsbank war und ist nicht das Ziel der Träume der Aktiven: das hätte man direkter haben können. Wenn es nur noch um die Arbeitsplätze der späteren Banker geht, sind wir auf dem falschen Weg. Mehr als zweifelhaft ist, ob wir genügend Menschen zur – mindestens zweijährigen – Mitarbeit bewegen können, wenn ihr Vereinsengagement am Gründungstage mit einem danke-schön beendet wird und die Kapitalgeber das Sagen übernehmen.

– Ohne einen mitgliederstarken Verein werden wir die vor uns liegenden Aufgaben nicht leisten – und nicht bezahlen können. Das ergibt eindeutig der am 1. Februar vorgelegte Finanzplan. Die Kosten bis zur Bankgründung (Werbung etc.) sind derart hoch, das sie aus den Zinsen der Treuhandgeber allein nicht abzudecken sind. Wir sind vielmehr angewiesen auf entsprechende Mitgliedsbeiträge, um die Finanzierungslücken zu schliessen. Mitarbeiten werden die Menschen aber nur, wenn sie eine Perspektive darin sehen – ansonsten werden sie sich günstigenfalls mit einer Einlage begnügen. Bereits jetzt ist gerade jeder vierte der 3000 Geldgeber im Verein.

– Es geht nicht um eine politische Paranoia, nicht um die Sorge, mit der Bankgründung wäre diese der Zielpunkt aller Sehnsüchte von Kriegsgewinnlern und Rüstungsspekulanten, die nichts eiligeres zu tun haben, als uns auszubooten. Aber es geht um die Seriosität des politischen Projekts Öko-Bank. Vor dem Hintergrund an geschichtlichen Erfahrungen und politischer Leitsätze der Alternativbewegung ist eine Genossenschaftsbank schlicht nicht genug. Natürlich werden Vereinsmitglieder auch Treuhandgeber sein und damit auch in den Vertreterorganen der Bank tätig sein. Doch eine Doppelstruktur an Mitwirkungsrechten über das ineinanderverschachtelte Gebilde Bank-Verein stellt eine Chance dar, sich deutlich abzugrenzen von anderen Bankinstituten dieser Republik und demokratische Strukturen beispielhaft zu demonstrieren. Gerade weil wir nicht wissen, welche Konflikte uns noch ins Haus stehen, welche Menschen als Geschäftsführer dieser Bank für uns arbeiten werden, muß der Verein seinen festen Stellenwert haben. Zwar ist eine Zeitung keine Bank, aber der schnelle Tod von dutzenden TAZ-Initiativen sollte zu denken geben: sie verhungerten in ihrem rechtsfreien Raum angesichts des täglichen verwertungsorientierten Betriebs der TAZ-Zentrale buchstäblich.

– Es erweist sich als Fehler, daß wir die Strukturdebatte im letzten Herbst nicht zuende geführt haben. Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Es geht nicht an, Anleger und Sympathisanten im Unklaren zu lassen, bzw. nur jeweils persönliche Ansichten über die künftige Struktur anbieten zu können. Spätestens die nächste Mitgliederversammlung muß das schwarze Loch stopfen oder wir fallen selbst hinein.

Gerd Nowakowski

In folgenden Regionen gibt es bisher Kontaktadressen:

Netzwerk Berlin, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61, 030-6913072
Aktion 3. Weg, Schwanenwik 32, 2000 Hamburg 76, 040-2202058/2509999
Ökobankini Schleswig-Holstein - Initiativzentrum c/o Richard Schmid, Königsweg 65, 2300 Kiel 1, 0431-673997 - Do. v. 10 - 18 Uhr -
Alf Baumhöfer, Lindenallee 4, 2900 Oldenburg, 0441-76636/04486-1565
Werner Daldorf, Hainholzweg 11, 3400 Göttingen, 0551-45071
Dr. Karl-Heinz Brendgen, Schlesische Str. 81, 4000 Düsseldorf, 0211-2291690
Peter Bauer, c/o Kopierladen, Dorotheenstr. 26, 4800 Bielefeld 1, 0521-123975
Hartmut Schilling, Alte Kirchstr. 1a, 4950 Minden, 0571-24339
Klaus Wehrend, Jakobstr. 21, 5500 Trier, 0651-44951
Ökobankini, Dörrwiese 4, 5552 Morbach, 06533-3534
Manfred Giebenhain, Friedrichstr. 8, 6123 Bad König
Freunde und Förderer der Ökobank e.V., 6370 Oberursel, 5, 06171-75030
Gerhard Ackermann, Maßenberg 35, 6600 Saarbrücken, 0681-78972
Dieter Wallberg, Hauptstr. 66, 6901 Dossenheim, 06221-85762/06205-15650
Arbeitskreis Ökobank, Tiefenbachstr. 4, 7000 Stuttgart 61, 0711-427879
Andreas Rupp, Reutlinger Str. 13, 7412 Eningen
Dr. Michael Berger, Sundgauallee 55, 7800 Freiburg, 0761-85161
Gerdi Walleitner, Bismarkstr. 11, 8000 München 40
Ulricke Hillebrand, Reutersbrunnenstr. 27 III, 8500 Nürnberg 80, 0911-225816
Klaus Fischer, Meierndorf 24, 8802 Burk, 09822-5086
Papyrus, Verderer Lech 9, 8900 Augsburg, 0821-414880
Eduard Bühler, Ankergässle 8, 8960 Kempten, 0831-13193
Gerald Häfner, Ökobankini Oberschwaben, c/o Internationales Kulturzentrum, Humboldthaus, 8991 Achberg, 08380-335

Schließlich könnt ihr den Förderverein der Ökobank direkt unterstützen. Mitglied des Vereins werdet ihr mit einem Monatsbeitrag von DM 5,-. Das Konto des Vereins lautet: „Freunde und Förderer der Ökobank e.V.", Konto-Nr. 9531-600, Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60. Auch Spenden bitte nur auf dieses Konto!

„Freunde und Förderer der Ökobank e.V.", Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel

ÖKOBANK – TAGUNG VOM 4.8. BIS 10.8.1985 IM INTERNATIONALEN KULTURZENTRUM ACHBERG

Selbstverwaltung und Ökologie

AUFGABEN DER ÖKOBANK – DIE ZUKUNFT DER ALTERNATIVEN ÖKONOMIE

Große Ereignisse werfen ihren Schatten voraus. Das sicher größte Ereignis für die Öko-Bank in diesem Jahr ist das in Achberg am Bodensee geplante Seminar mit anschließender Mitgliederversammlung. Das Seminar ist in der Teilnehmerzahl begrenzt, die Kosten belaufen sich bei Vollverpflegung zwischen 23.-- DM (Zelt) und 63.-- DM (Einzelzimmer) täglich.

Maximal 100 Teilnehmer am Seminar sind möglich. Damit schon frühzeitig die entsprechende (Urlaubs-) Planung laufen kann, im Folgenden schon mal eine Grobplanung der Seminarwoche:

	Sonntag 4.8.	Montag 5.8.	Dienstag 6.8.	Mittwoch 7.8.	Donnerstag 8.8.	Freitag 9.8.	Sonnabend 10.8.	Sonntag 11.8.
9.30 Uhr 3 Arbeitsgruppen parallel		I. BANKSTRUKTUREN				GESPRÄCHE	MITGLIEDERVERSAMMLUNG	MITGLIEDERVERSAMMLUNG
		II. BEDINGUNGEN DER SELBSTVERWALTUNG: a) Bedürfnislohn und Kapitalneutralisierung	b) Autonomie und Vernetzung	c) Selbstverwaltung und ökologische Projekte	d) Kriterien der Ökoförderung			
		III. FÖRDERVEREIN: AUFGABEN, VERNETZUNG						
12.00 Uhr Mittagspause								
15.00 Uhr VORTRÄGE/ KURZVORTRÄGE MIT AUSSPRACHE IM FORUM		DIE KONKRETE ZUKUNFT DER ÖKOBANK: 1. 6 Millionen – 4 fehlen; 2. Hamm ist überall; 3.	4.; 5.; 6.	DIE ZUKUNFT DER ALTERNATIVEN ÖKONOMIE	DIE AUFGABEN DER ÖKOBANK Perspektiven, Regionalentwicklung	MITGLIEDERVERSAMMLUNG	MITGLIEDERVERSAMMLUNG	
18.00 Uhr Abendessen								
20.00 Uhr ABENDVORTRAG	MONDRAGON: Betriebliche Selbstverwaltung und eigenständige Regionalentwicklung ——— Luise Gubitzer oder ein Baske	Bedingungen gesellschaftlicher Selbstverwaltung ——— Wilfried Heidt	——— Rolf Schwendter	Das Jugoslawische Selbstverwaltungsmodell („Praxis") ——— Marcovic Stojanovic oder Supek	Podiumsdiskussion ——— SPD GRÜNE		Pressekonferenz Theater Fest	

Entwicklung des Eigenkapitals für die Ökobank

In der Aprilausgabe von CONTRASTE gibt es in einem Beitrag Anzeichen von Ungeduld bei der Entwicklung des Eigenkapitalstockes für die Ökobank zu erkennen (Leserbrief Seite 15). Die bis zur Bankgründung festliegenden Gelder der Anteilszeichner liegen nicht „zinslos zum Ausbau des Kabelprogrammes der Post" beim Postgiroamt; vielmehr werden sie verzinst, und die Zinsen erbringen einen wesentlichen Teil der Werbemittel für den Aufbaustock der Ökobank.

Freilich, dem Anteilszeichner werden diese Zinsen vorenthalten. Das weiß der Anteilszeichner, der die Informationsbroschüre der Freunde und Förderer der Ökobank e.V. gelesen hat: „Um die Vorlaufkosten in der Gründungsphase zu decken, ist der Verein auf die Zinsen aus den Treuegeldern angewiesen." Diese zinslose Festlegung der Anteilsgelder auf das Treuhandkonto ist gemäß Treuhandvertrag begrenzt: §4 Vertragsdauer: „Der Treuhandvertrag endet ... spätestens nach Ablauf von drei Jahren", das heißt, nach der Informationsschrift, „spätestens zum 17. März 1987". Der Rat zur kürzerfristigen Anteilszeichnung ist unwirksam: Ungeduld ist ein schlechter Baumeister.

Reale Fakten geben ohnehin keinerlei Anlaß zu Ungeduldsäußerungen: Am 17. März 1984 wurde der Verein der Freunde und Förderer der Ökobank gegründet. Bis Weihnachten 1984 – also innerhalb 40 Wochen – wurde die erste Million DM an Anteilen registriert, im Wochendurchschnitt also 25 000,- DM. Doch eine solche Rechnung ist nicht ehrlich. Nicht der Tag der Vereinsgründung, sondern der Anlauf der Anteilszeichnungskampagne muß bei der Durchschnittsrechnung angesetzt werden, d.h. Ende August. Dann sind es bis Weihnachten statt 40 nur 17 Wochen, wobei sich ein Wochendurchschnitt von knapp 59 000,- DM errechnet. Seitdem stieg die Anteilssumme bis zum 15. März 1985 – also in weiteren 12 Wochen – auf 1,7 Millionen DM, das ergibt im Wochendurchschnitt gut 130 000,- DM.

Selbst wenn diese hohe Summe nicht immer eingeht, vielmehr auf 100 000,-, 80 000,-, ja 50 000,- DM angenommen wird, kann der Zieltermin 17. März 1987 deutlich früher erreicht werden. Aber wer kann da nur an laufend schrumpfende Anteilszeichnungen denken, und nicht an Wellenbewegungen, ja an steigenden Wochendurchschnittssummen? Für Pessimismus gibt es keinen Anlaß. Ernsthafte Bankgründer müssen statt Ungeduldslamento nüchterne Einschätzungen vornehmen.

Robert Meyer

Ökobank Ökobank

Kooperation linker Verlage und Druckkollektive

Kooperation – meist in vieler Munde und Thema unzähliger Arbeitsgruppen, doch in der Realität eher das Mauerblümchen zwischen all den Unterschieden, Feindseligkeiten und Konkurrenzgebahren.
Beim Branchentreffen in Frankfurt wurde ein neuer Anlauf unternommen. „Kooperation linker Verlage und Druckkollektive" war das Thema. Dank der Eingrenzung der Thematik war eine zielgerichtete und intensive Diskussion möglich, wenngleich klar war, daß praktische Veränderungen nicht sofort übers Knie zu brechen sind.

Was bisher geschah

Eingeladen war Helmut Richter von der Sozialistischen Verlagsauslieferung (SOVA), die seit etlichen Jahren Bücher vertreibt und derzeit ca. 24 Verlage vertritt. Er erläuterte die bisherige Entwicklung der (Nicht-) Zusammenarbeit von linken Verlagen und Druckereien. Zuerst entstanden die Verlage und Jahre später erst die Druckereien (z.B. in Frankfurt der „Druckladen"). Am Anfang gingen dann auch Aufträge linker Verlage an Kollektivdruckereien, diese Zusammenarbeit dauerte nicht lange, da den Verlagswünschen nach langem Zahlungsziel und guter Qualität oft nicht entsprochen werden konnte. Die Verlagsaufträge wanderten nun wieder in bürgerliche Großbetriebe, wo sie größtenteils noch heute sind.
1977 gab es ein Treffen des linken Buchhandels, auf dem die Druckereien problematisierten, warum sie keine Aufträge von den Verlagen kriegen.
Das Treffen war wenig fruchtbar, da es keine Annäherung der unterschiedlichen Ansprüche gab. Die Verlage mokierten die nicht ausreichende Qualität und die anwesenden Druckereien vertraten, daß Inhalte doch wichtig seien und die Experimente der Kollektive (z.B. Einlernen usw.) doch honoriert werden müßten.
Auch nachfolgende Treffen verliefen ergebnislos. Weitere Verlagskritikpunkte waren die unzureichenden Zahlungsziele (die bei bürgerlichen z.T. bis zu 9 Monate betragen) und das Kompetenzwirrwarr in den betreffenden Druckereikollektiven (wechselnde Ansprechpartner, höhere Fehleranfälligkeit). Auch längere Herstellungszeiten bei Kollektiven waren ein Argument, während absolute Preise nicht ausschlaggebend waren.

Erfahrungen aus Hamburg

7 Hamburger Kollektiv-Betriebe haben den Versuch gemacht, eine Herstellungsgemeinschaft zu gründen, die eine Gesamtherstellung von Büchern gewährleistet. Beteiligt waren neben 4 Druckereien und einer Industriebuchbinderei, (die Standardtaschenbücher machen kann), auch 2 Setzereien, die bereits für bestimmte Verlage setzen und die Organisation der Aufträge übernehmen.
Geplant war eine gemeinsame Firma in Form einer GmbH. Gemacht wurde bereits vor längerer Zeit ein Pilotprojekt mit dem VSA-Verlag, das sowohl von der Qualität wie der Herstellungszeit klappte. Konkrete Verhandlungen wurden u.a. mit Buntbuch und Konkret Literatur Verlag geführt, wobei der einzige Knackpunkt die Finanzierung war. Die Verlage können auf die Finanzierung durch langfristige Zahlungsziele nicht verzichten und die Herstellungsgemeinschaft kann dies nicht gewährleisten und das Verlagsrisiko tragen. Versuche der Herstellungsgemeinschaft, an Staatsgelder ranzukommen scheiterten, da die Senatsstellen nicht mehr als wohlwollende Haltung zeigten.

Der Stand der Dinge

Um perspektivisch einer Zusammenarbeit mit linken Verlagen näherzukommen, sind weitere konkrete Schritte notwendig. Voraussetzung ist sicher eine genauere Diskussion der Betriebe, die für einen kooperativen Zusammenhang potentiell in Frage kommen. Dabei ist das gegenseitige Kennenlernen die Grundlage, denn nur Verläßlichkeit und ähnliche Arbeitsvorstellungen, sowie bestimmte technische Möglichkeiten (Qualitätsstandard) lassen eine gemeinsame Produktion und gegenseitige Auftragszuschiebung sinnvoll erscheinen.
Solch eine Kooperation bedeutet gerade in Stoßzeiten (z.B. sind die Buchproduktionen auf die Buchmesse oder das Frühjahr ausgelegt) eine erhöhte Flexibilität, auch in Hinsicht auf die berühmten Auftrags-„Löcher" einzelner Betriebe.
Mit obigen Voraussetzungen wäre es dann möglich, an Verlage heranzutreten und auch die Finanzierungs- und Risikofrage anzugehen. Hierbei kann z.B. die Ökobank eine wichtige Rolle spielen.

Auch die politische und inhaltliche Diskussion darf nicht hintenanstehen.
Stichworte hierzu wären: – wo geht das Kapital der linken Verlage hin, wo konzentriert es sich – unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen wird produziert etc. Die nächsten Schritte sind anvisiert, das Mauerblümchen kann wachsen.
Tille, windhueter

Das *windhueter kollektiv* sucht baldigst:
eine/n fotosetzer/in (Berthold-Geräte). Wir haben eine Offsetdruckerei und machen Gesamtherstellung und brauchen nette Menschen mit Berufserfahrung (1 300,- DM netto bei 40 Std.)
windhueter kollektiv
heinkelstr. 27
7060 Schorndorf
Tel. 07181/61076

Agit Druck Kollektiv sucht neuen *Mitarbeiter* mit Erfahrung in Repro und Montage.
Agit Druck
Ahornstr. 26
1000 Berlin 41
Tel. 030/7 91 80 05

Biete *Arbeitsplatz* gegen Zimmer mit Blick aufs Meer.
Chiffre: 50 x 70

Markenzeichen / Verband

Unabhängig von den Diskussionen auf dem Branchentreffen Ende April halte ich einige Anmerkungen zur Diskussion Markenzeichen/Bundesverband für notwendig. Wir sollten uns bei dieser Auseinandersetzung ehrlicherweise eigene Schwierigkeiten mit all den genannten Ansprüchen zugestehen und nicht mit dem Prinzip „Wer ist der Alternativste im Lande" kokettieren.

Um es vorweg zu sagen: Die Installierung eines Verbandes bzw. Vereins oder die Einführung eines Markenzeichens geht haarscharf an den Interessen für unsere zukünftige Arbeit vorbei. Grund dafür sind in erster Linie unsere Alltagserlebnisse und Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit den Szene-Druckbetrieben im Raum Stuttgart.

Es gab im Raum Stuttgart längere Zeit die allseits beliebten Drucker-Treffen, auf denen versucht wurde, gemeinsam Diskussionen über aktuelle Themen zu führen und daraus ein gemeinsames Handeln (Kooperation in vielen Bereichen) zu entwickeln. Nach über 10 solcher Treffen arbeiten wir nun genauso weiter wie vorher, da es nicht möglich war, die unterschiedlichen Interessen (soweit überhaupt vorhanden) zu verbinden. Erfolgreich war allenfalls das Kennenlernen der Betriebe, da die Treffen jedesmal rotierten. Wir arbeiten mit den Betrieben und Leuten punktuell da zusammen, wo Ansprüche und Interessen (auch Sympathie) zusammenlaufen. So z.B. beim Verschieben von Aufträgen, wenn die Kapazitäten nicht ausreichen oder ein nicht vorhandenes Druckverfahren (bei uns Siebdruck) verlangt ist, genauso ist die gegenseitige Hilfe bei technischen Schwierigkeiten selbstverständlich.

Auf diese Weise arbeiten wir auch mit einer kleinen bürgerlichen Druckerei (Familienbetrieb) zusammen, benützen dort Weiterverarbeitungsmaschinen (die bei uns fehlen) ganz im Stile einer kollektiven Maschinennutzung, nur ohne die vielen Ansprüche, sondern freundschaftlich und kollegial.

Unterschiede bei den Szene-Druckereien gibt es zuhauf: Hier spielt oft die Entstehungsgeschichte eine große Rolle, z.B. ob es sich um die Weiterführung einer Jugendhaus Druck-AG handelt oder ob ein Betrieb von ausgebildeten Fachleuten mit z.T. einschlägiger Erfahrung in bürgerlichen Firmen gegründet wurde. Dies drückt sich in verschiedenen Qualitätsanforderungen an den Arbeitsplatz und die geschaffenen Produkte aus, man sieht es am Maschinenpark oder bei der Arbeitsorganisation.
Auch die inhaltlichen und politischen Vorstellungen differieren sehr stark, dies geht von politischer Enthaltsamkeit bis zu weitschweifigen Überlegungen politischer Perspektiven (alternative Ökonomie, Technologieeinsatz usw.).

Punktum, solch einer Versammlung einen organisatorischen Deckel zu verpassen, mußte scheitern und wenn ich mir vorstelle, allgemeingültige Richtlinien und Kontrollen auf all diese Betriebe (auch unseren eigenen) anzuwenden, wende ich mich ab mit Grausen.
Wichtig ist, erstmal unsere eigene Position herauszuarbeiten, unseren täglichen Fight um innerbetriebliche Demokratie und solidarisches Miteinanderumgehen auszufechten und die inhaltlichen Vorstellungen nach außen zu tragen. Ein Regulativ hierbei sind zum einen einige unserer Kunden, zum anderen Freunde und Kritiker aus dem politischen Umfeld (z.B. andere Kollektive, Ehemalige, Stadtzeitungen etc.).

Gerade die wechselseitigen Ansprüche zwischen unserem Kollektiv und den Kunden lassen sich nicht durch ein Markenzeichen lösen, hier sind offene Auseinandersetzungen gefragt (z.B. mit den GRÜNEN, wo sonst die aufstrebenden Finanzexperten so langsam die politische Zielsetzung der Partei unterlaufen). Auch der Kontakt zu Gruppen aus traditionellen oder neuen Bewegungen (Gewerkschaften, Umweltgruppen etc.) muß vor allem über persönliche Beziehungen und Diskussionen geknüpft werden. So lassen sich am ehesten Inhalte der selbstverwalteten Betriebe vermitteln. Dies ist oft eine schwierige und langwierige Arbeit und verlangt eine gehörige Portion Fingerspitzengefühl. Mit der reinen Proklamation „wir sind ein astreines Kollektiv" kommen wir da nicht weiter.
Unsere Überlegungen sind derzeit, ob wir selbst eine Art Präambel entwerfen, die wir in einem Prospekt über uns und in manchen unserer Produkte (z.B. Büchern) abdrucken.

Es soll hier nicht der isolierten Kleinkrämerei das Wort geredet werden, ganz im Gegenteil. Die überregionalen Branchentreffen sind notwendig und könnten auch eine politische Handlungsfähigkeit bewirken, genauso notwendig ist der Austausch mittels der CONTRASTE-Seite. Wenn wir uns dabei auf die Füße treten, kann das nur gut tun.

Tille, windhueter kollektiv

Branchentreffen in Kürze

Broschüre über grafische Betriebe

85 Betriebe haben den Fragebogen von Constantin ausgefüllt. Inzwischen ist das meiste ausgewertet und die Korrekturabzüge werden den einzelnen Betrieben zugeschickt. Sobald die Korrekturen komplett und die statistischen Auswertungen gemacht sind, geht die Broschüre in Druck.

Branchentreffen

Das nächste Treffen wird voraussichtlich am ersten oder zweiten November-Wochenende in einem Tagungshaus stattfinden. Allgemein wurde die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung herausgestellt, ohne die eine kontinuierliche und sinnvolle Arbeit nicht stattfinden kann.
Für Herbst ist als Schwerpunkt „Betriebswirtschaftliche Kontrolle/ Betriebswirtschaft" geplant. Die Vorbereitung haben Oktoberdruck und Caro übernommen. Bis dahin wird es wohl auch erste Erfahrungen mit dem vom Oktoberdruck-Kollektiv angeschafften Computer geben.
Für Ideen (auch Kontaktadressen von Fachleuten etc.) anderer Betriebe stehen die Contraste-Seite oder die vorbereitenden Kollektive als Ansprechpartner zur Verfügung.

Als weitere mögliche Themen wurden noch Ausbildung und Produktionstechniken genannt.

Contraste

Über Sinn, Zweck und Zukunft der Branchenseite in Contraste wurde geredet. Dabei gingen die Einschätzungen von „les' ich nie" über „langweilig" bis zu „unbedingt notwendig" und „sehr interessant". Die Forderung nach mehr Kontinuität und mehr Planung (auch redaktioneller Arbeit) hat zur Folge, daß in Zukunft ein Betrieb die Seite für mindestens ein halbes Jahr koordiniert. Themenbezogene Schwerpunkte, die evtl. über längere Zeit vorbereitet werden, können (sollen) von anderen Betrieben federführend übernommen werden.
Bis September übernehmen die netten Kolleginnen und Kollegen von Schwarzwurzeldruck Heidelberg (Rathausstr. 44, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/37 35 79) die Redaktion. Schwerpunkt der nächsten Nummer ist **Chemie**.
Ab September sind Papyrus und Uhlenspiegel (Augsburg, München) die Ansprechpartner.

Vielen Dank an die CARO-Leute für die Vorbereitung und Durchführung des Treffens (bis auf das Alu-Gedeck, aber hallo!)

AUS DER PROVINZ, AUS DER STEUEROASE, AUS RHEINLAND FILZ . . . .

Die NATO ist undicht! – Aber wo?

Da gibt es im HUNSRÜCK das FORUM für Demokratie und Frieden, ein Breitbandpolitizid mit ungeahnter Wirksamkeit, gegen das augenblicklich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet ist. Vorgeworfen wird der bunten Koalition, bestehend aus SPD-Linken, „Kirche von unten", DKPisten, MLern und Anarchos, daß sie Baupläne der CM Bunker in Hasselbach veröffentlicht habe und den Aufruf der DFG-VK zum Kofferpacken verbreite. Das erste wird definiert als „Sicherheitsgefährdendes Abbilden" (§ 109 g STGB) und das zweite als „Aufforderung zur Straftat gegen das Zivilgesetz" (§§ 52 und 53).

Beide Vorwürfe oder Verdächtigungen sind unsinnig, wie mensch in Bälde feststellen wird. Dennoch: Flugs eilten die „Männer des Morgengrauens" in die angegebenen Verkaufstellen um verteilte Vierteljahresschriften vom Typ H-F 8 zu filzen und die heißen Blätter zu entwenden. Freundlich und korrekt wurden Redakteure aufgesucht, teil- und unangenehmerweise auch auf der Arbeitsstelle (alle Redakteure arbeiten nebenberuflich an der Zeitung), und Schreibtische, Bücherregale oder Wäschekörbe auf verdächtigen Inhalt geprüft.

Wie schon gesagt, beide Artikel sind mit Sicherheit nicht kriminell und waren außerdem schon vorher bekannt. Hier geht es offensichtlich um die Einschüchterung des Alternativblattes oder dessen Mitarbeiter. Vermerke in der Personalakte sollen die Angestellten in die Anonymität schicken und der von Militärstützpunkten überreiche Hunsrück soll an einem seiner letzten Widerstandsbünde geschwächt werden. Es scheint die Sicherheitsbewahrer und Bürgerschützer auch die Zusammenarbeit so unterschiedlicher Gruppen zu schrecken, da hier etwas möglich wird, was der bundesdeutschen Friedensbewegung nicht gelungen ist. Es gibt mittlerweile eine Reihe von Solidaritätserklärungen und Zusagen für den am 29. April angesetzten Pressetermin in Hasselbach.

Auf keinen Fall wird das HUNSRÜCK-FORUM aufgeben, den in dieser Provinz lebenden Bürgern die ständig zunehmende Militarisierung deutlich zu machen und ist durch solcherlei Vorgehen nur bestärkt in seinen Intentionen. Überhaupt sei der Staatsanwaltschaft und ihren Bediensteten außerordentlich gedankt für kostenlose Werbung und dadurch steigende Auflage.

Gerhard

SCHREINERTREFFEN IN FREIBURG

Frauentischlertreffen

CONTRASTE wird in seiner Juni-Ausgabe noch ausführlicher über das Freiburger Treffen berichten.

Wir waren 16 Frauen auf dem Tischlertreffen in Freiburg Anfang März und wie schon beim vorigen Treffen vor einem halben Jahr in Aachen war die Stimmung zwischen uns so gut, daß wir auf dem Plenum ein Frauenfrühstück vereinbarten, um endlich ein Frauentischlertreffen zu organisieren.

Das Bedürfnis danach entstand schon in Aachen in der Arbeitsgruppe „Ausbildung". Zunächst ging es dort um die Probleme der Lehrlinge. Weibliche sowie männliche fragen sich ja immer wieder, ob es wohl unbedingt notwendig ist, daß man sich in der Ausbildung so stark anpassen und verändern muß. Wir, die wir die Lehre hinter uns haben, berichteten von unseren Erfahrungen und es gab heiße Diskussionen darüber, daß von diesem Problem Frauen noch viel stärker betroffen sind, als Männer. Einige hatten sich regelrecht zum Mann umerziehen lassen während der Ausbildung und hatten dann zwar keine Probleme mehr mit männlichen Kollegen und Kunden, aber nach Feierabend waren sie auch nicht mehr in der Lage, sie selbst sein zu können. Ein Scheißspiel ist das, stellten wir Frauen einstimmig fest und dagegen muß was getan werden. Wir müssen unser Selbstbewußtsein stärken und wir müssen Strategien zusammen ausarbeiten, damit wenigstens die Lehrlinge, die in Kollektiven lernen, eine „Geschlechtsumwandlung" nicht mehr nötig haben. Aber es geht dabei nicht nur um Lehrlinge!

Die Diskussion ging weiter, wurde aber immer wieder auf eine allgemeine Ebene gelenkt, schließlich waren nicht nur Frauen anwesend. Am nächsten Tag trafen wir uns noch einmal mit anderen anwesenden Frauen, wobei sich herausstellte, daß wir alle Lust auf ein rückenstärkendes Frauentischlertreffen haben und nicht nur Lust drauf, sondern es auch für notwendig halten. Dann begann allgemeine Abreisehektik und wir verabredeten mehr oder weniger zwischen Tür und Angel wer was zu machen hat.

Ja und dann – traurig aber wahr, der zeitliche Abstand zu unserem guten Gefühl bei den Gesprächen wurde größer, der Alltag hatte uns wieder und zudem war es Winter. Es wurde also nichts aus dem Treffen.

Jetzt soll es was werden! In Freiburg beschlossen, im Juni soll es stattfinden. Der Ort wird noch bekanntgegeben und das genaue Datum auch. Wir rechnen damit, daß wir nicht unter uns bleiben, sondern daß ihr alle kommt, Kolleginnen!

Wenn ihr Vorschläge für Themen und Inhalte habt, schickt die bitte an
Inka Maurer
Heinrichstr. 49
5090 Leverkusen 1
Also – es geht uns um
I. die Stärkung unseres Selbstbewußtseins. Daß wir kein Bock mehr haben, ständig den doppelten Energieaufwand zu bringen, um uns damit dauernd beweisen und rechtfertigen zu müssen.
II. ein Nein zur zwangsläufigen Selbstaufgabe durch die Anpassung an die Männerwelt.
III. Was sind für uns Alternative Betriebe, die Wert auf biologische Oberfläche und Material legen, aber Vorurteile gegen die Zusammensarbeit mit Frauen haben?
IV. Informationen über die geschichtliche Entwicklung (Matriarchat, Patriarchat).

Ein Ziel unseres Treffens soll sein, uns nicht nur gegenseitig zu stärken, sondern auch Strategien auszuarbeiten, damit der Tischlerberuf vom Männerberuf zum MENSCHENBERUF wird.
Übrigens,
wenn ihr wißt, wo wir uns treffen können, schreibt bitte an
Ulrike Brandt
Handwerkergenossenschaft
Verbindungskanal Linkes Ufer 20 – 24
6800 Mannheim

GRAU
ZONE
GRAU
ZONE UMWELTSCHUTZ-PAPIER-HINTERFRAGT
VERBUND SELBSTVERWALTETER BETRIEBE FÜR UMWELTSCHUTZ-PAPIER

GRAUZONE – UMWELTSCHUTZPAPIER HINTERFRAGT .

Lange versprochen, endlich ist sie fertig: Die ausführliche Broschüre zum Thema UWS-Papier sie ist ab sofort bei den vup-Betrieben erhältlich.

„Grauzone" liefert nicht nur praktische Tips und sachkundige Hintergrundinformationen für Skeptiker, Freunde und Benutzer von UWS-Papier, sondern beweist, daß graues Papier durch sachkundige und einfühlsame Gestaltung auch für anspruchsvolle Augen einiges hergibt. Aus dem Inhalt:

- Selbstverwaltung, mehr als ein Ausweg aus der krisengeschüttelten Sackgasse des Kapitals,
- Papier und „Dritte Welt"
- Papiervergleich: Rohstoffe, Energie, Wasser
- Reizwort: Geschlossener Wasserkreislauf
- Die Verarbeitbarkeit unseres Papiers (mit Tips für Drucker und Repromenschen!)
- Wer hat das beste UWS-Papier im Land? u.v.m.

„Grauzone" hat 40 Seiten Umfang und kostet als Einzelexemplar 5 DM (3,90 + 1,10 Porto). Wiederverkäufer und Sammelbesteller erhalten angemessene Rabatte, bitte bei einem der vup-Betriebe erfragen!
WUP, Gaußstr. 19, 2000 HH 90
Zettelwirtschaft, Dorfstr. 18
5448 Roth
blätterwald eG, Niederurseler Str.7, 6370 Oberursel 5
UWS Papier und Druck, Libanonstr. 72a, 7000 Stuttgart 1
Papyrus, Riedinger Str. 24, 8900 Augsburg

SCHWARZER FADEN
Anarchistische Vierteljahresschrift

Der »Schwarze Faden« soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analyseansätze und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen.

Einzelnummer: DM 4,–
Abonnement: DM 15,–/ 4 Nummern
Probehefte nur gegen Rückporto
Postscheckkonto Stgt, F. Kamann
Kontonummer: 57463–703

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1
(Neue Adresse !)

Bisher fehlte es -
endlich ist es da:

NETZWERK'S GROSSES STADT- UND LANDBUCH

SELBSTHILFE NETZWERK

ADRESSEN · TEXTE · INFORMATIONEN
NICHT NUR ZUR ALTERNATIV-SZENE

BREMEN/NORD-NIEDERSACHSEN

340 Seiten **18,- DM**

Bestelladresse:
Netzwerk Bremen, Fehrfeld 60,
2800 Bremen 1
Telefon: 0421/70 45 81

Materialmappen der AG SPAK:

Neuerscheinung: ERMITTLUNG EINER BILDUNGSKONZEPTION IN DER ARBEIT MIT FRAUEN NACH PAULO FREIRE
Christa Glock, ca. 160 Seiten, verkleinert, 9,- DM

Auf der Suche nach dem Gemeinwesen SPURENSICHERUNG IN EINER LANDGEMEINDE
Michael Langhanky/Armin Reichert, 186 Seiten, verkleinert, 6,- DM

Materialien zur Sozialpsychiatrie „BARFUSSTHERAPIE"
84 Seiten, A4, 6,- DM

STADTSANIERUNG ALS POLITISCHE HERAUSFORDERUNG FÜR BÜRGERINITIATIVEN UND ÖKOLOGISCHES LERNEN
Josef Nelles, 140 Seiten, verkleinert, 5,- DM

DIE PÄDAGOGIK PAULO FREIRES IN IHRER STELLUNG ZUR THEOLOGIE DER BEFREIUNG
Fritz Pechmann, 84 Seiten, verkleinert, 4,50 DM

FRIEDENSARBEIT eine päd. Praxis aus Elementen der Theorie Paulo Freires
Martin Brauns, 51 Seiten, verkleinert, 3,5o DM

ZURDYNAMIK DES POLITISCHEN PROTESTES Am Beispiel der Hausbesetzerbewegung
Gabel/Goldermann, ca. 240 Seiten, verkleinert, 12,- DM (fast vergriffen)

PAULO FREIRE UND DIE RANDGRUPPE OBDACHLOSE IN DER BRD
Christel Schnakig, 80 Seiten, verkleinert, 4,50 DM

PACO YUNQUE Bildergeschichte nach der Erzählung von Cesar Vallejo
Juan Acevedo, Lateinamerika, deutsch AG SPAK, Comix-Heft auch für Kinder, 3,50 DM

Bestellungen über:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Genossenschafts-Bewegung

Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform

Der Autor, Klaus Novy, Hochschullehrer in Wuppertal und an der TU Berlin erinnert an fast vergessene Wohnreformen, Selbstverwaltungsmodelle und an Versuche, Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft genossenschaftlich zu organisieren. Dem trendgemäßen Ruf nach mehr Markt hält er eine wohnungspolitische Offensive entgegen, die eine Wiederbelebung und Aktualisierung zum Ziel hat. Dies schließt nicht nur historische Beispiele verschiedenster Genossenschaften in Deutschland, Österreich und der Schweiz ein, sondern ebenso eine scharfe Kritik an der Praxis heutiger Wohnungsbaugenossenschaften und natürlich auch an ökonomischen und politischen Verhältnissen.

Transit-Buchverlag
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
ISBN 3-88747-017-6

Tagungen... Seminare... Treffen

KONGRESS

In der Zeit vom 29.5.–5.6.85 veranstaltet die AStA der Technischen Universität Berlin einen Kongreß und eine begleitende Ausstellung. Hierbei geht es um eine Neubestimmung der Aufgaben von Wissenschaft und Technik unter Einbeziehung der Erfahrungen von Projekten innerhalb und außerhalb der Uni. Im Gegensatz zu der einseitigen Ausrichtung der Hochschule auf neue Technologien, wie sie von herrschenden Interessen angestrebt wird, unterstützen wir die Schaffung kreativer Arbeitsplätze in selbstverwalteten Strukturen. Dazu haben wir Projekte, Gruppen und Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen eingeladen, Forderungen an ein auf ihre konkreten Bedürfnisse ausgerichtete Universität und sozial verträgliche Technik zu formulieren und darzustellen. Im Kontakt mit Studenten und Wissenschaftlern sollen Ansätze erarbeitet werden, die den Konflikt zwischen Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit durch Einsatz von Maschinen und dem Erhalt qualitativ ansprechender Arbeitsformen entschärfen. Dann geht es uns um interessante Forschungsschwerpunkte zur Beantwortung gesellschaftlich relevanter Fragestellungen, wie z.B. im Bereich Umweltschutz. Nachwachsende Studenten, die nicht die politischen Diskussionen miterlebt haben, die zur Gründung von Kollektiven führten, sollten Anregungen erhalten für die Ausrichtung ihrer wissenschaftlichen Arbeit und die Möglichkeiten einer Berufsorientierung in alternativen Betrieben. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Projekten verstrken, die innerhalb und außerhalb der Uni auf gleichen oder sich ergänzenden Bereichen tätig sind. Zur Vorbereitung des Kongresses ist ein Reader in Arbeit.
Kontaktadresse:
Kongreßbüro „Lebenszeichen"
c/o AStA der TUB
Marchstraße 6
1000 Berlin 10
Telefon 030/314-4437

ARBEIT UND IDENTITÄT
Die Frage nach Selbstverwirklichung unter den Bedingungen der Erwerbsarbeit steht im Mittelpunkt eines Seminars „ARBEIT UND IDENTITÄT", das vom 10.–11.5.85 in der Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit stattfindet. Ausgangspunkt sind die Thesen von Gorz, Negt und Offe. Dabei wird es auch um die Frage gehen, ob alternative Projekte und Betriebe Formen selbstbestimmter Arbeit realisieren können.
Anmeldung und Information:
WDÖFF, Estermannstraße 204, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/67 46 63

LUST ODER LAST – Männliche Sexualität
Der Mythos von der unkomplizierten und robusten männlichen Sexualität soll in einem Kurs „LUST ODER LAST – Männliche Sexualität", der vom 16.–19. 5.85 in der Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit stattfindet, mit der rauhen Wirklichkeit konfrontiert werden. Der Arbeitsansatz basiert auf der Kritik allgemeiner Behauptungen über die Sexualität des Mannes. Der Kurs versteht sich als themenzentrierte Selbsterfahrung, nicht jedoch als Sexualtherapie.
Anmeldung und Information:
WDÖFF, Estermannstraße 204, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/67 46 63

ALTER – CHANCE ODER LAST?
heißt ein Seminar, das in der Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit in Bonn vom 24.–26.5.85 stattfindet. Bedeutet alt zu sein, wertlos und entmündigt zu sein und ein sinnloses Leben zu führen? Oder heißt alt sein, Zeit zu haben, eigene Dimensionen zu sichten, Träume und Wünsche endlich Wirklichkeit werden lassen? Diese Fragen, eigene Vorstellungen vom Altsein und Altersgestaltung sollen Themen dieses Seminars sein.
Anmeldung und Information:
WDÖFF, Estermannstraße 204, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/67 46 63

Liebe Leser aus den Betrieben,
Für jede Ausgabe erhalten wir Selbstdarstellungen von neu gegründeten oder schon länger existierenden Betrieben mit der Bitte um Veröffentlichung. Zumal wir in den Redaktionen uns ohnehin jedesmal darüber den Kopf zerbrechen, wie die Artikelflut auf nur 16 Seiten untergebracht werden kann, haben wir uns nun entschlossen, keine ausführlichen Selbstdarstellungen mehr abzudrucken, es sei denn, sie sind als inhaltlicher Beitrag zu einer in CONTRASTE geführten Diskussion zu sehen.
Ansonsten werden wir in Zukunft nur noch Selbstdarstellungen mit einem maximalen Umfang von 25 Zeilen á 70 Anschläge (ca. 1/2 DIN A4-Seite) abdrucken. Zusätzlich könnt ihr ja für diejenigen Leser, die Interesse an detaillierter Information haben, eine ausführliche Selbstdarstellung anbieten.
Alles klar?

NETZWERKE

„Netzwerke-Regionaltreffen NRW und andere Projekt-zusammenschlüsse/Verbände"
am Fr. 31.5.85 10.00 Uhr
– So. 2.6.85 14.00 Uhr
in der Bildungsstätte Schloß Gnadenthal in 4190 Kleve; Unkostenbeitrag: 38,- DM pro Übernachtung
Gedacht ist dieses Seminar für aktive Netzwerker aus den jeweiligen Regionen und andere in Projektzusammenschlüssen engagierte.

Voraussichtliche Themen:
- Gründung eines NRW-weiten Zusammenschlusses von Netzwerken und Anderen oder einer „berufständigen Vereinigung: Selbstverwaltungsökonomie"
- Zusammenarbeit und Erweiterung der DIREKTKREDITVERMITTLUNG in NRW, Aufbau eines Netzwerk-Haftungsfonds
- Zusammenarbeit und Austausch der Projektberater in NRW
- Ökofonds/Netzwerke-Zusammenarbeit
- Wie weiter in der Staatsknete – Diskussion in NRW

Anmeldungen an: Netzwerk-Ruhrgebiet Ost e.V.
Lange Str. 79 1/2
4600 Dortmund 1
Tel.: 0231/148433

WICHTIG!

EG-Programm
Wer an der Entwicklung und Erforschung erneuerbarer Energiequellen und rationeller Energienutzung arbeitet, könnte dafür Gelder aus dem Forschungsprogramm „nicht nukleare Energie" der EG beantragen.
Informationen über dieses Programm gibt's im Büro Benny Härlin von Kerstin Murr. Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin

Wir sind umgezogen! Kollektive Versicherungs-Agentur Alfred+Klaus. Jetzt 4000 Düsseldorf, Märkische Str. 53, Telefon 0211/281091 (10 - 15 Uhr).

VERKAUF

„Bei uns verstaubt ein ICL 35/2 Personalcomputer, da wir unsere Organisation umgestellt haben. Daten: 2 Arbeitsplätze, MP/M II, 10 MB Speicher, Diskette zum sichern, Sirius/Mannesmann Drukker, ca. 1 Jahr alt. Selbstverwalteten Betrieben, die einen Computer dieser Größenordnung suchen, würden wir einen günstigen Preis machen und evtl. auch bei der Finanzierung helfen.
Naturata eG, Tauberstr. 25, 6970 Lauda, Telefon 09343/2011."

KONGRESS

VERKEHR 2000 ohne Auto mobil

Vom 16. bis zum 19. Mai 1985 findet in Kassel der 5. Bürgerinitiativen Verkehrskongreß: „VERKEHR 2000 – ohne Auto mobil" statt. Veranstalter sind der unabhängige ARBEITSKREIS VERKEHR in Berlin, die Interessengemeinschaft gegen Planungswillkür – IgP – Kasse und die Radlerinitiative Kassel. Ein Auszug aus dem Arbeitsprogramm:
„Haben FRAUEN schlechtere Mobilitäts-Chancen?", „Strategie-Seminar: Und wo bleiben die FUSSGÄNGER?", „Förderung des FAHRRADVERKEHRS", „Öffentlicher Personennahverkehr in der Stadt (ÖPNV)", „Öffentlicher Personenverkehr in der Landschaft (ÖV)", „STRASSENBAU", „FLUGVERKEHR", „VERKEHRSREGELN gegen Fußgänger und Radfahrer?", „Strategie-Seminar: BAHN", „ORTSUMGEHUNGEN – ORTSDURCHFAHRTEN oder Stärkung des ÖV's?", „Symposium: Verkehrs-LÄRM" und „Streitgespräch über die ARBEITSPLATZSTRUKTUR im Verkehrssektor".
Neben den Arbeitsgruppen und fachlichen Veranstaltungen dient auch dieser 5. Kongreß der Vernetzung der Verkehrsbürgerinitiativen und interessierten Einzelpersonen, die im Umweltbereich den zahlenmäßig größten Block bilden. Ein Auszug aus dem Rahmenprogramm:
Büchertische, Informationsstände, Ausstellungen, Objekte, Kinoprogramm, Stadt- und Landrundfahrt, Dia-Vorträge, Öffentliche Abendveranstaltung mit dem „Frankfurter Fronttheater" und diverse „Überraschungs-Einlagen".

Anmeldeunterlagen sind anzufordern beim: ARBEITSKREIS VERKEHR, Cheruskerstraße 10, 1000 Berlin 62.

Die Gründungsversammlung des Vereins Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) findet statt am:

11. und 12.5.85 in der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, Badensche Str. 50/51, 1 Berlin 62, Raum 301. Beginn am 11.5.: 14 Uhr.

Über schriftliche Teilnahmebestätigungen würden wir uns freuen.
Dr. Reinhard Pfriem
Niebuhrstraße 61
1000 Berlin 12
Tel.: 030/3243255

TAGUNGSVORSCHAU DER AG SPAK

Arbeitsbereich Alternative Ökonomie:
Vorbereitung des Sommerseminars in Altenmelle/Bielefeld und Hauptthema: „Politische und ökonomische Voraussetzungen von Betriebsübernahmen durch die Belegschaften am Beispiel Hennefer Ing-Bau GmbH i.G."
Ort: Tagungshaus „Kratzbürste" bei Freiburg
Termin: 16. - 19. Mai 1985
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Telefon 089/691 78 21

Arbeitsbereich Behindertenarbeit
Humangenetische Beratung und Zwangssterilisation
Ort: Lüneburg
Termin: 7. - 9.6.1985
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Anneliese Mayer
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Telefon: 089/691 78 21

Wohnungspolitische Tage in München
Unter dem Thema „Was vernichtet preiswerten Wohnraum - wie schaffen/erhalten wir preiswerten Wohnraum?" bereiten Mieterinitiativen, MIETER HELFEN MIETERN, Projekte, Planergruppen und die Wohnbundgruppe München eine Wohnungspolitische Tagung vor.
Termin: 24.6. - 30.6.1985
Gezeigt werden auch zwei Ausstellungen: Zur Genossenschaftsbewegung und zu „Selbsthilfe in der Altbaumodernisierung" (Zwischenräume-Ausstellung der IBA, Berlin)
Kontaktadresse: WOHNBUND, c/o Christian Heerde, Johannisplatz 5, 8000 München 80

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sommernächte in Italien

vom 7. – 31.8.1985

Ursprung dieser Idee sind die viel zu kalt geratenen Wintertage und eine inzwischen vorhandene Abneigung gegenüber großen Messen (viel zu viel Arbeit und Streß und... schließlich wird's dann doch nicht so wie's sein sollte...)
Daher unser Vorschlag, einen (Zelt) Platz für ein zwangloses (Ferien-) Treffen anzumieten. Gesagt getan – da wir Kontakte zu einem italienischen Gewerkschaftsverband haben und dieser auch noch einen Zeltplatz sein Eigen nennt, war für uns alles klar. Dieser Zeltplatz liegt in den Bergen südöstlich von Bologna.
Für Leute, die nicht nur faulenzen wollen, könnte die Möglichkeit bestehen, Cooperativen zu besuchen und kennenzulernen, Ausflüge zu unternehmen, Feste (vor allem auch mit den Dorfbewohnern zusammen) zu feiern, Workshops zu machen... Möglich wäre auch, den Zeltplatz nur als Station für die Weiterreise zu benutzen.
Größeres Interesse haben bisher Leute aus Kultur- und Jugendzentren und einigen Kollektiven geäußert. Kosten würde das ganze wohl so um die 300 DM (ohne Fahrt) Allerdings müßten wir bis spätestens Ende Mai wissen, wie viele Leute daran Interesse hätten.
Kontaktadresse: Zünd-Satz, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, Tel.: (06221) 1 34 02

PROJEKTMESSE

am 5., 6. und 7. Juli 1985 – beim 6. „Umsonst & Draußen" in Stuttgart-Vaihingen (Universitätsbereich)

„Umsonst und Draußen" (U + D) Das Umsonst und Draußen, welches in diesem Sommer zum sechsten Mal stattfindet, soll einen günstigen Rahmen für diese Projektmesse bilden. Die U- und D-Vorbereitungsgruppe organisiert ein 2 1/2 tägiges Programm in einem Zirkuszelt und auf einer Bühne im Freien. Hier werden am Freitagabend, Samstag 13.00 Uhr bis 22.00 Uhr und am Sonntag von 12.00 Uhr bis 22.00 Uhr jeweils verschiedene Musik- und Theatergruppen auftreten, Unterhaltung und Kleinkunst im Wechsel angeboten, wobei der reine Musikteil sich auf ca. 4 Stunden am Tag beschränken wird. Durch die Versorgung mit Essen und Trinken wird sich unser Fest finanzieren.
Projektmesse Bei der Projektmesse soll es in erster Linie um die Darstellung von Selbstverwirklichungsmodellen durch basisdemokratische Arbeits- und Betriebsformen gehen. Außerdem kann die Messe die Professionalisierung, die Stärke der wirtschaftlichen und sozialen Positionen und die Kreativität der Aussteller darstellen. In einem besonderen Messezelt mit einer Gesamtfläche von 700 qm kann über eine Ausstellungsfläche von 400 qm verfügt werden.
Was kostet es? Die Miete des Zeltes beträgt DM 2.000.– und soll auf die teilnehmenden Projekte umgelegt werden. Zusammen mit dem U und D kann Informationsmaterial hergestellt und verbreitet werden. Eine spezielle Messezeitung soll über das Angebot informieren.
Um das alles verbindlich zu organisieren ist es notwendig, daß alle teilnehmenden Aussteller eine Gebühr von DM 100.– im Voraus auf das Netzwerkkonto bei der Landesgirokasse Stuttgart, Kto-Nr. 2641728 (BLZ 60050101) mit dem Kennwort „Projektmesse" überweisen. Schriftliche Anmeldungen sind an das Netzwerk Stuttgart, Neckarstraße 178, 7000 Stuttgart, zu richten (nur verbindlich, wenn gleichzeitig die Teilnahmegebühr entrichtet wird).

Wichtig ist außerdem, daß die teilnehmenden Projekte sich aktiv an den Vorbereitungen (Gestaltung, Fertigstellung und Verkauf von Messezeitung, Verteilung von Infomaterial), Aufbau und Abbau des Zeltes sowie der Stände beteiligen. Ebenso dringend ist die Beteiligung der Projekte an der inhaltlichen Vorbereitung der Messe.
1. Termin für diese Organisationsgruppe ist 4.5.85 11 Uhr bei UWS, Libanonstr. 72A, 7000 Stgt.-Ost, Tel. 0711/468317. Um die Messe durchzuführen, müssen sich mindestens 20 Projekte beteiligen.

Mit säuischen Grüßen
Arnold und Volker
vom Netzwerk Stuttgart